

Pörscher
Wegweiser
5.11.6
122.30



Zg 1-4 und Zg 5, Nr. 1-17
in Leseform.

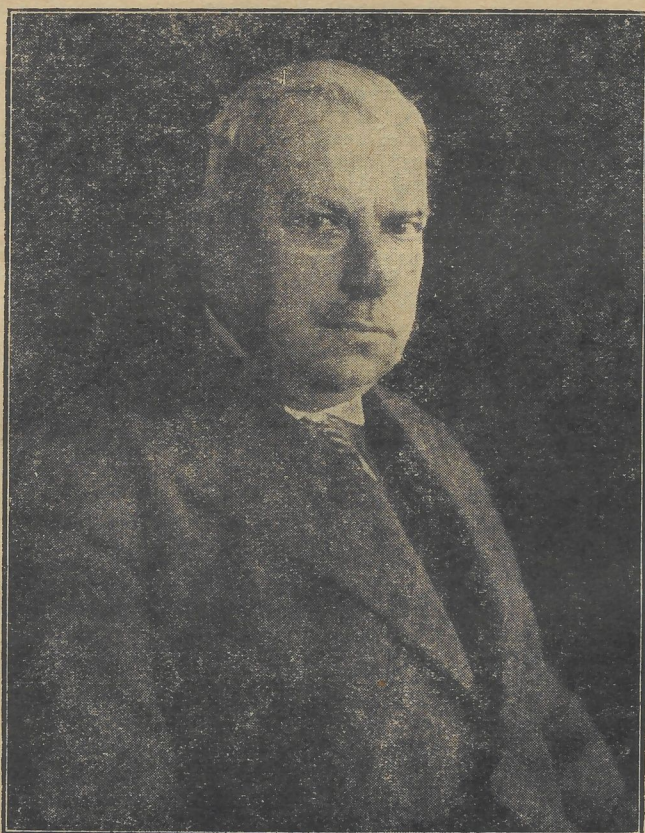
Bitte auf dem Katalog - Zettel
vermerken!

Außerdem Ver. von dem Kopf
bist. Der Demokrat.

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

11. Jahrgang * Berlin, 20. November 1930 * Nummer 22



Hermann Dietrich

Der letzte Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei

Hannover, 8. November 1930.

Am Sonnabend, dem 8. November, nachmittags, begann in der Stadthalle zu Hannover der dritte außerordentliche Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der über die Auflösung der Partei und über die Ueberleitung in die Staatspartei zu beschließen hatte. Angesichts der politischen Tragweite der zu fassenden Beschlüsse war der Parteitag aus allen Teilen Deutschlands überaus stark besucht.

Reichstagsabgeordneter

Dr. Hermann Fischer

eröffnete und leitete den Parteitag. Er gedachte der Toten, die im letzten Jahr von uns gegangen sind. Im besonderen beklagte er den tapferen Soldaten im Kriege und im Frieden, den wahren Volksmann Ludwig Haas, Helene Lange, die Führerin der Frauen, Max Bahr, der als Wirtschaftler allezeit ein Vorbild war, den Schulmann Otto, den Ludwigshafener Oberbürgermeister Dr. Weiß, Stadtältesten Rosenow, Elisabeth Altmann-Gotheiner und viele andere, die in der Totenliste stehen. Im Geiste der Toten aber wollen wir Lebenden weiterkämpfen.

Dr. Fischer begrüßte dann, unter dem Beifall der Versammlung, den Reichsfinanzminister Dietrich, sowie die Minister Höpker Aschoff, Schreiber, Maier-Württemberg, sowie als Vertreter der Stadt Hannover den Senator Müller und als Vertreter der Liberalen Danzigs den Senator Herrmann. Er dankte weiter den ausgeschiedenen Reichstagsabgeordneten für ihre pflichttreue Arbeit und gedachte schließlich der ausgezeichneten Arbeit unseres Freundes, des Grafen Bernstorff, auf der Genfer Abrüstungskonferenz.

Als Vorsitzender des Parteitags führte Herrmann Fischer aus:

Die Aufgabe, unsere Freunde, Delegierte und Gäste zu begrüßen, und die Hoffnung auszusprechen, daß der Parteitag die ihm gestellten Aufgaben erfüllen möge, kann ich nicht übernehmen, ohne unser Bedauern zum Ausdruck zu bringen, daß unser Freund Koch-Weser heute nicht unter uns ist. Sie wissen, daß Koch-Weser den Parteivorstand gebeten hat, ihn von seinem Amt als Vorsitzender der Gesamtpartei und von seinem Reichstagsmandat zu entbinden, weil die Aktion, für die er vor dem Parteiausschuß die alleinige Verantwortung übernommen hatte, einen unglücklichen Verlauf genommen hat. Wir achten das hohe Maß von Verantwortungsgefühl, das unser Freund Koch-Weser durch diesen Schritt bewiesen hat. Wir wissen, daß die Anerkennung der Folgerungen, die ihm sein Verantwortungsbewußtsein gesetzt hat, auch für uns ein Opfer bedeutet, denn wir müssen auf die führende Mitarbeit einer Persönlichkeit verzichten, die mehr als einmal bewiesen hat, was starkes Wollen, gestützt auf umfassendes Sachverständnis, in der Führung einer Partei und in der Bewältigung der parlamentarischen Arbeit bedeutet.

Ich will den Parteifreunden nicht vorgreifen, die im Verlauf des heutigen Tages bei unserm Bemühen, aus der Einsicht in den Weg unserer Partei Schlüsse für unser Verhalten in der Zukunft zu ziehen, sich auch mit Koch-Weser als Parteiführer befassen wollen.

Ich habe, ohne dem Parteitag vorgreifen zu wollen, schon in diesem Augenblick das Bedürfnis, dem Weitblick meine Bewunderung zu zollen, mit dem Koch-Weser auf dem ihm ureigensten Gebiet des Rechtslebens gewirkt hat. Es ist sein unbestreitbares Verdienst, daß er als einer der Ersten, vielleicht überhaupt als der Erste, große sachlich fundierte Parolen für die Umformung unserer innenpolitischen Verhältnisse in der Richtung zum Einheitsstaat ausgesprochen und sich mit der ganzen Tatkraft, die ihm eigen ist, hierfür eingesetzt hat. Jeder, der Gelegenheit hatte, ihn noch zuletzt in seiner Tätigkeit als Reichsjustizminister zu beobachten, wird die kraftvolle Zielsicherheit und die sachlich vorbildliche Art, in der er die Reform unseres Strafrechts und Familienrechts und, um seine letzte große Anregung zu nennen, die Reform unseres Aktienrechts betrieben hat, zu schätzen wissen.

Ihrer aller Zustimmung bin ich sicher, wenn ich mit dem aufrichtigen Dank an unseren bisherigen Führer den ebenso aufrichtigen Wunsch verbinde, daß das umfassende Wissen und Können unseres Freundes Koch-Weser gerade in der heutigen Not unseres Vaterlandes uns nicht verloren sein möge. (Beifall.) Ich bitte Sie um die Ermächtigung, daß wir diese unsere Gefühle Koch-Weser in einem Telegramm zum Ausdruck geben. Ebenso werden wir telegraphische Grüße an unsere beiden Ehrenvorsitzenden Payer und Hieber, die beide nicht unter uns sein können, senden. Unser Ehrenvorsitzender Petersen ist bei uns. Ich heiße ihn besonders herzlich willkommen.

Namens des Oberbürgermeisters von Hannover begrüßte alsdann **Senator Müller** den Parteitag und im Namen des Ortsvereins der Deutschen Demokratischen Partei, Hannover, hieß **Volkswirt Coers** die Delegierten des Parteitags willkommen. Unter stürmischem Beifall trat dann der Ehrenvorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei,

Bürgermeister Dr. Carl Petersen,

an das Rednerpult und begann seine Rede, die oft von lebhaftem Beifall unterbrochen wurde und die zum Schluß auch die ungeteilte Zustimmung des Parteitags fand.

Abschied von der Demokratischen Partei.

Zwölf Jahre Arbeit für Deutschland.

„In dieser Stunde zu den Vertretern der Partei zu sprechen, der ich mich mein ganzes Leben lang verbunden gefühlt habe, heißt für mich zugleich, mir selbst Rechenschaft abzulegen, ob mein eigener politischer Weg richtig gewesen ist und ob ich ihn noch einmal gehen würde, wenn mir das Schicksal das erlaubte.

Meine Antwort auf diese Frage ist:

Wenn ich noch einmal die politische Arbeit meines Lebens zu vergeben hätte, ich gäbe sie noch einmal an meine Partei, in der Gewißheit, meinem Volke damit am besten zu dienen!

Und auf diesen Dienst für Volk und Vaterland kommt es an, nicht darauf, das der Partei selbst nicht jener äußere Erfolg beschieden gewesen ist, von dem wir als junge Menschen geträumt, für den wir als Männer gearbeitet haben und den wir heute schmerzlich vermissen!

Ueber alles das Vaterland! Das war unsere Parole, das ist sie — uns das wird sie für jeden guten Demokraten bleiben!

So fühlten schon die Träger unserer Ideen in dem Freiheitskampf des deutschen Volkes um seine politische Mündigkeit, der seit der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts geführt wurde und dessen Kämpfer nicht durch Gefängnis und Tod von ihren Zielen abgedrängt werden konnten. So fühlten die Bannerträger des Fortschritts und der Freiheit, denen wir im alten Reiche gefolgt sind. So fühlten auch wir, die wir in der dunkelsten Nacht des deutschen Unglücks die Demokratische Partei ins Leben gerufen haben — nicht nur, um die zerstörenden Mächte des Bolschewismus abzuwehren, sondern vor allem, um eine Form für das staatliche Leben unseres Volkes zu finden, das Deutschland in seiner Einheit nach außen hin behauptete und nach innen sein Leben ermöglichte auf demokratischer Grundlage und in sozialem Geiste. Ihre großen Richtlinien entnahm die Demokratische Partei der Gedankenarbeit Friedrich Naumanns, die erfüllt war von den bleibenden Gesetzen liberaler Weltanschauung: Toleranz, Bekenntnis zum Wert der Persönlichkeit, zu freier Betätigung, erfüllt von dem Glauben an eine heit. Wir waren national, sozial und liberal! Die liberale Weltanschauung als solche ist eine ewige innere Haltung des Menschen, wie es auch ihr Gegenpol, die konservative Weltanschauung, ist. Es wird immer Menschen liberaler Gesinnung geben, wie es auch immer Menschen konservativer Gesinnung geben wird, ganz unabhängig von Parteigruppierungen. Denn ob der liberale Gedanke und ob der konservative Gedanke parteibildende Kraft haben, hängt von Faktoren ab, die nicht in philosophischen Gedankengängen fußen, sondern auf realen Tatbeständen wirtschaftlichen und politischen Geschehens basieren und in einer ganz anderen Ebene liegen.

Zur Zeit der Nationalversammlung hatte jedenfalls der Liberalismus, wie er in der Demokratischen Partei am klarsten zum Ausdruck kam, eine sehr starke parteibildende Kraft. Mehr als 5½ Millionen Stimmen sind damals für uns abgegeben worden. So wurde die Demokratische Partei neben dem Zentrum zur damals einzigen Gruppe innerhalb des Bürgertums, die sich unbedingt und vorbehaltlos zum Volksstaat bekannte und ihre große Mission darin erblickte, das neue mit dem alten Deutschland zu versöhnen und den Volksstaat, wie er in der Verfassung von Weimar seine Grundlage empfing, zum unumstrittenen Besitz der Nation zu machen. Wir Demokraten haben seinerzeit in der Nationalversammlung gegen den Vertrag von Versailles und gegen den Flaggenwechsel gestimmt. Aber es war für uns eine Selbstverständlichkeit der politischen Disziplin, daß wir — da sich die Mehrheit des Volkes anders entschied — dann mit allen unseren Kräften für diese Beschlüsse eintraten, eben weil wir das Interesse der Volksgesamtheit immer über das Interesse der Partei gestellt haben!

Wäre solche Staatsgesinnung in Deutschland stärker geworden, als sie leider bis jetzt geworden ist, dann stände es besser um uns!

Blicken wir auf die Arbeit der 12 Jahre zurück, die gerade heute seit der Staatsumwälzung verflossen sind, so dürfen wir mit Stolz feststellen, daß diese Arbeit ohne das Mitwirken der Deutschen Demokratischen Partei nicht möglich gewesen wäre. Neben dem Verfassungswerk selbst galt es den deutschen Volksstaat mit wahren sozialen Geist zu erfüllen. Die großen sozialen Gesetzgebungswerke, wie die Tarifverträge, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetze, der Aufbau unseres modernen sozialen Fürsorgewesens, die Unent-

geltlichkeit der Volksschulen, die Hebung der Stellung der Frau sowohl im öffentlichen wie im privaten Leben, die Schaffung von Wohnungen, alles dies sind Leistungen, an denen die Deutsche Demokratische Partei im entscheidenden Maße mitgewirkt hat. In der Politik soll man keinen Dank erwarten. Auch wir erwarten dafür keinen Dank, weil wir wissen, mit unserer Arbeit nur unsere Pflicht unserem Volke gegenüber getan zu haben. Aber es ist doch betrübend, feststellen zu müssen, wie kurz die Erinnerung weiter Kreise ist und wie sehr sie sich lediglich von Worten, denen die Taten fehlen, in ihrer Entscheidung bestimmen lassen.

Und wie im Innern ist auch nach außen durch die Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Partei Deutschland wieder der Platz geworden, auf dem es heute steht. Genua, Locarno, Genf und Haag zeichnen die wichtigsten Etappen auf dem Wege zur Wiedererlangung unserer äußeren Freiheit, die vorläufig in der Befreiung der Rheinlande ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden hat. Dieser Weg der Verständigung, den wir von Anfang an in unserer Außenpolitik beschritten haben, hat uns allein dem Ziele näher führen können. Aber meine verehrten Freunde, lassen Sie mich hier gleich ein Weiteres aussprechen. Im Ausland hört man nach den letzten Reichstagswahlen jetzt immer wieder die Behauptung von dem Versagen der deutschen Mitte. Wenn so viele Wähler von der Mitte nach rechts und links abgewichen sind, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die Außenpolitik der Mitte von unseren früheren Gegnern im Weltkrieg nicht so gestützt und gefördert worden ist, wie sie es im Interesse der Befriedung der Welt unbedingt erheischt hätte. Freiwillige und vorzeitige, nicht mit schweren Opfern erkämpfte Räumung des Rheinlandes, Rückgabe des Saargebiets, Verständnis für unsere Nöte im Osten, wenn in diesen Fragen das Ausland eine bessere Einsicht gehabt hätte, brauchte es heute nicht den Rückgang der Parteien der Mitte in Deutschland zu beklagen. Freilich darf man nicht vergessen, daß Frankreich als Kriegsschauplatz noch heute die Wunden des Krieges trägt und daß es darum für das französische Volk nicht so leicht ist, die Leidenschaften zu überwinden, die der Krieg ausgelöst hat.

Es ist das größte Verdienst der Deutschen Demokratischen Partei, daß sie von Anfang an und ununterbrochen alle ihre Kräfte eingesetzt hat für die Entgiftung der europäischen Atmosphäre, für positive Mitarbeit, daß sie fast ununterbrochen durch die Beteiligung an der Regierung die Mitverantwortung für die äußere und innere Politik auf sich genommen hat. Weil diese Jahre aber durch Not und Bedrückung gingen, konnte natürlich nur Schritt für Schritt Boden gewonnen werden, mußte manches getan oder unterlassen werden, was den einen oder anderen Kreisen unliebsam war. Das führte das politische Treibholz, wie es Naumann nannte, fort und in den Strom der Nöte und der Leidenschaften an die Ufer anderer Parteien, die, weil sie nicht an der Verantwortung teil hatten, vieles, ja alles mit Worten versprechen konnten.

Und noch ein anderes kam hinzu: Die Deutsche Demokratische Partei war keine Klassenpartei, keine ständische Gruppe und kein Interessentenhaufen, sondern war eine Partei, die Angehörige aus allen Schichten unseres Volkes zusammenfaßte, war eine Einheit lediglich durch die Kraft der von ihr vertretenen weltanschaulichen Ideen. Das erklärt, weshalb die Sozialdemokratie, die auch während der größten Zeit dieser zurückliegenden Jahre an der Verantwortung teil hatte, nicht in dem Maße an Anhängern verlor wie die Deutsche Demokratische Partei. Die Sozialdemokratische Partei ist

in erster Linie zusammengehalten durch das gleichgerichtete Interesse einer Klasse. Außerdem hat ja die Sozialdemokratische Partei hier und da auch die Verantwortung niedergelegt, wenn es ihr im Parteinteresse nützlich erschien. Das konnte die Demokratische Partei nicht tun. Daß das Zentrum, neben der Deutschen Demokratischen Partei die einzige große Weltanschauungspartei, an ihrem Bestand nichts eingebüßt hat, erklärt sich ja sehr natürlich daraus, daß diese Weltanschauungsgruppe zugleich fundiert ist in einer religiösen Organisationsform, der katholischen Kirche.

Aus ihrer Zielsetzung heraus und aus ihrem Verantwortungs-bewußtsein ist die Demokratische Partei vielfach genötigt gewesen, mit der Sozialdemokratischen Partei zusammen-zugehen. Das hat in entscheidendem Maße dazu beigetragen, in der deutschen Arbeiterschaft das Staatsgefühl zu wecken und zu stärken. Die Gleichberechtigung des Arbeiters an der Gestaltung unseres politischen Lebens entsprach auch den Forderungen der Demokratischen Partei. Gewiß war daneben das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten häufig auch eine Frage der Taktik. Ich weiß wohl, daß diese Zusammenarbeit den Demokraten vielfach verdacht worden ist und es ist wahrscheinlich, daß auch aus diesem Grunde ein Teil unserer Wähler uns verlassen hat. Aber ich frage unser ganzes Volk: Wo waren mindestens bis 1924 denn außer dem Zentrum die bürgerlichen Parteien, mit denen wir Demokraten hätten zusammengehen können? Wo war denn die Erkenntnis sozialer Notwendigkeiten, wo war der Wille zu einer vernünftigen Außenpolitik denn anders anzutreffen, als außer bei uns und dem Zentrum noch bei der Sozialdemokratischen Partei?

Dieser Mangel an Einsicht in den übrigen Parteien zwang uns einfach dazu, auch dann mit der Sozialdemokratischen Partei zusammenzuarbeiten, wenn wir manches für uns unbefriedigende Kompromiß haben schließen müssen, zwang uns dazu, weil wir Volk und Staat nicht dem Chaos aussetzen wollten.

Mit Ausnahme des Zentrums und der Demokratischen Partei sind alle übrigen bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren in mehr oder minder starkem Umfang den Weg zu einer ständischen Gruppe gegangen. Alle noch so schönen Worte vermögen darüber nicht hinwegzutäuschen, daß wir heute im wesentlichen mit den beiden vorhin erwähnten Ausnahmen nur noch eine Industriepartei, eine Partei des Einzelhandels und der Handwerker und einige Parteien der Landwirtschaft haben. Auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist keine Weltanschauungspartei, so sehr sie auch behauptet, eine zu sein; denn eine Weltanschauung besteht nicht aus einigen Phrasen und Schlagworten. Auch die Nationalsozialisten sind eine Interessentengruppe der Depossidierten, der Unzufriedenen, der Protestler.

Es mag sein, daß diese mit gewissen Einschränkungen als ständisch zu bezeichnende Gliederung in Zukunft immer stärker hervortreten wird und es wäre sogar denkbar, daß eine solche ständische Gliederung einmal unsere heutige Parteigliederung ablösen könnte. Manche Anzeichen sprechen dafür. Trotzdem würde ich eine solche Entwicklung, jedenfalls auf absehbare Zeit, für ein großes Unglück halten. Denn eine ständische Gliederung bedingt entweder eine diktatorische Regierung oder ein solch großes Maß von politischer Einsicht und politischer Erziehung des ganzen Volkes, daß wir heute nur sagen können, daß unser Volk davon noch sehr weit entfernt

ist. Ohne eine solche politische Reife aber würde eine ständische Gliederung wirklich nur Interessenpolitik im schlimmsten Sinne des Wortes bedeuten — uns im Innern noch mehr zerreißen und nach außen die größten Gefahren heraufbeschwören; das zeigt ja sehr deutlich unsere handelspolitische Entwicklung der letzten Zeit, die so einseitig nach einem Stand hin orientiert ist.

Deshalb werden auch fernerhin nur große weltanschauliche Gruppen die Träger unseres politischen Lebens sein können. Daß solche Gruppen möglich sind, beweist nicht nur das Zentrum, sondern zeigt auch bis zu einem gewissen Grade die Sozialdemokratische Partei in der Entwicklung der letzten Jahre. Auch die Sozialdemokratische Partei hat das Bestreben, sich aus den Fesseln einer reinen Klassenpartei zu lösen und Angehörige anderer Lebenskreise an sich heranzuziehen. Damit wird auch die Sozialdemokratische Partei in immer stärkerem Maße zu einer politischen Weltanschauungspartei. Diesen beiden Parteien gilt es, eine wahrhaft liberale Partei der Mitte an die Seite zu stellen. Die große Chance einer solchen Partei, wie sie gleich nach der Staatsumwälzung gegeben war, ist zu einem erheblichen Teil an persönlichen Gründen gescheitert. Das damals Versäumte nachzuholen, blieb das bisher nicht erreichte Ziel der Demokratischen Partei. Und wenn wir heute auch wissen, daß der Versuch, den wir in dieser Richtung vor den letzten Wahlen gemacht haben, unrichtig war, weil er mit den unzulänglichen Menschen der Mahraungruppe gemacht wurde, so entspricht doch ohne Frage der Geist, der ihn veranlaßte, unserer demokratischen Tradition. Die Schicksalsfrage lautet: Hat der Liberalismus noch parteibildende Kraft? Das wird vielerorts verneint. Der Liberalismus sei eine tote Sache, hört man gerade jetzt recht häufig sagen. Nun, ich habe schon am Anfang meiner Ausführungen gezeigt, daß der Liberalismus als eine innere geistige Haltung eine bleibende Kraft ist; kann er auch politisch zu neuem Leben erweckt werden? Dazu ist es nötig, daß wir uns etwas näher mit diesem seinem politischen Wesen beschäftigen. Der Liberalismus ist politisch gesehen der Wegbereiter der Demokratie. Er war wirtschaftlich betrachtet gewiß der Herold des Kapitalismus gewesen. Aber unser deutscher Liberalismus ist von Anfang an sehr abweichend gewesen gegenüber dem englischen Liberalismus. Im deutschen Liberalismus war neben der Forderung nach wirtschaftlich freier Betätigung die soziale Forderung von Anfang an lebendig, stand neben dem Gebot möglichst ungehinderten Warenaustausches unter den Volkswirtschaften stets die Rücksicht auf die eigene Volkswirtschaft. Der deutsche Liberalismus hat weiter auch niemals dem Staat etwa nur eine Nachwächterrolle zugewiesen. Wenn heute hier und da die Forderung erhoben wird, der Staat möge sich auf den Bau von Straßen und Wegen, auf die Anlage von Kanalisation, auf die Garantierung der öffentlichen Ruhe und Ordnung beschränken und nur in Notzeiten auch auf andere Gebiete, vornehmlich des Wirtschaftslebens, übergreifen, so ist das eine Forderung, die, wenn sie als liberal ausgegeben wird, dem wahren Geist des deutschen Liberalismus Hohn spricht.

Für die Partei, von der wir hoffen, daß sie das Sammelbecken aller wahrhaft liberalen Volksgenossen werden wird, haben wir den Namen Deutsche Staatspartei gewählt. Deutsche Staatspartei heißt, eine Partei, die sich zum deutschen Staat, zu der Idee des Staates von Weimar bekennt. Aber Deutsche Staatspartei heißt noch ein anderes und heißt mehr: es heißt, daß sich in ihr die Volksgenossen sammeln, die in unserem Volksstaat die alles umfassende Organi-

sationsform für das Zusammenleben unseres Volkes erblicken. Diese Anschauung ergibt sich aus dem Wesen des Volksstaates zwangsläufig. In einem Obrigkeitsstaat ist es begreiflich, wenn die Untertanen bestrebt sind, sich möglichst viele Gebiete zu sichern, in denen sie ohne Aufsicht und ohne Dreinreden der Obrigkeit ihr Leben gestalten können. Ein Volksstaat aber, der getragen ist von dem Willen und von der verantwortungsbewußten Mitarbeit aller, hat naturgemäß eine viel umfassendere Aufgabe.

Man sieht unsere gegenwärtige Situation nicht richtig und wird demgemäß auch nicht den richtigen Weg finden, um der Not auf die Dauer zu steuern, wenn man lediglich auf Wirtschaftskrisen, auf abänderungsbedürftige Einzelheiten hinweist. Mir will vielmehr erscheinen, daß die große Wirrnis unserer Tage zu einem erheblichen Teile auf dem Nebeneinander der vielen Organisationsformen unseres sozialen Lebens beruht. Da ist zunächst das vor allem dank der Arbeit der Demokratischen Partei seit einigen Jahren die öffentliche Diskussion stark beschäftigende Problem des Verhältnisses vom Reich zu Ländern. Auch diese Frage in Fluß gebracht zu haben, ist bleibendes Verdienst der Demokratischen Partei, wie es nicht minder ihr Verdienst ist, auf gangbare Wege hingewiesen zu haben, wie unser formal so gerechtes und praktisch so bedenkliches Wahlrecht geändert werden kann. Diese Änderung des Wahlrechts, die auch die Entwendung demokratischer Mandate durch die Jungdolente so nachdrücklich als dringend geboten beweist, wird eine der wichtigsten Forderungen der Deutschen Staatspartei sein. Freilich sollten wir uns darüber keiner Täuschung hingeben, daß eine Ersetzung unseres Verhältniswahlrechts etwa durch das Mehrheitswahlrecht, ähnlich dem englischen, erst möglich sein könnte, wenn wir wieder zu politisch ruhigeren und leidenschaftsloseren Zuständen gekommen sind.

Aber neben der neuen Gliederung des Reichs, die Reich, Länder und Gemeinden wirklich zu einer Einheit zusammenschließen und ihnen diejenige Verwaltungsform geben soll, die ihren Aufgaben entspricht, ist noch ein anderes, nicht weniger wichtiges Problem zu lösen. Vielleicht der schwerste Schaden besteht darin, daß heute Staat und Wirtschaft allenfalls nebeneinander, häufig gegeneinander, aber nicht miteinander stehen. Hier erfüllt der Staat tatsächlich noch so etwas wie eine Nachtwächterrolle, indem er nur in die größten Notstände eingreifen kann. So haben wir heute nach der Arbeit hin zwar das staatliche Schlichtungswesen, nach der Seite des Konsumenten zwar einen gewissen Preisschutz bei Monopolen und Kartellen, aber nach der entscheidenden Seite der Produktion besteht keinerlei Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft. Hier eine Form zu schaffen, die Staat und Wirtschaft einander näherführt, scheint mir eine, vielleicht die größte Aufgabe, die uns in der Zukunft gestellt ist.

Ähnlich liegt die Situation auf kulturellem Gebiet. Es gilt eben überall, dem Staat, weil er nicht mehr ein Instrument fremden Willens ist, sondern Willensausdruck des ganzen Volkes, auf allen Gebieten auch die Möglichkeit zu geben, den Willen des Volkes und das Wohl der Allgemeinheit gestalten zu lassen.

Jetzt kommt es darauf an, nachdem das demokratische Ziel verwirklicht ist, das Staatsideal des richtig verstandenen deutschen Liberalismus der Verwirklichung näherzuführen. Zu diesem Ziele beizutragen, rufen wir alle auf, die sich bekennen zu nationaler Behauptung nach außen, zu sozialer Gerechtigkeit im Innern und zur

Verantwortung für die Schicksalsgestaltung unseres Volkes, in Freiheit für jeden einzelnen, zum Wohle der Allgemeinheit! Wir sind national, nicht nationalistisch, wir sind sozial, nicht sozialistisch, wir sind liberal, nicht eng und unduldsam, wie die Partei, die sich den Namen einer nationalsozialen Partei zugelegt hat, ohne von dem Geist, der diesen Namen geschaffen und populär gemacht hat, auch nur einen Hauch zu verspüren.

In einer Gegenwart, die voll antisemitischer Verhetzung ist und in der Mangel an wahrer Humanität auf das schmerzlichste erfüllt, bekennen wir uns zu unseren alten Zielen, zu jenen geistigen Kräften, die allein unser Volk wieder aufwärts führen können, jenen Kräften des deutschen Idealismus, aus denen die politischen Grundsätze gewachsen sind, denen wir treu geblieben sind in der Vergangenheit und treu bleiben werden in der Zukunft.

Ueber alles das Vaterland!"

Dann sprach der preußische Finanzminister

Dr. Höpker Aschoff

über das Thema:

Der Weg zur Staatspartei.

„Als im Sommer dieses Jahres der Reichstag aufgelöst wurde, drohten die Wogen des Radikalismus die Parteien der Mitte zu zerstören. Alle Staatsbürger, die den Sozialismus als Wirtschaftstheorie und den Klassenkampf als Methode des wirtschaftlichen Kampfes ablehnten, die der konfessionellen Bindung das Bekenntnis zur geistigen Freiheit entgegenstellen, die des Streits der berufsständischen Gruppen müde waren und an dem Gedanken eines nach außen und innen hin machtvollen Staates festhielten, standen vor der Frage: Wo ist unsere politische Heimat, wo finden wir eine starke Partei, in der wir uns neben der Sozialdemokratie und dem Zentrum gegen den Radikalismus behaupten können? Aus solchen Gedankengängen heraus ist die Staatspartei geboren. Es galt, aus dem Gehäuse der alten Parteien herauszukommen, sich von den alten Parteidogmen zu befreien, neue Ziele zu zeigen und zu diesem Zwecke eine starke Partei der staatsbürgerlichen Mitte zu gründen. Ein Bündnis wesensverwandter Parteien und Gruppen hätten dieses Ziel erreichen können. Das Bündnis ist gescheitert an einem großen Irrtum.

1. Wir haben uns geirrt über die persönlichen Eigenschaften und die politischen Fähigkeiten der Führer der volksnationalen Bewegung.

2. Wir haben uns geirrt über die volksnationale Bewegung selbst.

Diese Bewegung wurde beherrscht durch den Jungdeutschen Orden und der Orden wollte nicht die Verwirklichung politischer Ziele, sondern der Orden und vor allem seine aus bezahlten Angestellten bestehende Bürokratie wollte nichts als die Macht. Man wollte, wie es in einem Schreiben des Ordenskanzlers Bornemann heißt, in die schwächste Stelle der bürgerlichen Front, bei den Demokraten, einbrechen, und von hier aus die Mitte aufrollen.

Der Gedanke der breiteren Sammlung wurde abgelehnt. Der Plan, Verbindung mit dem Lager der Deutschen Volkspartei aufzunehmen, wurde vor und nach den Wahlen, insbesondere aber vor der Verhandlung mit Herrn Dr. Scholz durch die volksnationalen

Führer auf das schärfste bekämpft, weil man fürchtete, alsdann innerhalb der neuen Partei an Bedeutung zu verlieren.

Die Arbeit für die politischen Ziele bedeutete nichts, die Bewegung war alles. Der Jungdeutsche Orden galt mehr als der Deutsche Staat.

Der Wunsch, eine große Bewegung zu entfachen, verführte die jungdeutsche Richtung zu den Methoden der Nationalsozialisten. Der Antisemitismus und die Zurückweisung jedes Wirtschaftsführers als eines Plutokraten waren Zugeständnisse an Masseninstinkte, wie wir sie in der Nationalsozialistischen Partei beobachten können. Mahraun will letzten Endes der Hitler der Mitte sein.

Das Bündnis mit der volksnationalen Bewegung ist dadurch zerstört. Aber ist darum die Idee der Deutschen Staatspartei falsch? Mit nichten! Die Staatspartei ist aus den oben dargelegten Gründen mehr denn je eine Notwendigkeit. Was aber wollen wir in der Deutschen Staatspartei?

Wir bekennen uns zum nationalen Gedanken. Wir wollen den Frieden. Aber den Frieden der Freiheit und nicht der Unterwerfung. Befreiung und Wiederaufrichtung der Deutschen Nation ist unser oberstes Ziel. Die Etappen auf dem Wege heißen: Beseitigung der Tributlasten, Grenzrevision im Osten, Anschluß Oesterreichs, Sicherung der deutschen Minderheiten und Organisation des mitteleuropäischen Raumes.

Wir bekennen uns zum demokratischen Gedanken. Demokratie ist uns mehr als eine staatsrechtliche Angelegenheit. Demokratie ist uns Grundlage des gesellschaftlichen Aufbaus.

Wir stellen der konfessionellen Bindung den Gedanken der geistigen Freiheit entgegen und wollen, daß der Staat über alle konfessionelle Verknöcherung hinweg die deutsche Kulturgemeinschaft als den Sinn jedes Bildungswesens betrachtet.

Wir bekennen uns zur Wirtschaftsordnung des Privateigentums und betrachten es trotz aller Schlagworte als unsere Aufgabe, möglichst viele Menschen zu Besitzbürgern zu machen. Freilich kann solche Wirtschaftsordnung nur bestehen, wenn sie den sozialen Schutz der in wirtschaftlicher Abhängigkeit befindlichen Menschen verbürgt.

Unsere Aufgabe ist nicht leicht, aber wir glauben an ihren Erfolg, weil wir an das deutsche Volk glauben.

Aussprache.

Nach den Referaten teilte Dr. Fischer die eingegangenen Anträge mit. Der Antrag des Parteivorstandes hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag möge beschließen:

1. Die Deutsche Demokratische Partei wird aufgelöst.

2. Das Vermögen wird als Ganzes auf die Deutsche Staatspartei übertragen.

3. Den Organisationen wird empfohlen, sich insgesamt der Deutschen Staatspartei anzuschließen.“

Als erster Diskussionsredner nahm Rechtsanwalt Dr. Braubach-Berlin das Wort. Der Redner ging aus von der Gründung der Vereinigung Unabhängiger Demokraten, die die Wahlparole für die Sozialdemokraten ausgegeben hätte. Unter stürmischem Widerspruch das Parteitages erklärt Dr. Braubach, daß sie diese Parole

auch in Zukunft ausgeben würde, da er und seine Freunde zur Staatspartei kein Vertrauen hätten. Dr. Winschuh ist nach Braubachs Meinung ein Erzreaktionär. Die Reise der Staatspartei ginge zur Volkspartei. Braubach und seine Freunde lehnten die Staatspartei ab. Sie würden eintreten für die deutsche Linke.

Dr. Schäfer-Köln bedauerte außerordentlich die Art und Weise, wie Braubach über die Gründung der Staatspartei und über Dr. Winschuh sich geäußert hätte. Die Mitteilung des „Dortmunder Generalanzeigers“ über Winschuhs Äußerungen in Köln entspräche nicht den Tatsachen. Dr. Schäfer forderte weiter, daß man in der kommenden politischen Arbeit erfüllt sein müsse von dem Willen, in einfacher Form Verständnis bei den breiten Volksmassen zu finden.

Staatssekretär **Oscar Meyer** erklärte, daß nach Braubachs Mitteilung feststehe, daß die Unabhängigen Demokraten keine Einigung wollten. Wenn Braubach ein Register aufgemacht hätte derer, die jetzt gehen müßten, so wäre er, der Redner, bereit gewesen, sein Mandat zur Verfügung zu stellen, da er die Verantwortung für die Ehe mit den Jungdeutschen mittrage. Sein Wahlkreis hätte aber sein Verbleiben gewünscht, abgesehen davon, daß sein Mandatsnachfolger ein Volksnationaler gewesen wäre. Braubach versuche, jetzt Keile in die Partei zu treiben und das werde mißlingen. Jetzt sei Einigung das Gebot der Stunde. Zu der Volkspartei, wie sie jetzt sei, würde ganz bestimmt die Reise der Staatspartei nicht gehen. Vor Jahren, als Stresemann noch lebte, wäre vielleicht eine Möglichkeit gewesen, mit der Volkspartei zusammenzukommen, aber damals hätten Resolutionen solche Versuche erstickt. Die Staatspartei sei und solle keine Mischmaschpartei sein. Alles, was demokratisch, sozial und liberal sei, solle in der Staatspartei eine politische Heimat finden.

Abg. **Hofheinz-Baden** führte aus, daß dieser Parteitag kein Freudentag sei. Wir müssen klar sehen, wie der Weg in die Zukunft führt. Demokratie sei nicht etwa Erfüllung, sondern etwas werdendes, das erfüllt werden müsse. Die Verfassung von Weimar sei Richtlinie für die politische Betätigung in der Staatspartei. Wir seien immer zu sehr darauf eingestellt, die Politik als Angelegenheit des Rechenstifts und nicht als Arbeitsverpflichtung anzusehen. Der Schritt vorwärts müsse getan werden. Der Redner regte an, die Abstimmung über die Auflösung der Demokratischen Partei erst nach der Gründung der Staatspartei vorzunehmen.

Der Vorsitzende der Preussischen Landtagsfraktion, **Falk**, erklärte, daß er versucht habe, die Unabhängigen Demokraten bei der Partei zu halten. Es handelt sich jetzt nicht darum, festzustellen, was früher falsch gemacht worden ist, sondern es handelt sich darum, wie jetzt dem deutschen Volk geholfen werden kann.

Dr. **Leeser-Heidelberg** erklärte, sich nicht an dem Ketzergericht gegen diejenigen beteiligen zu wollen, die an der Gründung der Staatspartei teilgenommen hatten. Er selbst hätte seinerzeit gegen diese Verhandlungen gestimmt. Er bedauert aber viele Äußerungen von Braubach. Wenn jetzt gesammelt würde, dann müsse man auch nach links hin sammeln. (Beifall.) Die neue Partei müsse republikanisch und zuverlässig demokratisch sein.

Professor **Quidde**, der mit Beifall empfangen wurde, erklärte, daß er den Antrag des Parteivorstandes bekämpfen wolle. Er sei sich aber bewußt, daß er für eine verlorene Sache kämpfe. Er verwahrte sich dagegen, daß er einen weichlichen Pazifismus ver-

trete. Er sei immer für eine aktive Außenpolitik eingetreten, aber mit Verzicht auf Gewaltanwendung. Wenn in der neuen Partei kein nationaler Pazifismus vorhanden wäre, dann wisse er nicht, ob er die Staatspartei mit vertreten könne.

Frau Dr. **Gertrud Bäumer** erklärte: Angesichts der großen Frage, ob sich angesichts des Faschismus und des Kommunismus bei uns in Deutschland die Demokratie überhaupt erhalten lasse, seien die Abspaltungen historisch genommen stilllos. Die Sondergruppen können ihre Kraft nur schwächen. Die unpolitischen Sektierereien, die in unseren Parteigruppierungen noch gepflegt werden, müßten überwunden werden zugunsten einer Verstärkung und Konzentration des politischen Willens.

Der preußische Finanzminister **Höpker Aschoff** nahm dann in der Diskussion noch einmal das Wort, um zu betonen, daß unsere freiheitliche Kulturpolitik ebenso liberal sei wie unsere Auffassung über die Privatwirtschaft und Unternehmerwirtschaft. Mit Quidde könne er sich sofort einigen, insbesondere mit Quiddes Formulierung, daß Außenpolitik nicht mit Mitteln der Gewalt getrieben werden dürfe. Männer wie Schönaich, Lüth, Stündt und Braubach lehne er aber rundweg ab. Der preußische Finanzminister erinnerte an die leidenschaftlichen Worte, die Naumann gegen das Versailler Diktat gesprochen hat. Die Proteststimmung gegen das Versailler Diktat dürfe nicht verstummen. Daß wir die Verträge beschlossen haben, dürfe uns nicht hindern, gegen das Unrecht der Verträge zu stimmen.

Senator **Stubmann** erstattete dann den Bericht über die Tätigkeit des Revisionsausschusses, und erklärte, daß alle Bücher der Demokratischen Partei in Ordnung seien. Er regte an, im Hinblick auf die Wahlschulden die Forderungen gegen die Volksnationalen juristisch geltend zu machen.

Der Vorsitzende des Parteitages, Dr. **Hermann Fischer**, erklärte dann, daß durch die Zustimmung des Parteitages dem Parteivorstand im Hinblick auf die geschäftlichen Angelegenheiten Entlastung erteilt sei. Er sprach den Parteibeamten den Dank für ihre hingebende und treue Arbeit aus. Alsdann brachte er den Vorschlag, die Demokratische Partei aufzulösen, zur Abstimmung. Er wies darauf hin, daß nach den Satzungen hierzu eine Dreiviertelmehrheit notwendig sei. Gezählt waren 334 Delegierte. Bei der Abstimmung ergab sich, daß bei wenigen Stimmenthaltungen 16 Delegierte gegen die Auflösung der Partei stimmten, daß also eine

überwältigende Mehrheit der Parteiauflösung zugestimmt

hat. Der Beschluß der Parteiauflösung ist damit einwandfrei gefaßt worden.

Dr. **Hermann Fischer** wies darauf hin, daß der letzte Parteitag der Demokratischen Partei eine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen gehabt hätte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß für unsere Ideen bessere und glücklichere Zeiten kommen würden. Den Satz, daß das Vaterland über den Parteien stehen solle, habe die Demokratische Partei auch auf diesem letzten Parteitag durch diesen Beschluß wahrgemacht. Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer brachte alsdann das Hoch auf die Republik aus, in das die Anwesenden stürmisch einstimmten. Nach dem Gesang des Deutschlandliedes wurde der letzte Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei geschlossen.

*

*



Demokratischer Parteitag an Koch-Weser.

Im Auftrag des Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei richteten die Vorsitzenden nachfolgendes Telegramm an Reichsminister Koch-Weser:

„Bevor der Parteitag die Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei beschließt, um den Mitgliedern der Partei die Verteidigung und Verbreitung demokratischen Gedankenguts auf erweiterter Grundlage zu empfehlen, entbietet er Ihnen, dem langjährigen Parteivorsitzenden, freundschaftliche und dankbare Grüße. Wir sind stolz darauf, in Ihnen einen Führer gehabt zu haben, dessen Wirken in Reichstag und Regierung weit über den Kreis unserer Partei hinaus verdiente Anerkennung gefunden und der insbesondere als Vorkämpfer des Einheitsstaates, moderner Rechtspflege und nationaler Außenpolitik die deutsche Entwicklung nachhaltig und gedeihlich beeinflußt hat. Wir hoffen bestimmt, daß Sie bereit und berufen sein werden, auch in der neuen Partei erfolgreiche Arbeit für unsere großen Ziele zu leisten.“

Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei

Hannover, 9. November 1930.

Als Vorsitzender des Hauptaktionsausschusses eröffnete der preußische Finanzminister Höpker Aschoff den Parteitag und hob hervor, daß der zahlreiche Besuch der beste Beweis für den Willen zur Deutschen Staatspartei sei. Glückwünsche für die Tagung sandten u. a. die Deutsche Freiheitspartei in Prag und die Demokratische Partei des Saargebiets.

Minister Höpker-Aschoff wies darauf hin, daß Hannover die Stadt Hindenburgs sei. Er schlug vor, an den Reichspräsidenten nachstehendes Telegramm zu richten:

„Die zur Gründung der Deutschen Staatspartei in Hannover aus allen Gauen Deutschlands versammelten Männer und Frauen senden dem Führer des deutschen Volkes, ihrem hochverehrten Reichspräsidenten, dem Ehrenbürger von Hannover, ehrfurchtsvolle Grüße und geloben treue Gefolgschaft in dieser schweren Zeit.“

Dann ergriff

Reichsfinanzminister Dietrich

das Wort zu seinem grundlegenden Referat:

Ziele und Aufgaben der Staatspartei.



Er führte aus:

„In einem Augenblick, in welchem das uns nach dem Krieg verbliebene Land endgültig frei wurde und wir außenpolitisch nicht bedroht sind, ist das deutsche Volk in eine neue innerpolitische Gefahrenzone eingetreten. Die Vorgänge vom Sommer und die Wahl vom 14. September hat sie geschaffen. Das Wahlergebnis habe wie ein Blitzlicht die Stimmung der Bevölkerung gezeigt. Der neue Reichstag steht unter dem Druck der Massenparteien der beiden Flügel: der Kommunisten und Sozialisten einerseits und der Nationalsozialisten andererseits. Es besteht in diesem Reichstag zwar eine Mehrheit für den heutigen Staat und seine Verfassung, weil die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien der Mitte in diesem Ziel einig sind, aber es besteht keine Mehrheit für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, welche Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten verwerfen. Oder sollte das bei den Nationalsozialisten nicht der Fall sein, deren Sprecher erklärt hat, daß das heutige verfehlte Wirtschaftssystem Produzenten und Konsumenten ausschalte, die Erwerbsnot zu einem Weltzustand gemacht habe, daß sich regellos und vernunftswidrig heute die Urproduktion abspiele, daß regellos und unsinnig die Preisbildung und die Verteilung des Ertrages der deutschen Scholle sei? Erhöht wird die Gefahr dadurch, daß von den bürgerlichen Parteien ein Teil in offener Feindschaft zum heutigen Staat steht und ein anderer Teil, wie die Wirtschaftspartei, eine rücksichtslose Interessenpolitik verfolgt, während die Volkspartei mit dem Ruf gegen den Marxismus letzten Endes den Kampf gegen die abhängigen Schichten führt. Das Reich aber braucht, wenn es bestehen will, Staatsbürger und staats Erhaltende Parteien, die das Interesse des Staates und den Kampf um den Staat in den Vordergrund stellen. Es ist nicht verwunderlich, wird aber vielleicht doch manchen deutschen Staatsbürgern, die heute dem Radikalismus nachrennen, zum Denken Veranlassung geben, wenn am 13. Jahrestag der russischen Revolution ein kommunistischer deutscher Reichstagsabgeordneter dort erklärte, die Krise der kapitalistischen Ordnung in Deutschland gäbe große Hoffnung, daß im 14. Jahr der russischen Revolution auch die Revolution in Deutschland siege.

Wie war es möglich, daß wir, nachdem wir das Jahr 1923 überstanden hatten, es dahin gebracht haben, daß so geredet werden kann? Dazu ist es notwendig, die wirtschaftliche und geistige Struktur unseres Volkes zu untersuchen und offen über die Fehler zu reden, die gemacht worden sind. Gewiß, die Zahl der abhängigen Existenzen, der Arbeiter, der Angestellten und Beamten, die sich in ihren unteren Kategorien von jenen nicht wesentlich unterscheiden, ist stark gewachsen, die Zahl der Selbständigen relativ zurückgegangen. Aber es gibt keine unterdrückten Schichten in Deutschland. Die Arbeiterschaft hat unter Führung der Sozialdemokratie in der Revolution die restlose Gleichstellung politisch und wirtschaftlich erkämpft. In letzter Beziehung steht sie dem kleinen Mittelstand und den Kleinbauern gleich. Tarifverträge sichern ihren Lohn. Sie ist eingerückt in die gleiche Ebene wie die anderen Berufsgruppen. Politische Führer erster Ordnung sind aus ihren Reihen hervorgegangen. Aber auch sie ist heute zerspellt, und wenn sie in der Hauptmasse auch bei den Sozialdemokraten und Kommunisten steht, so sind doch viele weggeflüchtet zu den Nationalsozialisten. Schlimmer aber als jene Verschiebung hat die Inflation gehaust, die über alle am Krieg beteiligten und unterlegenen Staaten hinweggegangen

ist und auch die Sieger gewaltig geschüttelt hat, indem sie nicht nur die Mitte schwächte, sondern auch einer Masse von abhängigen Existenzen ihr Sparvermögen wegnahm. Das Heer der Abhängigen und zugleich Besitzlosen ist dadurch entscheidend gewachsen. Millionen, die früher über einen Spargroschen verfügten, sind jetzt, sobald sie arbeitslos sind, der größten Not ausgeliefert.

Mit dem Zurückgehen des Mittelstandes aber und durch Vernichtung größerer selbständiger Unternehmen entstanden jene gewaltigen Syndikate und Trusts, die ganze Erwerbszweige umklammern und zu beherrschen suchen, und die einer Menge nach Selbständigkeit drängender Existenzen den Weg dazu verbaut haben. Ein gärender Groll zieht sich wie ein giftiges Gas gerade durch diese Schichten. Dazu kommt der Druck des verlorenen Krieges, die gewaltige Last der Reparationen, die, solange sie gezahlt wird, auf unseren Lebenshalt drückt, und von der niemand sagen kann, welche Auswirkungen sie schließlich haben wird. Eine ganz besondere Verwirrung ist endlich dadurch angerichtet worden, daß in steigendem Maße schon im Kriege und nach dem Kriege die Meinung gepredigt wurde, als ob der Staat instande wäre, für jeden einzelnen seiner Bürger ausreichend zu sorgen und ihm seinen Lebenshalt zu garantieren. Wir haben uns in die Auffassung hineingelegt, als ob der Staat eine Versicherungsgesellschaft wäre, aber das Risiko ist alle Tage größer geworden, und heute, wo ein großer Teil der Bevölkerung unter Arbeitslosigkeit seufzt, droht jene Auffassung den Staat und seine Finanzen zum Erliegen zu bringen. Sozialer Not zu steuern, da wo die Kraft des Einzelnen auf keinen Fall ausreicht, bleibt selbstverständlich eine Aufgabe des modernen Staates.

Noch schlimmer aber als die wirtschaftlichen Nöte ist die geistige Verwirrung, in der wir leben. Der Sturz der alten Autoritäten setzte das Volk vor die Notwendigkeit, sich selbst zu regieren. Der neue Staat wurde aufgerichtet in einer Zeit der Not. Aber er fand wenig Freunde. In Familie, in Schule und Kirche wurde er vielfach lediglich kritisiert, oft geschmäht und heruntergerissen. Kann man sich da wundern, daß die heutige Generation keine Einstellung zu diesem Staate gefunden hat? Die Meinungs- und Pressefreiheit ist völlig entartet. Mit verlogenen Ueberschriften und mit Sensationsmeldungen, mit Skandalen und sonstigem Nervenkitzel wird die Seele des Volkes immer mehr verwirrt. Das Theater hat sich dieser Entwicklung angeschlossen. Jede Selbstdisziplin ist verloren gegangen. Einen Schutz der persönlichen Ehre gibt es nicht mehr. Dazu kommt das völlig verkehrte Wahlrecht, welches den Abgeordneten vom Wähler getrennt hat, so daß er sich meist unter seinem Kandidaten nichts mehr vorstellen kann und geneigt ist, jede Tartarennachricht über ihn zu glauben. Schließlich sind die Frauen in die Politik eingetreten und mit ihnen ein neues Element, das sehr viel stärker auf das Gefühlsmäßige abgestellt ist, das dem Verstandesmäßigen in der Politik zunächst fernsteht, und das gerade in einer Zeit zur Mitwirkung berufen wurde, in der diese besonders schwierig ist.

Es darf endlich nicht verschwiegen werden, daß auch grobe Fehler gemacht worden sind in der Beamtenpolitik, wo das Parteibuch oft über die Tüchtigkeit gesiegt hat, daß wir aber auch auf wirtschaftlichem Gebiet nicht mehr über die Ehr- und Anstandsbegriffe verfügen, die vor dem Kriege unser Stolz gewesen sind.

Welches sind nun unsere Aufgaben?

Auf dem Gebiete der Wirtschaft ist mit dem Schlagwort Marxismus und Antimarxismus nichts anzufangen. Wie stellen sich eigentlich diejenigen, die damit operieren, eine praktische Arbeit mit der Masse unserer Bevölkerung, wie sie sich in der radikalen Zusammensetzung des Reichstages ausdrückt, vor? Daß der Sozialismus nicht helfen kann, ist sicher. Man muß sich aber hüten, jeden Staatsbetrieb zu verwerfen. Wohin geht die Reise der großen Syndikate? Wenn sie erst einmal einen ganzen Berufszweig beherrschen, ist es undenkbar, daß man sie frei und ungehemmt schalten läßt. Hier muß allerdings der Staat der primäre und die Wirtschaft der sekundäre Faktor sein. Im übrigen aber gilt es, die Zahl der noch selbständigen Elemente zu erhalten und zu stärken. Die Syndizierung wirkt bürokratisierend und ertötend, der freie Geist und der schöpferische Wille ist beim selbständigen Unternehmertum. Seine Behauptungen in allen Größen und in allen Zweigen ist die Existenzfrage. Ein Rückgang der selbständigen Existenzen verringert die Aufstiegsmöglichkeiten für die breiten Massen, verschärft die Gegensätze zwischen Besitz und dem Besitzlosen und gefährdet die ungestörte Zusammenarbeit. Zu dieser Gruppe der selbständigen Elemente gehört auch die Bauernschaft. Eine Politik zu ihrem Schutze und zu ihrer Organisation ist eine der vordringlichsten Aufgaben des Staates. Nur mit einer solchen Politik allein ist auch der Osten wieder zu bevölkern und zu verteidigen.

Auf geistigem und kulturellem Gebiet gehen wir davon aus, daß das Zeitalter des Liberalismus hinter uns liegt. Das Gute, was es gebracht hat, ist in die Zukunft zu übernehmen. Wir wollen Geistes- und Meinungsfreiheit wahren, dabei uns aber die Selbstdisziplin auferlegen, ohne welche eine Zusammenarbeit der wirtschaftlichen Gruppen und politischen Parteien nicht möglich ist. Daß wir die Duldsamkeit als eine hervorragende Tugend, die der Liberalismus mit sich gebracht hat, betrachten, und daß wir deshalb jeden Antisemitismus ablehnen, ist die selbstverständliche Folge. Auf der anderen Seite wollen wir nicht so weit gehen, daß wir den Einzelnen nur noch zu einer Ziffer in der Masse des Volkes machen. Die freie Entwicklung des Individuums hat die heutige Kultur heraufgeführt. Sie setzt aber voraus, daß der Einzelne in erster Linie die Verantwortung für sich und seine Angehörigen selbst trägt und sie nur im Notfall der Allgemeinheit überbürdet. Die deutsche Kultur ist wesentlich durch die Kräfte des Christentums bestimmt und geformt. Der Staat hat die Aufgabe, diese Kräfte zu pflegen und zu schützen, die Erziehung der Jugend aber im Sinne einer Volksgemeinschaft und einer staatsbürgerlichen Pflichterfüllung sicherzustellen.

Was aber heißt staatsbürgerliche Erziehung? Das kann nur bedeuten, daß wir den Einzelnen zur Staatsidee erziehen. Diese Staatsidee ist der Reichsgedanke, der Gedanke eines deutschen Nationalstaates. Es gibt keine preußische und keine bayerische Staatsidee mehr, und wenn es sie noch gäbe, wäre es müßig, über den Anschluß Oesterreichs zu debattieren. Nur an einen deutschen

Nationalstaat kann sich Oesterreich anschließen, und ebenso können die Deutschen in Europa nur in einem einigen Deutschen Reiche ihre politische Heimat sehen. Sobald die alten partikularistischen und monarchistischen Ideen wieder auftauchen, ist es aus mit all den Hoffnungen und Wünschen, die wir als Nation haben. Die Reichsreform, über die sich der Redner im einzelnen verbreitete, muß dafür sorgen, daß der Gedanke des Reiches siegt über die historisch überlebte Idee der Länder. Tragende Kraft hat nur der deutsche Gedanke. Und diesen Gedanken haben, heißt national sein! Er kann nur verwirklicht werden auf dem Boden der Demokratie, weil wir das ganze Volk brauchen, um ihn durchzusetzen. Und so muß der deutsche Staat demokratisch sein, weil er national ist. Die Reichsreform wird den deutschen Nationalstaat vollenden, der dem deutschen Volke die Freiheit zurückerobert wird. Auf friedlichem Wege soll das geschehen. Aber die Friedensidee ist überlagert von der Idee der Gerechtigkeit. Und Frieden kann es in Europa nur geben, wenn die Gerechtigkeit siegt. Von der Sorge, daß Deutschland ein Herd der Unsicherheit und der Friedlosigkeit in Europa sein werde, können sich unsere Gegner befreien, wenn sie uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wir sind abgerüstet und verfügen nur über eine mehr als bescheidene Heeresmacht. Diese aber wollen wir in Ehren halten und entwickeln. Die anderen werden sich überlegen müssen, daß die Abrüstung auf die Dauer nur eine gegenseitige sein kann.

Minister Dietrich ging dann auf seine Finanzpolitik ein, die durch Sparsamkeit, Vereinfachung und Umgestaltung vor allen Dingen eine Politik der Erhaltung der Mitte bezwecke, ohne welche auch die breiten Schichten der Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten nicht leben können. Die vorliegende Gesetzgebung bezwecke aber auch eine Kapitalbildung auf breitester Grundlage, indem sie gerade die kleinen Vermögen steuerfrei mache. Der Schwere der Verantwortung, die Beamten im Augenblick in ihren Gehältern zu verkürzen, ist sich der Redner bewußt. Wenn diese lebenslänglich sich dem Staat verpflichten, so sollten sie auch wissen, wie ihre Zukunft ist. Aber im gegenwärtigen Augenblick reichen die Mittel des Staates nicht aus angesichts der sinkenden Preise und der damit auch sinkenden Staatseinnahmen, die bisherigen Leistungen aufzubringen. Schließlich sei zu hoffen, daß der Gehaltsrückgang durch den Preisrückgang aufgewogen wird. Der Redner verwahrte sich gegen die Verunglimpfung der Beamten, wie sie einzelne Gruppen betreiben, und lehnte es ab, eine Politik der Schikane gegen die Beamten zu machen.

Er ging weiter ein auf die Frage der Wiederherstellung des Vertrauens, welche in unseren Beziehungen zur Weltwirtschaft Kredit bedeutet, und welche in unserer inneren Wirtschaft Belebung und Ankurbelung mit sich bringt. Das ist der einzige Weg, der auch die unglücklichen Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot bringen kann. Die Reparationspolitik bezeichnete er als zwangsläufig. Mehr als letzten Endes durch Ueberschußausfuhr gedeckt werden kann, können wir nicht zahlen, und deswegen ist auch heute noch die Transferfrage die entscheidende. Er habe immer den Standpunkt verfochten, daß an der Macht der wirtschaftlichen Tatsachen die Tribute eines Tages scheitern würden. Schon deswegen, weil die anderen nicht bereit seien, uns so viel Waren abzunehmen auf die Dauer, als zur Zahlung der Tribute notwendig sei.

Zum Schluß erklärte Minister Dietrich: Die Deutsche Staatspartei will die Partei des heutigen Staates sein. Sie steht weder links noch rechts, sie zieht einen scharfen Strich gegen die Parteien, die den Sozialismus wollen, und gegen die, welche die Republik bekämpfen. Sie will nicht irgendeine alte Partei fortsetzen, und sie will sich vor allen Dingen ihre Unabhängigkeit gegenüber der Presse wahren. Sie will sozialen Ausgleich und Zusammenarbeit aller Stände, Bekämpfung der Klassegegensätze auf der ganzen Linie. Sie kämpft um anständige politische Sitten. Wir sehen in dem Andersdenkenden in erster Linie den Mitbürger, und erst in zweiter Linie den Gegner. Wir wollen die Bürger erziehen zu wahren Gliedern des Staates, die diesem dienen, als der Verkörperung ihres Volkes, die die Voraussetzung und die Gewähr der Existenz jedes Einzelnen ist. Wir wollen in der Partei mit Kritik im innern nicht zurückhalten, aber auch nach außen hin die Disziplin wahren. Das Reich wollen wir verteidigen, aber auch da, wo es reformbedürftig ist, umbauen. Wir verbinden mit dem Stolz auf die deutsche Vergangenheit den Glauben an die deutsche Zukunft. Unser Ideal ist ein freier, mächtiger, sozialer deutscher Nationalstaat. Um diesen wollen wir kämpfen! (Stürmischer, langandauernder Beifall des Parteitages. Der Redner muß immer wieder für die minutenlangen Ovationen danken.)

Hierauf sprach der Reichstagsabgeordnete

Dr. Josef Winschuh

über das Thema:

Politische Erneuerung in der Staatspartei.

Er äußerte sich im wesentlichen wie folgt:

„Die Arbeit, die wir heute beginnen, wird nicht getragen vom Schwung eines Sieges. Sie kann ihre Kraft nur schöpfen aus dem unbeirrten Glauben an unsere politischen Ideale, aus der Ueberzeugung, daß unsere Arbeit für Deutschland notwendiger ist denn je und aus dem selbstkritischen Willen zur Erneuerung. Ehe wir uns ausdehnen können, müssen wir uns zunächst zusammenziehen und auf die positiven Kräfte der Idee, der Menschen und der Methoden besinnen, über die wir verfügen. Wir sollten bei unserer Eröffnungsbilanz alles ausscheiden, was schwächlich und morsch ist. Die Staatspartei will keine mechanische Fortsetzung der alten demokratischen Partei sein. Das ist vor allem der Wille der jungen Generation in der Staatspartei. Dabei werden wir aber wertvolle Ideen übernehmen und fortbilden können.

Wir bekennen uns zur Idee der Demokratie. Sie bedeutet für uns beste Auslese der Führer, Sichtbarkeit und Kontrolle einer im Dienst von Volk und Staat stehenden Führung und Erziehung des deutschen Menschen vom Untertanen zum Staatsbürger. Wir sind uns bewußt, daß erst eine solche gelebte Demokratie die nationalen und sozialen Kräfte Deutschlands zur vollen Entwicklung bringt. Demokratie heißt nicht ungegliederte Massenherrschaft, sondern kann nur funktionieren bei starker und geglaubter Führung, sonst geht sie in Fäulnis über. Ein Parlamentarismus, der keine leistungsfähige Staatsführung sichert, bedeutet für die Demokratie auf die Dauer eine Gefahr und arbeitet in einem Volke, das Beispiel, Autorität und Führertum will, den

Anhängern der Diktatur in die Hände. Ehe man aber an die Entwicklung der Weimarer Verfassung zur Präsidialdemokratie herangeht, sollte man erst von den deutschen Kanzlern verlangen, daß sie die vorhandenen verfassungsmäßigen Führungsmittel auch kräftig gebrauchen und sich von dem Kuhhandel der Fraktionen unabhängig machen.

Wir bekennen uns zur Republik. Sie wird sich nicht nur in der Vernunft opportunistischer Bürger, sondern auch in den Herzen der deutschen Jugend durchsetzen, wenn sie beweist, daß Demokratie und Republik nicht nur bessere Formen zur Entfaltung der sozialen, sondern auch der nationalen Kräfte und zur Wiedererlangung deutscher Größe sind. Sowohl in Frankreich wie im Räterußland ging der Uebergang von der Monarchie zur Republik nicht nur mit einer sozialen Umwälzung, sondern auch mit einer erfolgreichen nationalen Verteidigungsaktion Hand in Hand, während die deutsche Republik in einer Zeit der nationalen Schwäche Wurzel schlagen mußte.

Wir bekennen uns zur Idee des Friedens. Aber gerade weil wir Diener am europäischen Frieden sein wollen, müssen wir uns mit allen friedlichen Mitteln einer aktiven Außenpolitik für Deutschlands Freiheit und größeren Lebensraum in der Welt einsetzen. Da wir eine Bewegung der deutschen Mitte sein wollen, werden wir viele Aufgaben fruchtbarer Synthese zu erfüllen haben. Eine von ihnen ist die Vermählung der Friedensidee mit dem nationalen Gedanken. Unsere nationale Aufgabe darf und braucht uns nicht in einen Gegensatz zur europäischen Entwicklung zu führen. Deutschland liegt es ob, die neuen Menschenrechte der Minderheiten gegen eine saturierte Großmachtpolitik zum Siege zu führen, den Genfer Apparat aus einer Besitzversicherungsgesellschaft der Siegermächte zu einem wahren Völkerbund zu machen, der Balkanisierung Europas entgegenzuwirken und an die Stelle einer konservativen französischen Politik der europäischen Statik und Beharrung eine Bewegung zu setzen, die sich die Entwicklung der produktiven Kräfte Europas und der europäischen Einheit zum Ziele setzt. Wir bekennen uns zum Einheitsstaat und zu Großdeutschland. Es ist bezeichnend, daß sich der Nationalsozialismus zu einem Förderer des deutschen Partikularismus entwickelt hat.

Bei unserer Arbeit dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, zu rational und zu intellektuell zu werden. Wir müssen eine Politik aus dem Herzen und aus dem Glauben treiben, die nicht nur an die Vernunft, sondern stark an die Kraft des Gemüts appelliert. Die Staatspartei muß lebendige Brücke zwischen Volk und Staat werden. Das Volk zu Staatsbürgern zu erziehen, den Staat zu entrationalisieren und ihn zum Erlebnis im deutschen Menschen zu machen, muß unser Ziel sein. Im Wahlkampf sind die Parteien zusammengehauen worden, die bloße Parteien waren und nicht auch Bewegungen verkörperten. Die deutsche Mitte darf sich nicht darauf spezialisieren, für die öffentlichen Aufgaben den Typ des Staatspolitikers und Fachmanns zu züchten, an diesem notwendigen Typ ist sie reich. Sie ist aber arm an Volksmännern geworden. Um Nachwuchs zu gewinnen, müssen wir uns auch der Nöte des Nachwuchses annehmen. Neben das Leben des Industriearbeiters, neben die sozialen Probleme der wachsenden Angestelltenschaft tritt als dritte soziale Frage immer stärker die Berufsnot und der Lebenskampf des deutschen fachlich und akademisch gebildeten Nachwuchses.

Für die Art unserer Arbeit können wir viel lernen. Der Sieg der Nationalsozialisten war auch ein Erfolg jahrelangen Fleißes. Eine Partei der Mitte, die sich zur demokratischen Idee bekennt und aus liberalem Erbe schöpft, kommt leicht in Gefahr, Offiziere ohne Soldaten zu haben. Der Beweis muß geliefert werden, daß demokratische Gesinnung nicht Disziplin, daß eine liberale Grundhaltung nicht Mannschaftsgeist und hingebende Kleinarbeit ausschließen. Auf die Selbstbesinnung und Neuordnung unserer Kräfte müssen wir eine starke Aktivität folgen lassen. Die Front der Kämpfer und Führer muß verjüngt werden, denn die nächsten Jahre werden im Zeichen eines scharfen Kampfes stehen. Wir werden sehr aktive Kampfzellen bilden und viel Unterführer schulen müssen. Einer Politik der großen Schnauze werden wir eine Politik der zusammengebissenen Zähne entgegenstellen. Unsere besondere Aufgabe ist es, die Hohlheit und Unfruchtbarkeit des politischen Radikalismus zu demaskieren und eine Reservestellung zu schaffen für die verirrtten deutschen Menschen, die bald aus den extremen Lagern zurückfluten werden, dann aber auch eine erneuerte politische Siegfriedstellung vorfinden müssen. Wir beginnen unsere Arbeit in einer Zeit deutscher Krise. In der Wirtschaftskrise ist es unsere Pflicht, durch Reformaktionen zu entspannen und eine Erholung vorzubereiten, ohne die notwendige Sozialpolitik leiden zu lassen. Innerhalb der Parteienkrise ist es unsere Aufgabe, eine erneuerte, gut geführte und volkstümliche politische Bewegung mit schlagkräftigem Parteirahmen zu werden. In der Staatskrise haben wir die Mission, dem Staat zu geben, was des Staates ist, ihm unsere Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, aber auch das Regierungssystem leistungsfähig und die Führung stark zu machen.

Deutschland ist ein Land der Mitte und wird immer wieder eine Politik der Mitte brauchen. Ein revolutionärer Radikalismus wie ein engstirniger romantischer Nationalismus können keine schöpferische Politik treiben. Ihr Anwachsen rechts und links kann nur besagen, daß wir sozial in Not sind und das nationale Gefühl zu lange gedarrt hat. Es ist dann Aufgabe der Mitte, aus diesen Zeichen zu lernen und an die Beseitigung dieser Notstände heranzugehen, aber nicht, sich selbst aufzugeben und den Erfolgreichen des Tages nachzulaufen. Wir dürfen nicht die deutsche Kultur einer öden Verspießung, die deutsche Wirtschaft marxistischen Experimenten von links oder rechts, den deutschen Staat einer Diktatur und den deutschen Menschen der Demagogie und Unfreiheit ausliefern. Wir beginnen unsere Arbeit an einem Schicksalstag der deutschen Nation. Wir wollen sie tun aus dem Bekenntnis zum deutschen Schicksal heraus, vor uns die Vision eines starken, einigen, blühenden Vaterlandes, das in der Not nicht verdarrt, sondern sich erneuert und stählte.“

In der

Aussprache

erklärte Minister **Maier** (Stuttgart), daß die Württembergische Landesorganisation sich unter einem gewissen Vorbehalt der Staatspartei angeschlossen habe. Sie wolle sich nämlich nennen: Deutsche Demokratische Partei, Landesverband Württemberg der Deutschen Staatspartei. Das Wort Demokrat habe in Württemberg deshalb einen besonders guten Klang und hohen politischen Wert, weil ge-

rade dort Männer wie Uhland, Konrad Haussmann usw. mit diesem Wort identifiziert seien. Partikularistische Tendenzen verfolge das Vorgehen der Württemberger durchaus nicht, sondern lediglich organisatorische. Der Redner schloß mit einem Treugelöbnis für die Staatspartei und dem Wunsche, daß Minister Dietrich Parteiführer werde.

Professor Giese (Frankfurt a. M.), der frühere Volksparteiler, feierte die glänzenden Ausführungen der beiden Referenten. Es sei leider richtig, daß die deutsche Jugend heute in Elternhaus und Schule den Hakenkreuzlern in die Arme getrieben werde. Gerade er als Hochschullehrer wolle daher betonen, daß es vornehmste Aufgabe der Staatspartei sei, die Jugend an den republikanischen Staat heranzuführen. Ich erkläre ausdrücklich, so fuhr der Redner fort, daß ich mit meinem Uebertritt aus der Deutschen Volkspartei in die Staatspartei keinen Gesinnungswechsel vollzogen habe, wohl aber hat sich seit Stresemanns Tod die Deutsche Volkspartei grundlegend geändert. Nun muß die Staatspartei Stresemanns Innen- und Außenpolitik weiter pflegen und fortsetzen.

In der Debatte nahm sodann auch als Vertreter der Arbeitnehmerschaft der Staatspartei der Vorsitzende des Reichsarbeitnehmersausschusses, **Blau**, das Wort. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung an die Leitung der Deutschen Staatspartei, sowohl für die Stärkung des Staatsgedankens nach außen wie nach innen Sorge tragen zu wollen. Nur ein starker Staat sei imstande, die Schwächen abzuwehren, die die fortschreitende Konzentration der Wirtschaft der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit der Arbeitnehmer zugefügt hätte.

Auch Professor Dr. **Rauecker** wies darauf hin, daß die Idee der Staatspartei gerade für die Arbeitnehmer besonders wertvoll sei, da der Staat ein ausgleichender Faktor der Gerechtigkeit sei und sein müsse.

Frau Dr. Marie-Elisabeth **Lüders** hob hervor, daß besonders bedeutsam die Feststellung sei, daß der Reichstag keine Mehrheit für die heutige Wirtschaftsordnung aufweise. Es gelte weiterhin, Lebensraum für die deutsche Jugend zu schaffen. Das sei eine Aufgabe, die der soziale Kapitalismus lösen müsse.

Der Fraktionsführer der Staatspartei im Reichstag, Dr. **Weber**, bedauerte im Anschluß an diese Rede außerordentlich, im Reichstag die Mitarbeit von Frau Lüders vermissen zu müssen.

Wunderlich (Württemberg) widersprach dem Reichsfinanzminister Dietrich insofern, als er sagte, daß Dietrich durchaus populär sei. Seit zehn Jahren hätte Deutschland keinen so mutigen Mann gehabt, wie es der jetzige Reichsfinanzminister sei.

Pluecker sprach für die zur Deutschen Staatspartei gestoßenen Jugendgruppen und betonte, daß die einzelnen Gruppen jetzt sich auflösen und aufgehen müßten in der großen Deutschen Staatspartei.

Im weiteren Verlauf teilte Dr. **Weber** noch mit, daß voraussichtlich im Februar oder März des nächsten Jahres ein neuer Parteitag der Staatspartei stattfinden würde.

Bei den dann folgenden

Abstimmungen

wurde ein Antrag aus Baden einstimmig angenommen, in dem es u. a. heißt: Bei der Auswahl der Führer und parlamentarischen Vertreter darf nur sachliche Eignung ausschlaggebend sein. Unter

keinen Umständen darf Interessenvertretungen ein unangenehmer Einfluß auf die Politik der Partei gegeben werden.

Regierungsrat **Vogt** erörterte im weiteren Verlauf der Diskussion Beamtenfragen, und Dr. **Ziegenfuß** Fragen kulturellen Inhalts.

Es folgte alsdann die Abstimmung über die
Satzungen,

und zwar wurden diese Satzungen im ganzen angenommen. Dabei wurde dem Gesamtvorstand aufgetragen, etwaige notwendige Abänderungen dem nächsten Parteitag vorzulegen.

Es folgte weiter die Abstimmung über den Namen der Staatspartei. Hierzu waren Anregungen ergangen, die neue Partei Republikanische Staatspartei und ähnlich zu nennen. Nahezu einmütig wurde der

Name Deutsche Staatspartei

vom Parteitag angenommen.

Hieran schlossen sich die

Wahlen zum Parteivorstand.

Staatssekretär **Oscar Meyer** wies darauf hin, daß der Hauptaktionsausschuß in Fühlungnahme mit den Wahlkreisvertretern eine Vorschlagsliste aufgestellt habe. Der Gesamtvorstand solle bis zum nächsten Parteitag gewählt werden. Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Parteivorsitzenden und 11 Beisitzern. Die Mitglieder des Revisionsausschusses werden diesmal vom Parteitag nicht gewählt, sondern die Vorschläge für diese Instanzen erfolgen erst auf dem nächsten Parteitag. Weiter besteht Einmütigkeit darüber, daß die Vorsitzenden der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion in Preußen zu politischen Entscheidungen des Vorstandes hinzugezogen werden sollen.

Reichsminister Dietrich Parteivorsitzender.

Der preußische Finanzminister **Dr. Höpker Aschoff** schlug alsdann den Reichsfinanzminister **Dietrich** als ersten Parteivorsitzenden vor. **Dietrich** sei ein Diener des Staates im besten Sinne. Er setze seine Würde und seine Popularität mit ganzer Kraft für seine Arbeit, für seine Ziele, für die Ziele der Deutschen Staatspartei ein.

Mit allen gegen 22 Stimmen wurde alsdann die Wahl **Dietrichs** zum ersten Parteivorsitzenden vollzogen. Der Parteitag bereitete dem neuen Parteiführer eine brausende Kundgebung.

Minister **Dietrich** beantwortete die Frage **Höpker-Aschoffs**, ob er die Wahl annehme mit Ja, und dankte alsdann, wiederholt durch Beifallskundgebungen unterbrochen, für das Vertrauen. Er werde sich bemühen, das ihm entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen. In der neuen Partei müsse Offenheit, Geradlinigkeit und Ehrlichkeit herrschen. Intrigen irgendwelcher Art seien unbedingt zu vermeiden. Nach innen habe jedermann in der Staatspartei das Recht zur Kritik, nach außen müsse die Deutsche Staatspartei ein geschlossenes Bild bieten. Wenn auch Einige jetzt Bedenken gegen seine Wahl gehabt hätten, weil sie glaubten, daß er infolge seines Ministeramts zurzeit überlastet sei, so würde er doch an die Arbeit gehen und auch die Arbeit für die Partei leisten können. Im kritischsten Moment trete die Deutsche Staatspartei in die Geschichte ein. Ihre Aufgabe ist es, das deutsche Volk zu staatspolitischem

Ansehen in der Welt zu bringen.

Minister Höpker Aschoff dankte dem Parteiführer alsdann für seine Worte und gelobte treue Gefolgschaft.

Es folgte alsdann der Vorschlag für die

Wahlen zum Geschäftsführenden Vorstand.

Und zwar wurden vorgeschlagen: Frau Dr. Gertrud Bäumer-Berlin, Frau Beckmann-Hamburg, Dr. Hermann Fischer-Köln, Professor Giese-Frankfurt/Main, Dr. Theodor Heuß, Frau Dr. Marie-Elisabeth Lüders, Dr. Schäfer-Köln, Gustav Schneider-Berlin, Dr. Winschuh-Köln, Dr. Jäger und Minister Höpker Aschoff. Diesen Vorschlägen stimmte der Parteitag mit überwältigender Mehrheit zu. (Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören außerdem noch die Herren Dr. Weber und Falk als Vorsitzende der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion an.)

Minister Höpker Aschoff teilte nunmehr mit, daß die Staatspartei in den Wahlkampf gegangen sei auf der Grundlage des Aufrufs und der Manifeste. Der Gesamtvorstand werde jetzt ein Programm auf der Grundlage der Manifeste ausarbeiten und es dem nächsten Parteitag vorlegen.

Hierauf sprach

Prof. Dr. Obst (Hannover)

über

Grundzüge einer aktiven deutschen Außenpolitik.

Seine Ausführungen, die, wie der Redner gleich zu Anfang betonte, seine persönliche Meinung wiedergeben, waren im wesentlichen folgende:

Die Wahl vom 14. September bedeutet den verzweiften, aber dennoch ungemein kraftvollen Aufschrei des deutschen Volkes gegen das, was in Versailles gegen uns gesündigt wurde: gegen die wirtschaftliche Versklavung, gegen die territoriale Verstümmelung, gegen den Vorwurf der Ehrlosigkeit in Gestalt der Kriegsschuld- und Koloniallüge, gegen die uns aufgezwungene, nur auf Deutschland beschränkte Wehrlosigkeit.

Wir alle wissen, daß durch Versailles der Wohlstand des deutschen Volkes vernichtet, für große Massen das Existenzminimum nicht nur erreicht, sondern unterschritten worden ist. Niemand empfindet die entsetzliche wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft und des Mittelstandes mit heißerem Herzen als wir, niemand ist williger als wir, dieser Not mit allen Mitteln zu steuern und dafür zu sorgen, daß jeder bis zum äußersten Opfer bringe, um das Leben für alle deutschen Volksgenossen einigermaßen erträglich zu gestalten. Aber es gehört wohl zum Wesen gerade der jüngeren Generation, daß wir bei aller Wertung der furchtbaren wirtschaftlichen Not eines noch höher stellen, eines zum Ausgangspunkt der gesamten Politik machen: die deutsche Ehre. Und wir sind davon überzeugt, daß sich letzten Endes auch der Druck der unerträglichen wirtschaftlichen Not nur beheben läßt, wenn wir an die Spitze des außenpolitischen Programms der Deutschen Staatspartei dieses stellen: zielbewußter Kampf gegen den Vorwurf der Ehrlosigkeit, für offizielle Zurücknahme der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg durch entsprechende Noten der einstigen alliierten und assoziierten Regierungen.

Zehn Jahre haben dazu genügt, um jeden anständigen und objektiv denkenden Menschen auch im Lager des einstigen Feindbundes davon zu überzeugen, daß die in Versailles erhobene und dokumen-

tarisch festgelegte Behauptung, Deutschland habe den Weltkrieg mit allem Vorbehalt entfesselt und trage die alleinige Schuld für den Ausbruch der ungeheuren Weltkriegskatastrophe, eine glatte Unwahrheit, eine tendenziöse Entstellung der geschichtlichen Wahrheit ist. Diese Lüge brennt in unser aller Herzen. Wer vollends vielfach im Ausland weilt, der empfindet es immer und immer wieder als eine unerträgliche seelische Belastung, daß diese nationale Schmach noch immer auf uns lastet. Wir haben es satt, als Volk minder moralischer Qualität angesehen zu werden. Wir appellieren an das Anstands- und Gerechtigkeitsgefühl aller Völker des Erdenrundes und rufen ihnen zu, daß wir nicht ruhen noch rasten werden, bis in hoffentlich recht naher Zukunft das Recht wieder Recht wird und der schwere Makel, wie er in der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege enthalten ist, in aller Form von uns genommen wird. Nicht Deutschland trägt die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges, sondern die Gesamtheit der abendländischen Großmächte und das sie damals beherrschende politisch-wirtschaftliche System.

Auf die gleiche Stufe mit der Kriegsschuldlüge zu stellen ist die nicht minder schmachvolle Mär von der kolonialen Unfähigkeit der Deutschen, jene tückische Phrase, mit der man den Raub der deutschen Schutzgebiete zu bemänteln versuchte. Wir wissen, daß die koloniale Frage als wirtschaftliches Problem verschieden beurteilt wird. Wir wissen, daß uns die Pflege der Volkstumskolonien nicht minder am Herzen liegen muß als das Streben nach Wirtschaftskolonien zur Erweiterung unserer Rohstoffbasis und unseres Absatzmarktes für Fertigwaren. Aber alles das steht abermals für uns Jungen erst in zweiter Linie. Weil unsere Ehre auf dem Spiele steht und unantastbares Recht schnöde gebrochen wurde, fordern wir: Rückerstattung sämtlicher deutscher Schutzgebiete in Uebersee, die uns ohne jeden stichhaltigen Grund geraubt wurden und deren Bevölkerung eindeutig und überwältigend den Wunsch nach Rückkehr zu Deutschland geäußert hat. Nachdem durch Rückgabe sämtlicher Schutzgebiete die koloniale Ehre Deutschlands wiederhergestellt und dem unbestreitbaren Recht wieder Genüge geleistet worden ist, wird Deutschland als souveräne Macht darüber befinden, ob es alle Teile seines Kolonialreiches behalten wird, oder ob und welche Teile es den jetzigen Mandataren bzw. dem Völkerbund zu übereignen bereit ist.

Genugtuung für die in Versailles geschmähte Ehre und den dort begangenen Rechtsbruch bildet die Dominante einer aktiven deutschen Außenpolitik. Ihr ordnen sich einige weitere Forderungen unter, die für uns allerdings nicht minder lebenswichtig sind. Wir führen zunächst an: Kampf gegen die deutsche Wehrlosigkeit, für gleiche allgemeine Abrüstung oder, falls dieses uns unverrückbar feststehende Ziel nicht sofort zu erreichen sein sollte, für eine den geopolitischen Gegebenheiten Deutschlands entsprechende deutsche Rüstungsfreiheit.

Mit Nachdruck betonen wir, daß wir uns zu dem Ideal einer Welt- und Menschheitsordnung bekennen, die den Krieg als Mittel zur Lösung politischer Differenzen möglichst ganz ausgeschaltet wissen möchte. Wir heben des weiteren hervor, daß das deutsche Volk in seinem überwiegenden Teil ehrlich friedliebend ist und selbst nach der Behandlung in Versailles von einer Revancheverhetzung nichts wissen will. Diese tatsächlich den größten Teil des deutschen Volkes erfüllende Gesinnung muß aber zwangsläufig erschüttert werden,

wenn der über Deutschland verhängten demütigenden Zwangsabrüstung nun nicht endlich die feierlich versprochene und vertraglich zugesicherte allgemeine Abrüstung folgt und wenn dieser und jener Staat von Versailles Gnaden, auf die deutsche Wehrlosigkeit pochend, sich und bzw. den deutschen Minderheiten gegenüber Rechtsbruch über Rechtsbruch erlaubt. Man unterstellt uns bisweilen, wir schielten nach einem Militärbündnis mit der Sowjetunion, um mittels eines deutsch-russischen Radekrieges die Fesseln von Versailles abzustreifen. Die Deutsche Staatspartei erklärt solche Darstellungen als lächerliche Märchen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit und mit allem Nachdruck werden wir aber dem Ausland gegenüber im Geiste des unentwegten Kämpfers Grafen Bernstorff die Rechtsforderung des Entweder-Oder solange erheben, bis man uns erhört und damit für Deutschland das Ziel einer Anerkennung als Gleicher unter Gleichen erkämpft ist.

Begreifen wir den Weltkrieg als unermessliche Tragik namentlich aller abendländischen Großmächte, so ist es im höchsten Grade ungerecht, den allergrößten Teil der gesamten Kriegslasten in Gestalt der Reparationsverpflichtung auf die Schultern Deutschlands zu laden. Wir fordern daher: Schluß mit der wirtschaftlichen Ausplünderung Deutschlands. Grundsätzliche Beseitigung jedweder Reparationsverpflichtung. Dafür Neufestsetzung der insgesamt an Amerika zu zahlenden reinen Kriegsschulden und Aufteilung dieser finanziellen Schuld unter alle am Weltkrieg beteiligten Staaten entsprechend Bevölkerungszahl und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

In territorialpolitischer Beziehung gilt die außenpolitische Fürsorge der Deutschen Staatspartei vor allem dem deutschen Osten. Dieser Reichsteil, dessen innerpolitische Problematik in erster Linie durch die Kennzeichnung „Raum ohne Volk“ umrissen wird, verblutet an den ihm in Versailles zugefügten schweren Wunden. Das hier begangene Unrecht, auch international längst als solches anerkannt, muß schleunigst wiedergutmacht werden. Wir fordern infolgedessen: a) Rückgabe des Weichselkorridors an Deutschland einschließlich Wiedervereinigung mit Danzig unter Gewährung eines Freihafens an Polen im Bereich der Weichselmündung und loyaler Durchführung eines polnischen Minderheitenstatuts. b) Rückgabe des Memelgebietes unter Zusicherung eines loyal durchzuführenden litauischen Minderheitenstatutes. c) Neue und endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze von Westpreußen bis hin nach Oberschlesien durch eine unter den Auspizien des Völkerbundes abzuhaltende ehrliche und gänzlich unbeeinflusste Abstimmung.

Mit Frankreich erstreben wir eine ehrliche Aussöhnung trotz Elsaß-Lothringen. Wir erheben jedoch auch hier, abgesehen von dem früher bereits Gesagten, Forderungen spezieller Art: a) Aufgabe aller Versuche, das Deutschtum in Elsaß-Lothringen zu unterdrücken. Ehrliche Duldung der kulturellen Verbindungen zwischen dem Deutschtum in Elsaß-Lothringen und dem im Reich gegen die Zusicherung, daß dieser Kulturverkehr deutscherseits nicht zu irgendwelchen politischen Machenschaften mißbraucht wird. b) Bedingungslose Rückgabe des Saargebietes, nachdem sich die Kunde von den angeblich vorhandenen 100 000 „Saarfranzosen“ als Märchen erwiesen hat und der unbeugsame Wille aller Saardeutschen auf Rückkehr zum Reich auch ohne Volksabstimmung bereits eindeutig feststeht.

Die Beziehungen zu Belgien können sich über die jetzige kühle Korrektheit erst dann zu wirklicher Freundschaft entwickeln, wenn eine weitere Forderung aktiver deutscher Außenpolitik erfüllt ist: Freie und gänzlich unbeeinflusste Abstimmung der Bevölkerung von Eupen-Malmedy, ob sie als Neubelgier bei Belgien zu verbleiben oder zum Deutschen Reich zurückzukehren wünscht.

Italien hat zu wiederholten Malen und in aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, daß es unser Begehren auf Revision des Versailler Diktatfriedens begreift und unterstützt. Wir freuen uns dessen, wenngleich wir auch natürlich klar sehen, daß Mussolini nichts, gar nichts um der schönen Augen der Deutschen willen für uns unternimmt, sondern seine Stellungnahme lediglich vom Stand des beängstigenden italienisch-französischen Konfliktes abhängig macht, an dessen friedlicher Beilegung wir gern mitzuarbeiten bereit sind. Gegenüber Italien muß vor allem eine Grundsatzforderung mit aller Inbrunst erhoben werden: Aufgabe aller Versuche, das Deutschtum in Südtirol zu unterdrücken. Ehrliche Duldung der kulturellen Verbindungen zwischen dem Deutschtum in Südtirol und dem im Reiche bzw. in Oesterreich gegen die Zusicherung, daß dieser Kulturverkehr nicht zu irgendwelchen politischen Machenschaften mißbraucht wird. Schaffung deutschsprachiger Volksschulen. Zulassung des Deutschen als zweite Regierungssprache in Südtirol. gnadenweiser Erlass aller gegen Deutsche wegen volkstumpolitischer Delikte verhängter Strafen.

Leider ist es deutsches Schicksal, daß Fragen der Volkstumspolitik nicht nur eine Angelegenheit der inneren, sondern auch der äußeren Politik darstellen. Im Rahmen des Reiches werden unter Ablehnung des hierfür gänzlich unfruchtbaren Rassebegriffs die Volkstumsbelange durch Hebung der Volksgesundheit, planmäßige Siedlung und Auflösung der Riesenstädte, durch betonte Pflege deutscher Geschichte, deutscher Sprache, deutscher Kunst usw. zu wahren sein. Als Objekt der Außenpolitik begegnet die Pflege des Volkstumsgedankens weit größeren Schwierigkeiten. Es mag wiederum als europäische Tragik erscheinen, daß namentlich die jungen, großenteils erst in Versailles geborenen Staaten dem Phantom des Nationalstaates nachlaufen, statt einzusehen, daß sie fast durchweg Nationalitätenstaaten sind, demgemäß ein Oesterreich-Ungarn im Kleinen darstellen und ihren Staat auf die Dauer nur lebensfähig erhalten können, wenn sie alle Bürger durch Gewährung wahrhafter und weitreichender Volkstumsfreiheit zu aufrichtiger Staatsbejahung führen. Wie unendlich erfreulicher könnte sich die Außenpolitik gestalten, wenn alle Staaten Zwischeneuropas und Osteuropas die Richtigkeit obigen Satzes einsehen und danach handeln würden! (Preußische Minderheiten-Schulordnung!) Weit, weit entfernt sind wir leider heute noch von diesem Ideal.

Für eine aktive deutsche Außenpolitik ergeben sich daraus neue Grundsatzforderungen: a) Wir verlangen, daß man allenthalben die unglückselige und unserem Zeitalter so gar nicht mehr gemäße Assimilationstheorie preisgibt und den Grundsatz anerkennt, daß jedes Volkstum sein eigenes und von niemanden anzutastendes Daseinsrecht besitzt. b) Die nationalen Minderheiten, die der Minderheitenkongreß als solche anerkennt, erhalten überall völlige Kulturautonomie. Jeder Bürger jedes Staates darf in seiner national-kulturellen Entfaltung nicht irgendwie gehemmt werden und, wo es nach Lage der Dinge nötig ist, über die staatlichen Grenzen hinweg mit seinen Konnationalen in unbeschränktem kulturellen Kontakt leben.

Wir denken nicht daran zu fordern, daß die vielen Deutschtumsinseln im Osten sich auch politisch, etwa als Exklaven des Deutschen Reiches, absondern sollten. Ein solcher Unsinn liegt uns natürlich ganz fern. Diese Volkstumsgenossen mögen politisch zu ihrem Gaststaat halten, und sie werden um so mehr zu ihm halten, je gerechter dessen Minderheitenpolitik ist. Anders liegen die Verhältnisse selbstverständlich bei Deutsch-Oesterreich, dessen gesamte Bevölkerung deutsch ist, in ihrer Gesamtheit den Anschluß ans Reich wünscht und dessen heutiges Abseitsstehen lediglich eine Folge der dynastischen Politik vergangener Jahrzehnte ist. Hier gibt es für uns natürlich keinen Zweifel, und ohne Rücksicht auf etwaige wirtschaftliche, parteipolitische und ähnliche Folgen erheben wir im Sinne einer volkstumspolitischen Selbstverständlichkeit die Forderung: Gewährung des Rechtes an Deutsch-Oesterreich, die Vereinigung mit dem Deutschen Reich zu vollziehen.

Wir übersehen nicht, daß sich so mancher unserer Forderungen schwerwiegende Hindernisse entgegenstellen werden, hier und da sogar das Gefühl der Utopie aufkommen mag. Aber so manche Tat beginnt als Utopie und endet als Realität. Das aber ist uns die Hauptsache: die Partei ist lediglich Mittel zum Zweck, niemals Selbstzweck; Mittel zum Zweck, möglichst große Teil des deutschen Volkes mit einem klaren und einheitlichen außenpolitischen Willen zur Tat zu erfüllen.

Im Anschluß an das mit Interesse aufgenommene Referat von Prof. Dr. Obst wurden mehrere

Anträge

erledigt.

Bei der Frage des Verhältnisses zum Reichsbanner wies Dr. **Weber** darauf hin, daß das Verhältnis in den einzelnen Orten ganz verschiedenartig gelagert sei. Die Deutsche Staatspartei vertrete selbstverständlich den Gedanken der Toleranz. Die einzelnen Wahlkreisorganisationen hätten die Freiheit, dieses Verhältnis zu regeln, wie sie wollten. Die Nachbarpartei, das Zentrum, hätte parteimäßig einen bestimmten Beschluß über das Verhältnis zum Reichsbanner auch nicht gefaßt.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit sprach dann Reichsfinanzminister **Dietrich** noch ein kurzes Schlußwort. Er bat um Vertrauen zur Führung. Es komme jetzt darauf an, den Boden zu schaffen, auf dem wir kämpfen könnten. Niederlagen haben alle Parteien in Deutschland schon einmal erlitten, es komme darauf an, ob eine neue Partei eine Idee vertrete und feste Ziele habe. Leider ist das Bild so, daß eine Reihe von Parteien der Mitte heute nichts als den Kampf um die Interessen führe. Die Staatspartei aber ist eine Partei der Idee und will eine Partei der Idee sein. Ihre Idee ist die des deutschen Staates. Es ist Minister Dietrichs felsenfeste Ueberzeugung, daß die Partei und ihre Idee eine Zukunft hat, und er forderte zum Schluß alle Anwesenden auf, an der Arbeit für die Idee und an der Arbeit für die Partei tatkräftig mitzuwirken. Wir kämpfen im letzten Grunde nicht um eine Partei, sondern wir kämpfen um das republikanische Deutschland.

Der Reichsfinanzminister brachte dann, vom Parteitag mit Jubel aufgenommen, ein Hoch auf die deutsche Republik aus. Mit dem Gesang des Deutschlandliedes fand der Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei sein Ende.

Empfangsabend der Deutschen Staatspartei

Am Sonnabend war dem Parteitag der Staatspartei ein glänzend besuchter Empfangsabend vorausgegangen. Auf diesem Feste, das von künstlerischen Darbietungen umrahmt war, hielt Frau Anna Mosolf eine Ansprache, in der sie ausführte, daß die festliche Stunde nicht so heiter sei wie sonst, denn diesmal sei es ein Abschiedsfest. Die Deutsche Demokratische Partei war unsere politische Heimat, Aufgabe der Deutschen Staatspartei ist es, die Heimat in neuer Gestalt zu bleiben. Der alte Wurzelboden müsse erhalten bleiben. Die neue Partei müsse offen für Lebendiges sein, die Jugend und die Frauen müßten aktiv einbezogen werden, wir müßten Mut zum Gestalten haben, Duldsamkeit und Weitherzigkeit, wir brauchen einen neuen Geist mit altem Wertgut. Alle, die weltanschaulich zu uns gehören, die der Auffassung sind, daß der Dienst an der Staatspartei Dienst am Vaterland ist, müssen wir sammeln unter Florian Geyers Wort: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz“.

Theodor Heuß begann seine Aussprache, Abschied und Aufbruch in einem mit einer Würdigung der historischen Leistung der Demokratischen Verfassungsbaumeister; die alte Partei ist die zweite deutsche Reichsgründungspartei. Ihre tragische Aufgabe wurde, dem neuen Staatsgedanken zu dienen in Jahren von Not und Machtlosigkeit. Ein Stück unseres Lebensinhaltes ist in dieser Arbeit gebunden. Der Wahlkampf mußte uns enttäuschen, noch mehr die ihm folgende Erfahrung, daß Fairness im deutschen Parteienleben offenbar Seltenheitswert besitzt. Die Enttäuschung führt aber nicht zur Resignation. Demokratie ist nicht bloß ein Gegenstand für Sonnentage. Die Staatspartei ist ein Bekenntnis zum deutschen Volksstaat als der Herberge unseres Volksschicksals, als der festen Burg der deutschen Zukunft. In einer lebendigen Gegenüberstellung beschrieb Heuß Politik als werdende Geschichte, als die ewige Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit: die Ideen in ihrem zeitgebundenen und ihrem absoluten Wert und Anspruch, die Wirklichkeit als Stoff gestaltender Phantasie und verbindlicher Verantwortung. Nach einer knappen Ausdeutung dessen, was Nation, Demokratie, Liberalismus und soziale Gesinnung an historischen Werten und an Forderungen des Tages in sich schließen, führte Heuß in die seelische und wirtschaftliche Situation dieser Zeit, ihr Chaos und ihre Wirrnisse. Illusionslos und doch gläubig stehen wir in ihr, Soldaten der Freiheit, im Geist der Kameradschaft. Der Redner schloß mit Uhlands Wort:

Höhnern auch die herzlos Kalten,
die Erglüh'n für Torheit halten,
brennet heißer mir und teuer
von des edlen Eifers Feuer.

An unsere Leser!

Aus der Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei und ihrem Eintritt in die Deutsche Staatspartei ergab sich für unsere Zeitschrift die Notwendigkeit einer entsprechenden Umbenennung. Wir haben den Namen „Blätter der Staatspartei“ gewählt, um auch rein äußerlich die enge Verbundenheit unseres Organs mit der neuen Partei zu kennzeichnen.

Die Redaktion.

Verantwortlich: Dr. Reinold Issbener, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Verlag: Demokratischer Zeitungsdienst G. m. b. H., Berlin SW 68, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95.

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

11. Jahrgang * Berlin, 5. Dezember 1930 * Nummer 23

Vor schweren Entscheidungen

Von Theodor Heuß, M. d. R.

Diese Zeilen wurden vor dem Erlaß der Notverordnung geschrieben. Die Taktik, die das Reichskabinett in der Weiterführung ihres Sanierungsprogramms gewählt hat, ist spürbar darauf abgestellt, durch Erfolg im Reichsrat nicht bloß den Reichstag unter eine Art von moralischem Druck zu setzen, sondern, soweit dies möglich, auch die Fraktionen zu binden oder doch ihre Offensivkraft zu dämpfen. Darum Brünings und Dietrichs Reisen nach Stuttgart und Dresden, darum die zahlreichen Vorkonferenzen. Die Lage hat einen leicht grotesken Zug. Daß auch in den Ländern, man möchte sagen: allzu pedantisch die parlamentarische Regierungsform sich durchgesetzt, hat den Reichsregierungen in diesen letzten zwölf Jahren schon mancherlei Beschwerden gemacht. Denn sie hatten ja nach ihrer parteipolitischen Zusammensetzung damit zu rechnen, daß gesetzgeberische Akte oder politische Maßnahmen in den Ländern mit einer abweichenden Kräftekonstellation Widerstände finden mußten. Jetzt erschien aber auf einmal die Vielfältigkeit des deutschen Länderparlamentarismus als eine brauchbare Stütze. Da es in den gegenwärtigen Kabinetten der deutschen Länder allerhand Spielarten gibt, solche, die mehr links und solche, die mehr rechts orientiert sind, bedeutete deren Gewinnung für eine gemeinsame Plattform mehr als die Uebereinkunft über ein Sachprogramm. Die Stellungnahme der Länderregierungen strahlt zurück auf die Fraktionen, von deren Vertrauen sie abhängig sind. Das sind zunächst Landtagsfraktionen, die unmittelbar mit der Reichspolitik nichts zu tun haben. Sie können den Vertretungen im Reichstag die Verantwortung nicht abnehmen. Aber schließlich sind beide Gruppen Exponenten einheitlicher Parteien. Der Vorgang schafft zwar keine formale Bindung, aber doch so etwas wie eine psychologische. Wenn Otto Braun und Held-München Ja gesagt haben, ist das für die Bewegungsfreiheit ihrer Reichstagsparteien sicher nicht ohne Bedeutung.

Brüning und Dietrich haben in der ersten Schlacht mit ihrer Strategie einen Sieg errungen. Die Arbeitsleistung des Reichsfinanzministers hat in diesen letzten Wochen ein unerhörtes Ausmaß angenommen. Dauerberatungen über schwierige Materien, deren sachliche Durchformung je und je noch unter dem Gesetz des politischen Kräfteausgleiches standen. Die Ausgangsposition, die sich das Kabinett durch ihren Erfolg im Reichsrat erobert hat, gewährt ihr für die weiteren Operationen politisch und staatsrechtlich einen nicht unbeträchtlichen Rückhalt. Aber sie ist sich

natürlich darüber klar, daß die strategische Aufgabe für den zweiten Kampf viel schwieriger, das Gefechtsfeld unübersichtlich, die Bewertung der gegnerischen und der eigenen Truppen schwierig — wie steht es mit der Zuverlässigkeit der Hilfsvölker? Fechten sie, geben sie sich im Kampf Urlaub, gehen sie „zum Feind“ über?

Die Oktobertagung des Reichstags hatte die Vorprobe gegeben, als Herr Drewitz sein Bedürfnis nach Krisenmacherei meldete. Er blieb damals erfolglos, da die Solidar-Verantwortung, zu der sich das Reichskabinett entschlossen hatte, seinen Vorstoß abging. In dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden müssen, ist ungewiß, welche Wirkung die Erneuerung seines engen, in der Begründung geradezu ärmlichen Versuches haben wird. Die Empfindungen des Dr. Bredt kann man sich lebhaft vorstellen.

Parlamentarische Methoden sind ihrer Natur nach kein Paragraphensystem und kein Wörterbuch mit sich von Formeln, sondern sie sind abhängig von den gegebenen Kräfteverhältnissen. Der Reichstag des 14. September schaffte Zwangslagen, bei denen es sich nicht darum dreht, eine verwünschte Tradition zu exerzieren, sondern den Staat zwischen Klippen und Brandung hindurchzubringen. Die ruhige Festigkeit am Steuer ist die einzige Chance, daß diese schwere Fahrt gelingt.

Jugend und Staatspartei

Von Dr. Kurt Goepel.

Die Parteien der alten Schule, insbesondere die bürgerlichen, haben es nicht verstanden, das Herz der Jugend zu gewinnen, weil ihnen weniger an den Herzen als an den Stimmen lag. Es gibt kaum eine schlimmere Parole als die: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“ Der ganze Militarismus politischer Propaganda versteckt sich dahinter. Man kann die Jugend nicht durch Worte zum Glauben überreden, man kann sie nur überzeugen, indem man ihr vorlebt, was man proklamiert. Daran hat es oft gefehlt, und die Jugend quittierte mit Mißtrauen und Abneigung.

Politik und Politik ist zweierlei. Die Paulskirche war ein Parlament hochfliegender Ideen und kühner nationaler Wünsche, ein geistiges Forum der Nation. Der Reichstag von heute ist zum größten Teil ein Verwaltungsorgan der Demokratie, ein nüchterner Mechanismus mit sachlichen Aufgaben, eigentlich eine Angelegenheit für Fachleute. Man wird junge Menschen nur selten dafür interessieren können, sich mit dieser Seite des Parlamentarismus zu befassen, obwohl es nichts schaden könnte, wenn mehrere sich damit befaßten. Die Parteien aber, die den Reichstag als Quelle der politischen Willensbildung speisen, erheben auch den Anspruch, Gemeinschaften von weltanschaulicher Geschlossenheit zu sein. Für ihre Weltanschauung werben sie um die Zustimmung der Jugend.

Irrtum ist, zu glauben, daß diese Weltanschauungen eine Werbekraft heute noch ausüben können. Für -ismen kann man sich nicht begeistern.

Die Jugend begeistert sich für große Menschen, für Persönlichkeiten oder für Ideen, die in einem Satz ausgesprochen werden können, am liebsten aber für lebendige Menschen, denen sie den Kranz des Heldentums um die Stirn winden kann. Es war

der verhängnisvolle Irrtum, anzunehmen, daß historische Begriffe wie Liberalismus oder Konservatismus nebst den dazugehörigen Dogmen und Programmen eine Anziehungskraft ausüben könnten. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Dinge heute nicht mehr vorhanden wären. Sie sind, heute wie vor zweitausend Jahren jedem Menschen immanent und werden es bleiben, solange Menschen soziale Gemeinschaften aufbauen und verwalten. Aber wir leben in einer Zeit, wo ihre letzte Ausdeutung bereits historisch geworden ist und den Lebenden nichts mehr sagt, und wo eine neue Ausdeutung noch nicht gefunden ist. Wir leben in einer Zeit, die, trotz aller Versuche zu dogmatischen Formulierungen, undogmatisch ist.

Aehnlich ist es mit Demokratie, Republik und mit ihren Symbolen. Die Jugend kann sich nur dann für sie begeistern, wenn hinter ihnen die heldische Tat steht, das Opfer und die Bereitschaft, dafür zu sterben. Als Vollendung, als Organisationsprinzipien sind sie so wenig Gegenstand der Liebe wie die umgekehrten einer monarchischen oder ständischen Ordnung. Man kann, man muß sie achten, aber es ist eine Achtung, die dem Verstand, nicht dem Gefühl entspringt.

Die Idee der deutschen Jugend ist einfach Deutschland, Vaterland, Heimat.

Das aber in einem Sinne, der von dem lauten Patriotismus der Vorkriegszeit weit entfernt ist, der keines Rausches bedarf. Es ist die Sehnsucht des Großstadtmenschen nach der Scholle, den Wäldern und Seen, die Sehnsucht eines in Mechanisierung erstarrten Industrievolkes nach frischer Luft. Man übersieht im politischen Leben zu leicht, daß die größte Bewegung dieser Jahre die des Sportes ist, eine Bewegung, der sich keine der bestehenden Organisationen, ob Gewerkschaften, Kirchen oder Schulen, entziehen kann. Aber der Gedanke Vaterland, dieser elementare Wille zur Nation ist von seinem berufenen Hütern, den Parteien um so mehr in sein Gegenteil verkehrt worden, je öfter er durch Reden behandelt wurde. Dabei war das schlimmste, daß auch die Begriffe Vaterland und Nation in diesen Parteienstreit hineingezogen wurden. Sie zum Gegenstand parteipolitischen Zankes zu machen, war das beste Mittel, die Jugend der Politik zu entfremden. Die jungen Menschen, die durch die Schule der Jugendbewegung gegangen sind und die das harte Leben frühzeitig kennen gelernt haben, wissen, daß Gemeinschaft, auch Volksgemeinschaft, nur sein kann, wenn der Einzelne den Nebenmann als Volksgenossen achtet, nicht als Feind bekämpft.

Der Staat als Idealbild ist dieser jungen Generation die Ausdrucksform des völkischen Willens zur nationalen Gemeinschaft, nicht der Beschützer einseitiger Interessen, nicht Selbstzweck. Es ist eine schwere, aber notwendige Aufgabe des Staates, die im Volksbewußtsein vorhandenen richtungweisenden Wünsche zu erkennen und darüber hinaus die Synthese zwischen den Teilinteressen seiner Bürger zu finden.

Fernziele der politischen Gestaltung sind es, die an Stelle überholter, weltanschaulicher Programme Werbekraft ausstrahlen. Nicht um die Befreiung des Individuums geht heute der Kampf, wie zur Zeit des Liberalismus, nicht um Wahrung einer preußisch-deutschen Tradition, wie in der Ära der Konservativen, sondern um Fragen von ebenso grundsätzlicher Bedeutung, denen jetzt noch das übergeordnete Schlagwort fehlt, die nur einzeln aufgezählt werden können.

An erster Stelle steht die Frage der Einordnung der Menschen in den Wirtschaftsprozess, die Entproletarisierung der arbeitenden Staatsbürger. Das Verhältnis zwischen Individuum und Arbeit fehlt heute nahezu vollständig, die Verantwortlichkeit gegenüber dem Werk ist aufgehoben. Das Problem ist nicht allein durch Lohn erhöhungen zu lösen, sondern dadurch, daß man Möglichkeiten des Vorwärtkommens schafft, eine Chance gibt, zu Leistungen anreizt und sie wertet. Schafft Lebensraum für die Jugend, heißt die Forderung, laßt sie nicht in der Hoffnungslosigkeit eines immer gleichbleibenden Werktags stecken, gebt ihr Ausblicke, die ihr das Arbeiten hoffnungsvoll sein lassen. Die Radikalisierung ist eine natürliche Folge der Ueberzeugung, daß man unter dem herrschenden System nichts gewinnen kann. Auf diesem Boden erblühen Utopien, denn der Mensch vermag nun einmal nicht ohne Hoffnung zu leben. Erst wenn die Demokratie diesen Ausgleich zwischen Mensch und Wirtschaft vollzogen hat, wird sie ihre Daseinsberechtigung erwiesen haben.

Ein anderer Wunsch, der im Volk, in der Jugend wurzelt, ist der nach

starker, sichtbarer, überzeugender Führung.

Der Ruf nach der Diktatur ist nichts anderes, als ein Protest gegen die heutigen Methoden, Regierungen zu bilden und Kabinette zu stürzen. Beim Kuhhandel der Parteien erinnert man sich der heroischen Pose, der hundertprozentigen Versprechungen der Wahlversammlungen. Etwas weniger Heroismus in der Volksversammlung und etwas mehr in der parlamentarischen Praxis, würde diesem Wunsche sehr entgegenkommen. Das werden auch die Nationalsozialisten noch zu spüren bekommen. Die Jugend will an der Spitze Männer sehen, nicht Fraktionäre.

Ein dritter Wunsch ist der nach einer stärkeren Ausprägung der deutschen Kultur und ihrer zielbewußten Einsetzung in die praktische Politik.

Man wird trotz der mannigfachen Spitzenleistungen auf allen Spezialgebieten, trotz der internationalen Geltung dieser zersplitterten Kulturleistung von einer einheitlichen Darstellung nicht sprechen können. Gerade hier hat der Staat seine ordnende Fähigkeit zu erweisen. Er ist weder Kulturschöpfer noch soll er Kulturschutzmann sein. Aber er soll bewußt alle kulturellen Leistungen fördern und sie in nationalem Interesse einsetzen. Die kaum von der Politik berührten Fragen der Erziehung und der Wissenschaft liegen hier ebenso eingeschlossen wie die der Reichsreform.

In diesen Zeilen war bisher von der Deutschen Staatspartei noch nicht die Rede. Das Bekenntnis zur Staatspartei soll für den Glauben an sie bürgen. Nicht als ob sie das Monopol für diese Ideen hätte. Ähnliche Gedanken und Wünsche leben in tausenden junger Menschen innerhalb und außerhalb der Parteien und sind mehr als einmal abende- und nächtelang diskutiert worden. Darauf kommt es nicht an. Es kommt darauf an, aus der Diskussion heraus zur Aktion zu kommen. Es wird sich zu erweisen haben, ob die Staatspartei Trägerin dieser Aktion sein kann. Wenn sie es nicht allein ist, sondern neben ihr andere politische Organisationen — desto besser. Wir Jungen in der Staatspartei werden jeden Mitstreiter, gleichviel in welchem Lager er politisch steht, als Freund begrüßen. Wir werden dafür sorgen, daß die Zahl der Parteizäune

nicht unnötig vermehrt wird. Was die Staatspartei ihren Nachbarn voraus hat, ist der Wille zur Erneuerung um den Preis von Opfern, die Voraussetzungslosigkeit, mit der sie ihre Arbeit beginnt. Sie wird ihre Geltung als Partei der Erneuerung in dem Maße befestigen, wie sie den Willen zur Erneuerung sichtbar macht. Es geht dabei nicht um die Sache der Partei,

es geht um die Sache einer neuen Zeit.

Deutschland und Polen

„Nachdem die Polnische Regierung, die den Bestrebungen zur engeren Gestaltung der Bande europäischer Solidarität immer die größte Bedeutung beigemessen hat, das Memorandum der Französischen Regierung vom 17. Mai 1930 über die Einrichtung eines europäischen Verbandes zur Kenntnis genommen hat, kann sie nur ihre lebhafteste Freude über diese glückliche Initiative ausdrücken, der sie ihre herzlichste Unterstützung angedeihen zu lassen wünscht. Polen, welches sich bei der zehnten Völkerbundsversammlung den Entwürfen des Herrn Briand vollkommen angeschlossen hat, stimmt vom gegenwärtigen Augenblick an dem Gedanken eines europäischen Verbandes zu und erklärt sich bereit, an den vorbereitenden Arbeiten teilzunehmen, welche die erste europäische Konferenz zu unternehmen für notwendig erachten wird.

Die Polnische Regierung ist im Einverständnis mit der Grundidee des Memorandums der Ansicht, daß der europäische Verband nur auf einer in gleicher Weise allen Staaten garantierten Sicherheit wie auf der Achtung vor Integrität und ihrer politischen Unabhängigkeit begründet werden dürfte.

Wenn man auf diese Weise eine einheitliche Anschauung über das Wesen des politischen Lebens in Europa selbst schaffen würde, könnten sich die europäischen Staaten leichter über andere Fragen von gemeinsamen Interessen, z. B. auf wirtschaftlichem Gebiet, verständigen. Das würde auch dem Gedanken des Memorandums entsprechen, daß der europäische Verband den Weg für eine wirtschaftliche Annäherung bereiten sollte, indem er sich zunächst mit der Frage der politischen Sicherheit beschäftigt.

Die Polnische Regierung teilt die Ansicht, daß der europäische Verband sich auch mit denjenigen Fragen wird beschäftigen müssen, die in dem französischen Memorandum vorläufig angeführt sind und die die europäischen Nationen besonders wegen ihrer Nachbarschaft auf dem gleichen Kontinent interessieren. Der Gedanke des Verbandes der europäischen Staaten selbst wird so aufgefaßt, daß er dem Werk der allgemeinen Zusammenarbeit durch die Tatsache einer größeren Harmonie unter den europäischen Völkern dienen soll.“

So las man in der Antwort Polens auf das Europa-Memorandum des Herrn Briand.

Es existiert da auch noch ein Minoritätenschutzvertrag mit Polen, der bereits am 28. Juni 1919 abgeschlossen wurde. In diesem Vertrag gibt es einen Artikel 12, in dem Polen sein Einverständnis dazu gegeben hat, daß jedes Mitglied des Völkerbundesrates befugt ist, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verletzung oder jede Gefahr einer Verletzung irgendeiner dieser Verpflichtungen zu lenken, und daß der Rat befugt ist, alle Maßnahmen zu treffen und alle Weisungen zu geben, die nach Lage des Falles zweckmäßig und wirksam

erscheinen. Weiterhin ist Polen damit einverstanden, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der polnischen Regierung und einer Macht, die Mitglied des Völkerbundes ist, die Endgültigkeit der Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes fortgesetzt wird. Für Oberschlesien ist ein besonderes deutsch-polnisches Oberschlesienabkommen vom 15. Mai 1922 abgeschlossen worden, in der der obenerwähnte Artikel 12 als Artikel 72 ausdrücklich übernommen worden ist. Der Artikel 147 gibt der deutschen Minderheit darüber hinaus noch die Möglichkeit, den Völkerbund selbst anzurufen in Form von Einzel- und Sammeleingaben. Bei einer Eingabe an die zuständige Regierung soll diese sie an den Völkerbundrat mit oder ohne Bemerkung zurückgehen lassen. Neben diesem Weg besteht noch die Möglichkeit der Berufung des Minderheitsamtes, die im Artikel 149 geregelt ist. Letzte Entscheidung liegt auch hier bei unbefriedigender Lösung durch die Verwaltungsbehörden beim Völkerbundrat, nachdem der Präsident der Gemischten Kommission Stellung zu der Eingabe genommen hat.

Während der polnischen Wahlkämpfe häuften sich die Gewalttaten gegen das Deutschtum in Oberschlesien in einem solchen Maße, daß der deutsche Vertreter bei der Gemischten Kommission für Oberschlesien deren Präsident auf Grund eigener Eindrücke Bericht erstattet hatte. Calonder prüfte die Vorgänge persönlich und wird dem Völkerbund einen Bericht unterbreiten. Wir verstehen sehr wohl die Stimmung, aus der heraus jener offene Brief der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, des deutschen evangelischen Volksbundes Oberschlesien und des oberschlesischen Kulturverbandes an den Präsidenten Calonder zustande kam. Wir anerkennen und fühlen durchaus den Druck und die innere Bedrängnis mit, aus der heraus unsere Volksgenossen schrieben:

Wir erwarten, daß Sie, Herr Präsident, als Vertreter des Völkerbundes alle Ihnen zu Gebote stehenden Mittel anwenden, damit die jeder Gesittung und Menschlichkeit hohnsprechende Behandlung unserer Volksgenossen aufhört. Wir können uns damit nicht einverstanden erklären, daß Ihr Einfluß sich auf Vorstellungen beim Woiwoden Graczyński beschränkt. Wir bitten Sie, beim Völkerbund, dem entweder die Macht oder der Wille fehlt, die Minderheit zu schützen, dahin zu wirken, daß der Fehlspruch der Botschafterkonferenz gutgemacht und Ostoberschlesien dem ihm kulturell, wirtschaftlich und national verbundene Deutschland zurückgegeben werde.“

Aber bei allem Verständnis sehen wir in derartigen Methoden nicht nur ein wenig taktvolles Ansinnen gegenüber Calonder, sondern auch keine Möglichkeit, nur einen Schritt weiter zu kommen. Das Mindeste, was man von einem solchen Brief hätte erwarten müssen, war seine sachliche (und rechtliche) unbedingte Sicherheit und Richtigkeit. Die in ziemlich energischer Form erfolgte Zurückweisung Calonders besteht auf Grund dieser Tatsachen vollkommen zu Recht. Wir haben das durch Tatsachen (wie Schulfrage) berechnete Vertrauen zu der Objektivität des Präsidenten Calonder in der weiteren Durchführung der Beschwerde.

In Hannover fand dieser Tage eine Versammlung des Ortsvereins der Deutschen Staatspartei statt, die ganz unter dem Eindruck der jüngsten deutsch-polnischen Zwischenfälle das polnische Verhalten mit schärfsten Worten geißelte und folgende Entschließung annahm:

Angesichts des unerhörten Wahlterrors gegenüber der deutschen Bevölkerung in Polen ersucht der Ortsverein Hannover die Deutsche

Staatspartei, mit allem Nachdruck auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß sie sofort alle Mittel ergreife, um die Rechte der deutschen Bevölkerung in Polen, insbesondere auch des freien Wahlrechts, sicherzustellen, und daß sie ferner über die brutalen Terrorakte der breitesten deutschen Öffentlichkeit restlose Aufklärung gibt.

Unter dem gleichen Eindruck brachte gleichzeitig die Fraktion der Deutschen Staatspartei im preußischen Landtag folgende „Große Anfrage“ ein:

„Der Terror, unter dem die deutsche Bevölkerung Polens seit dem Verlust der deutschen Ostgebiete leidet, hat im Laufe der letzten Wochen ein völlig unerträgliches Maß erreicht. Die Behinderung der polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität in der Ausübung ihres Wahlrechts, die Terror- und Boykottakte im ehemaligen Westpreußen, Posen und Oberschlesien, die sich bis zu bestialischen Roheitsakten gegenüber Angehörigen des deutschen Volkstums gesteigert haben, zeigen, daß die durch die Grenzziehung des Versailler Diktats bedingte politische Lage im östlichen Mitteleuropa unhaltbar ist.

Wir fragen:

1. Ist die Preußische Staatsregierung gewillt, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß der deutsche Gesandte in Warschau unverzüglich instruiert wird, von der Polnischen Regierung mit allem Ernst und Nachdruck Sicherung des Lebens, Eigentums und der Meinungsfreiheit der deutschen Bevölkerung in Polen sowie Schadensersatz für die zugefügte Unbill zu verlangen;

2. Ist die Preußische Regierung bereit, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß dem Generalsekretariat des Völkerbundes unverzüglich eine Denkschrift über die Vorgänge der letzten Wochen in Polen vorgelegt und bei der nächsten Tagung des Völkerbundsrats in einer den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkstums in Polen entsprechenden Weise behandelt wird;

3. Ist die Staatsregierung bereit, dem Landtag oder seinem zuständigen Ausschusse so schnell wie möglich über die Vorgänge in Polen und über die seitens der preußischen Staatsregierung und der Reichsregierung ergriffenen Maßnahmen zu berichten?“

Diese Anfrage hatte den Erfolg, daß das Reichskabinett sich mit den Dingen befaßte und darüber beriet, wie gegenüber den polnischen Ausschreitungen in Ostoberschlesien der Völkerbund in Bewegung gesetzt werden kann. Man zog die Möglichkeit einer außerordentlichen Ratstagung in Erwägung. Schon einmal hat sich der Völkerbundsrat in einer außerordentlichen Tagung mit oberschlesischen Problemen beschäftigt, und zwar kurz vor Ende des Jahres 1925.

Unabhängig von dieser Frage hat die Reichsregierung inzwischen eine Protestnote nach Genf gerichtet, die durch den Generalsekretär des Völkerbundes noch vor Ende dieser Woche veröffentlicht werden dürfte, und die auf Grund des authentischen Materials eine Darstellung über die Leiden der deutschen Minderheit in Oberschlesien geben wird. Die Notwendigkeit einer solchen mit Tatsachenmaterial belegten Darstellung ist um so dringlicher, als die polnische Regierung durch die Veröffentlichung unrichtiger Nachrichten eine Verschleierung des Tatbestandes versucht, die von deutscher Seite auf

keinen Fall geduldet werden darf, auch im Hinblick auf die Möglichkeit einer außerordentlichen Ratstagung, bei der sich die Versammlung ein objektives Bild schaffen muß. Man hat an zuständiger Stelle keinen Zweifel, daß im Falle eines entsprechenden deutschen Verlangens die Dringlichkeit des Themas für eine außerordentliche Tagung von dem Präsidenten und den Mitgliedern des Völkerbunds bejaht werden wird.

Wir stellen mit Freude die Initiative der Regierung fest, warten aber im übrigen die Veröffentlichung der beiden Noten ab.

Daß das Auftreten Polens nicht den Beifall der gesamten früheren Entente findet, zeigt ein Aufsatz über die Bahnlinie Kattowitz—Gdingen im „Manchester Guardian“, nach dem die Trennung Danzigs von Deutschland jetzt überflüssig geworden ist und kein triftiger Grund besteht, weshalb diese deutsche Stadt nicht an Deutschland zurückerstattet werden soll.

Wir wollen den Frieden, die friedliche Verständigung. Das ist selbstverständlich. Aber an Polen wird es liegen, die dargebotene deutsche Hand zu ergreifen. Und daß wir guten Willens zu einer Verständigung sind, mag den Polen klar werden an der polnischen Minderheitspolitik, die Deutschland getrieben hat. Aber auch wirtschaftliches Interesse könnte zu dieser Verständigung beitragen, und das um so mehr, als Polen mit außerordentlicher Schärfe von der Weltkrise erfaßt wurde, die sich in Produktionseinschränkung, Arbeitslosenzunahme, Umsatzrückgang und Verschärfung der Zahlungsschwierigkeiten auswirkt. Wenn auch die aktive Handelsbilanz eine positive Einzelercheinung in der polnischen Wirtschaft ist, so ist gemeinhin doch ein schon recht fühlbarer Rückgang von Ein- und Ausfuhr zu verzeichnen, durch den naturgegeben auch der deutsch-polnische Handel eine ziemlich bedeutende Abnahme zu verzeichnen hatte.

Politische Umschau

Der Sieg im Reichsrat

Das Sanierungswerk der Reichsregierung hatte einen großen und bedeutsamen Schritt vorwärts getan, als der Reichsrat in öffentlicher Vollsitzung den Haushaltsplan für das Jahr 1931 einstimmig verabschiedet und die aus dem Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung hervorgegangenen Gesetzentwürfe, soweit sie seiner Entscheidung vorlagen, mit großer Stimmenmehrheit gebilligt hatte.

Der Reichsrat hat in 14 tägiger Arbeit an dem großen Gesetzgebungswerk der Reichsregierung eine Leistung vollbracht, die hohe Anerkennung verdient. In richtiger Einschätzung der Lage und der Aufgaben ist er der entschlossenen Führung der Reichsregierung gefolgt. Deshalb soll hier auch nicht weiter von der Entgleisung des bayerischen Ministerpräsidenten die Rede sein, der das Reichsratsplenum mit der Hauptversammlung des bayerischen Patriottischen Bauernvereins verwechselte und in einem Augenblick, als es um die Erhaltung des Reiches ging, sich über „Hoheitsrechte“ der Länder, Zuständigkeitsfragen und ähnliche Lieblingsgebiete des bayerischen Staatsdenkens verbreitete. Es geht heute nur noch darum, ob das deutsche Volk die Aufgaben der Gegenwart erkennt und ob das Reich bei allen zuständigen Instanzen die notwendige Unterstützung findet. Auf die entscheidende Frage hat der bayerische Ministerpräsident die richtige Antwort gegeben, indem er erklärte, daß heute eine unmittelbare Lebensgefahr bestehe für das Reich, für die

Länder und für die Gemeinden. Aus dieser Tatsache haben die Länderregierungen die einzig mögliche und einzig richtige Folgerung gezogen, indem sie sich fast geschlossen hinter die Reichsregierung gestellt haben. Damit hat die Regierung einen Sieg errungen, auf den in erster Linie Reichsfinanzminister Dietrich stolz sein kann. Das Maß der Arbeit, das er in den letzten Wochen bewältigt hat, ist bereits an anderer Stelle von Th. Heuß gewürdigt. Es ist aber nicht nur sein Fleiß, sondern vor allem seine Initiative, seine Energie, auf denen das Gesetzgebungswerk beruht, die sich in vertrauensvollem Zusammenarbeiten mit dem Reichskanzler auswirken konnte. Wille und Zielsicherheit dieser beiden Männer sind eine sichere Gewähr für die Selbstbehauptung des Staates.

Dietrich spart

Reichsfinanzminister Dietrich hat dem Reichstag eine Uebersicht über die gemäß der Notverordnung vom Juli 1930 am Reichshaushaltsplan vorgenommenen Ausgabekürzungen vorgelegt. Wir heben daraus hervor, beim Auswärtigen Amt die Senkung der Reisekosten um 100 000,— RM, der Besoldungen um 520 000,— RM, der Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte um 150 000,— RM, der Ausgaben für Nachrichtenwesen im Ausland um 160 000,— RM.

Beim Reichsministerium des Innern sind fortgefallen u. a. 120 000,— RM für das Philharmonische Orchester in Berlin, 190 000,— RM vom Beitrag des Reichs an die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, 800 000,— RM zur Bekämpfung des Alkoholismus und 400 000,— RM für den Umzug der Reichskartenstelle.

Beim Reichswirtschaftsministerium sind der Beitrag zur Hebung der Wirtschaftlichkeit um 235 000,— RM, die Mittel für das Statistische Reichsamt um rund 450 000,— RM und der Zuschuß zu den Werbungskosten der Leipziger Messe um 400 000,— RM gekürzt worden.

Das Reichswehrministerium hat auf 15 000 000,— RM, das Reichsarbeitsministerium u. a. 6 000 000,— RM beim Wohnungsfürsorgefonds, das Reichsernährungsministerium u. a. auf 1 000 000,— RM zur Stützung der Schlachtviehmärkte verzichten müssen. Beim Verkehrsministerium sind die Ausgaben für den Reichswasserschutz um rund 1 Million Reichsmark, beim Reichsfinanzministerium die einmaligen Ausgaben für den Neu- oder Umbau von Finanz- und Zollämtern um 5 500 000,— RM gesenkt worden. Insgesamt belaufen sich die Ausgabekürzungen auf 134 000 000,— RM.

Natürlich ist mancher Eingriff hart und schmerzlich. Aber gegenüber dem Entweder-Oder: ausgeglichener Haushalt — Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen gab es keine Wahl. Man muß den Mut und die Rücksichtslosigkeit, mit der Reichsfinanzminister Dietrich an das vor ihm sorgsam umschlichene Problem herangegangen ist, vorbehaltlos anerkennen. Die Verantwortung für die Ausgabenbeschränkung bei manchen erfreulichen und wichtigen Zwecken trifft nicht ihn, sondern die, deren Ausgabefreudigkeit eine rechtzeitige Sanierung unter geringeren Opfern verhindert hat.

Preußens Staatshaushalt

Mit gewohnter Pünktlichkeit hat Finanzminister Höpker Aschoff dem Preußischen Staatsrat den Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1931 vorgelegt. Nicht nur mit gewohnter Pünktlich-

keit, sondern auch gewohnter Ordnung unter gewohnter Anwendung bewährter Spargrundsätze. Der Haushaltsplan ist mit allergrößter Vorsicht aufgestellt. Das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben muß unter allen Umständen gesichert werden, da mit beträchtlichen Ausfällen auf der Einnahmeseite zu rechnen ist. Die Eingänge aus der konjunkturrempfindlichen Hauszinssteuer, die Ueberweisungen des Reichs und die Ueberschüsse aus den Betrieben, vor allem aus der Forstwirtschaft, gehen stark zurück. Der Haushaltsplan schließt deswegen mit fast 400 Mill. RM weniger ab als im Jahre 1930 (3,9 Milliarden gegen 4,3 Milliarden).

Dem Rückgang der Einnahmen steht aber nicht allein eine Kürzung der Ausgaben gegenüber, sondern auch eine — vor allem auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhende — Steigerung mancher Ausgabenposten. Um einen wirklichen Ausgleich herbeizuführen, mußte deshalb mit harter Hand eingegriffen werden und zwar auf dem umfassendsten Ausgabenetat, bei den Personalkosten, die 75 % der Gesamtausgaben umfassen. Infolgedessen wird Preußen nach dem Vorgang des Reiches 6 % an den Bezügen der Beamten, Angestellten und Arbeiter, 20 % an den Bezügen der Minister und Abgeordneten, 10 bis 40 % an den Aufwandsentschädigungen, 20 % an den Bezügen für Nebenämter kürzen. Bei einer Pressebesprechung erklärte der Finanzminister gegenüber den Beamten, die die Hauptlast der Einsparungen am Etat zu tragen hätten, es müsse alles getan werden, durch Preissenkungen das aufzuwiegen, was die Beamten an Einkommenskürzungen auf sich nehmen müßten. Ohne ein zuverlässiges und treues Beamtentum könne der Staat nicht leben.

Selbstverständlich gehen die Bemühungen des Finanzministers weiter, Ersparnisse durch Vereinfachung und zweckmäßige Organisation der Verwaltung herbeizuführen. Die Aufhebung von Spezialkassen, Kultur- und Forstämtern hat Fortschritte gemacht.

Der Preußische Anleihehaushalt ist in guter Verfassung. Seit der Festigung der Währung bis zum 1. Oktober 1930 sind Anleiheausgaben in der Höhe von 755,4 Mill. RM geleistet worden, von denen nur 20 Mill. RM ungedeckt sind. Mit Kassenschwierigkeiten wird Preußen auch in Zukunft nicht zu rechnen haben.

Das Gesicht der Kommunalwahlen

Die Wahlen, bei denen in Baden, in Bremen und in Mecklenburg die Gemeindevertretungen und in Danzig das Volksparlament gewählt wurden, haben ein Ergebnis gebracht, das die weitere Radikalisierung der Wählerschaft seit den letzten Wahlen dokumentiert. Und das in recht erheblichem Maße. Die Nationalsozialisten feiern neue Triumphe und auch die Kommunisten können von Siegen reden.

Dabei muß aber für die Wertung dieser Wahlen die Feststellung gemacht werden, daß es wieder nicht gelungen ist, die „marxistische Front zu erschüttern. Es ist dabei immer zu bedenken, daß die Haupt-Wahlparole der Hitlerbewegung sich immer wieder „gegen den Marxismus“ wendet. Die Siege der Nationalsozialisten sind Nackenschläge für das Bürgertum. Ganz gleich, ob es in der Mitte oder bei Hugenberg steht. Die Erfolge der Kommunisten gehen zum größten Teil auf das Verlustkonto der Sozialdemokratie.

In Baden hat der Radikalismus besondere Triumphe feiern können. So waren in Karlsruhe die Sozialdemokraten bisher mit 24 Mandaten die stärkste Partei; jetzt haben die Nationalsozialisten, die dort bisher überhaupt nicht vertreten waren, mit 28 Mandaten

die Sozialdemokraten, die nur noch 18 erhalten hat, um 10 Stadtverordnete überflügelt. Und in Heidelberg, wo die Sozialdemokraten bisher mit 21 Mandaten ebenfalls die stärkste Fraktion waren, sind die Nationalsozialisten auf 31 Sitze gekommen; damit sind die Sozialdemokraten, die noch 16 Mandate erobern konnten, um fast 100 Prozent überflügelt.

Bei Krankheiten, zu deren Heilung es auf Willensimpulse des Kranken ankommt, muß man dem Patienten sagen, was ist. Das gilt auch in der Politik, auch hier. Die deutsche Wählerschaft ist einer Psychose zum Opfer gefallen, die sorgfältiger, aber energischer Heilbehandlung bedarf. Dazu ist Einsicht und Umkehr nicht zuletzt bei den Parteien der Mitte nötig. Denn die Wähler reagieren nicht mehr auf alte Parolen. Es ist Pflicht der Parteien der Mitte rücksichtslos gegen einen Radikalismus anzugehen, dessen Stärke nur im Einreißen besteht und im Hinausschleudern von unerfüllbaren, leeren Versprechungen, für die die wirtschaftliche Not einen empfänglichen Boden geschaffen hat. Die hier wiedergegebenen, willkürlich gewählten Beispiele aus Baden wiederholen sich ähnlich in Mecklenburg und geben kein wesentlich anderes Bild in Danzig; dort wurde die bisherige Koalition aus Zentrum und Sozialdemokratie durch den Wahlsieg der Rechtsradikalen zerschlagen.

Alle Vernunftgründe, die der radikalisierten Wählerschaft entgegengehalten werden, verhallen solange ungehört, bis eine merkliche Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage eingetreten sein wird. Das Programm des Kabinetts Brüning stellt den ersten Schritt zu einer Linderung dar. Staatsbürgerliche Pflicht ist es, das Programm zu unterstützen. Eine sanierte Wirtschaft ist der Bankrott des Radikalismus.

Die Flucht vor Einsicht und Verantwortung

Fünf Wochen ist es wohl her, daß die Wirtschaftspartei die Notwendigkeit der Durchführung des Finanzprogramms der Reichsregierung eingesehen und aus dieser ihrer Einstellung auch die Konsequenzen gezogen hat. Sie hatte im Reichstag mit zu jener Mehrheit gehört, die über alle Mißtrauensanträge hinweg zur Tagesordnung überging. Auch hatte die Wirtschaftspartei zu jener Mehrheit gehört, die die Notverordnungen zur weiteren Beratung an den Ausschuß verwies. Dann wurde der Reichstag vertagt. Inzwischen aber hat der Reichsrat gute und schnelle Arbeit geleistet; die Steuervorlage und der Haushaltsplan für 1931 sind von ihm verabschiedet. Die Reichsregierung hat in dieser Zeit eine Preissenkungsaktion eingeleitet, von deren Erfolg ein gut Teil der Durchführungsmöglichkeit des Sanierungsprogramms abhängt.

Wir haben zu dem noch nicht einmal interessenmäßig einheitlich zusammengesetzten Gebilde der Wirtschaftspartei nie Zutrauen gehabt. Diese Menschen glauben an einer Regierung nicht mehr teilnehmen zu können, die sich nicht scheute, Eingriffe in die Preispolitik des Handels vorzunehmen. Der Reichsausschuß dieser Partei zieht den von ihr gestellten Minister aus der Regierung und, erstaunlich genug, ein Mann wie der Staatsrechtler Professor

**Werben auch Sie
für die
Blätter der Staatspartei!**

Dr. Bredt, gehorcht einem Gremium, mit dem ihn doch nichts verbindet als die Zugehörigkeit zur selben Partei. Der Gipfel der Unverfrorenheit ist aber die Begründung, die dieses Gremium der Zurückziehung des Ministers gibt. Die Reichsregierung betreibe „ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft“. Es gibt wohl kaum ein zweites Beispiel für die Frivolität an dem Glauben der Wähler, die Eigennutz und Profitgier als „lebenswichtige Interessen des deutschen Volkes“ bezeichnet. Was ist das anderes als Unverantwortlichkeit und Angst vor der eigenen Wählerschaft? Man hat dieser programmatisch bessere Lebensbedingungen versprochen, und nun, da die Verhältnisse stärker waren als die Phraseure, wo statt der erfüllten Versprechungen neue Forderungen um der Gesamtheit des Volkes willen an jeden einzelnen gestellt werden müssen, scheut man sich, der Wählerschaft, die sich nur in diesen Hoffnungen in der Partei gefunden hatte, die Notwendigkeit dieser Forderungen zu unterbreiten. Denn in demselben Augenblick durchschneidet man das einzige Band, das sie alle zusammenhielt. Auch die Auseinandersetzungen zwischen Drewitz und Colosser, die jetzt aus parteitaktischen Gründen hinausgeschoben wurden, sind ganz symptomatisch. Die Verhältnisse treiben den Keil unaufhaltsam tiefer.

Herr Bredt mag gehen. Mit ihm geht ein Mann, der sich schützend vor Hitler stellte, indem er versuchte, den Reichsinnenminister zu bewegen, die Vorlage des amtlichen belastenden Materials beim Reichsgericht zu unterlassen. Er hinterläßt in dem Kabinett keine Lücke, das mit aller Energie die Durchführung seines Programms auf jedem ihm möglichen Weg versuchen wird und versuchen muß. Für diese Arbeit wird es gleichgültig sein, ob Herr Bredt bleibt oder geht. In diesem Kabinett ist nur Raum für Männer, deren oberstes Gesetz des Handelns das Wohl des Volkes ist, die mit diesem Gesetz die Verantwortung sich selbst und dem Volk gegenüber übernehmen und aus ihm jedwede Konsequenz ziehen, auch wenn sie den Mut zur Unpopularität verlangt.

Deutsche Außenpolitik

Als der Reichsrat unter dem Vorsitz Dr. Brünnings bis auf zwei Gesetze seine Tagesordnung erledigt hatte, auf deren Erledigung die Regierung als Grundlagen einer Außenpolitik großen Wert legt, führte der Kanzler aus, daß die Regierung niemals Ziele und Fragen der deutschen Außenpolitik von innerpolitischen und Tagesereignissen werde bestimmen lassen. Damit gab er dem Außenminister Gelegenheit, auf die Kammerdebatte in Paris zu antworten, in der Tardieu einen Standpunkt vertreten hatte, der nicht mehr in Einklang zu bringen ist mit den Verträgen, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehen. Selbst wenn der französische Ministerpräsident über den Artikel 19 des Statuts des Völkerbundes, die Revision bestehender Verträge betreffend, wenn er von einer Ablehnung der Abrüstungsverpflichtung sprach, um sich eine Mehrheit zu sichern, so war es von deutscher Seite aus eine Pflicht, derartige Formulierungen nicht unwidersprochen zu lassen. Widerspruch war hier Wahrung der deutschen Position. Curtius hat der Deutlichkeit der Worte Tardieus eine ebenso ehrliche wie entschiedene Antwort entgegengesetzt. Die deutsche Auffassung vom Versailler Vertrag ist von jeher gewesen, daß er schlechte Mittel gewählt hat, um die Folgen des Krieges zu beseitigen; aus dieser

Auffassung leitete der Außenminister das deutsche Recht auf Revision ab, besonders der unerträglichen Grenzziehung im Osten. Eine Revision der Verträge bedeutet nicht Krieg wie Tardieu meint, wohl aber hängt von ihr die Sicherheit und innere Ruhe Europas ab; darüber dürfte eigentlich auf französischer Seite nach den Ausführungen des deutschen Außenministers kein Zweifel mehr bestehen. Auch was der französische Ministerpräsident über die Abrüstungsfrage verlauten ließ, ist mehr als erstaunlich. Auf einer Abrüstungskonferenz wünscht Curtius den deutschen Anspruch auf Abrüstung der andern mit aller Entschiedenheit zu verfechten. Unser ehrlicher Wille zu einer Verständigung ist nicht in Zweifel zu ziehen, aber unser Anspruch auf Sicherheit muß gewährleistet werden. Wir wissen von Curtius, daß er denen, die mit der „Zerreißung des Youngplanes“ eine neuorientierte deutsche Außenpolitik beginnen wollen, stets auf das schärfste entgegentrat, daß er vielmehr die von seinem großen Vorgänger begonnene Politik fortzuführen gesonnen ist. Um so beachtlicher waren seine von ruhigem Takt getragenen Ausführungen, als ein Zeugnis innerer Sicherheit und zielbewußten Willens.

Der europäische Frieden hängt ab von der Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses. Voraussetzung zu einer wirklich positiven Gestaltung ist allein der lebendige Wille auch von der anderen Seite, der sich nicht an seine juristischen Verhältnisse der Verträge zu orientieren hat, sondern unbedingt den völlig veränderten Bedingungen der Gegenwart Rechnung tragen muß. Bedeutsam in der sorgfältig abgewogenen Rede, war der Hinweis auf die deutschen Möglichkeiten in bezug auf die amerikanische Union und Sowjet-Rußland.

Die französische Presse, die an der Kammerdebatte über die Affäre Oustric stark interessiert war, gab den Erörterungen des deutschen Außenministers leider nur allzu wenig Raum. Während die Presse der Rechten bis zur Mitte hin den Standpunkt vertritt, daß Deutschland als besiegtter Staat zur Abrüstung verpflichtet sei, stellt die Abrüstung der anderen Mächte mehr eine Art Freiwilligkeit dar; auch sei im Versailler Vertrag nur von der Möglichkeit der Abrüstung die Rede, während der Artikel 8 des Völkerbundespaktes die Abrüstung bis zu einer Grenze zulasse, die noch mit der nationalen Sicherheit vereinbar sei. Die Presse der Linken gesteht Curtius das „Recht“ zu einer solchen Rede gegen Tardieu zu.

Revision des Youngplans

Finanzminister Dr. Höpker Aschoff sprach am 15. November im Preussischen Landtag über den Finanzplan der Reichsregierung. Dabei beschäftigte er sich auch mit der Young-Plan-Revision und führte in Anknüpfung an den Vorredner, den deutschnationalen Abgeordneten von Kries, u. a. folgendes aus:

Der Herr Abgeordnete Dr. von Kries hat den Plan der Reichsregierung nun noch in einer Zwischenbemerkung mit den Reparationen in Verbindung gebracht. Er hat gemeint: wir sind ja durchaus bereit, die Finanzen der öffentlichen Hand zu sanieren: nunmehr in den Topf der Reparationen fließt. Herr von Kries, ich aberw ir wollen nicht, daß alles das, was dadurch gewonnen wird, glaube, Sie haben nur die eine Wahl, wenn Sie diese Politik verfolgen und sagen: Wir wollen in Deutschland alles zusammenbrechen lassen, dann werden unsere Kriegsgegner einsehen, daß sie die

Regelung der Reparationen einer Revision unterziehen müssen. Wenn es nach einem solchen Plane geht, dann mag es möglich sein, daß dem zusammenbrechenden deutschen Volke auf einige Jahre die Reparationen abgenommen werden. Sie werden ihm dann aber mit dem gleichzeitigen Verlust seiner Freiheit abgenommen werden!

Auf Zwischenrufe von der Rechten fuhr der Finanzminister fort:

Das Rheinland ist frei geworden. Wir haben in Deutschland früher zwölf Kontrollen gehabt, wir sind von allen Kontrollen befreit worden. Das haben Sie anscheinend schon wieder vergessen.

Ich bin durchaus der Meinung, daß die Stimmung des Protestes gegen das Versailler Diktat aufrecht erhalten werden muß. Wir haben immer auf diesem Standpunkt gestanden. Und das deutsche Volk beginnt heute in seiner Gesamtheit zu begreifen, daß die Reparationen nicht bestimmten Schichten aufgebürdet werden können, sondern daß sie von der Gesamtheit des deutschen Volkes getragen werden müssen und in ihrer Durchführung eine Herabsetzung der Lebenshaltung des deutschen Volkes bedeuten. Wir haben das Diktat von Versailles hinnehmen müssen. Wir sollten die Stimmung des Protestes gegen das Versailler Diktat in Deutschland wachhalten, und wir sollten auf diesem Gebiet nach Möglichkeit eine Einheitsfront in Deutschland herzustellen versuchen. Wir haben hernach Verträge abgeschlossen, die wir zu halten haben, und der Appell an die Gewalt gegenüber diesen Verträgen ist falsche und verwerfliche Politik.

Aber wir haben auf der anderen Seite auch darauf hinzuweisen, daß in diesen Verträgen zum Ausdruck gebracht ist, daß in Durchführung der Reparationen dem deutschen Volke nicht zugemutet werden kann, auf einen Lebensstandard herabzusinken, der des deutschen Volkes und der europäischen Völker nicht mehr würdig und für Deutschland nicht mehr erträglich ist.

Wer erfolgreiche Reparationspolitik treiben will, wird das nicht nach dem ersten Plan machen können, sondern erst einmal Ordnung im eigenen Hause schaffen müssen. Was zur Revision des Young-Planes geschehen kann, werden wir nachher sehen. Aber solche Vorkommnisse wie die gestrigen in der Universität sollten uns doch eine Lehre geben. Auf allen Gebieten kommt es darauf an, die Gegensätze im deutschen Volke nicht zu vertiefen. Wenn dort junge, unerfahrene Studenten aus begreiflicher Erregung heraus Demonstrationen machen, dann kann man ihnen nur sagen: Ihr solltet etwas Besseres tun, ihr solltet zunächst einmal fleißig und tüchtig arbeiten! Man sollte ihnen darüber hinaus sagen: Alle eure Demonstrationen, die aus innerpolitischen Erwägungen heraus kommen, die nur Zwietracht in die deutsche Jugend hineintragen, bringen uns keinen Schritt weiter. In der Frage der Außenpolitik und der Reparationspolitik sollte der Versuch gemacht werden, nicht nur in der deutschen Jugend, sondern im ganzen deutschen Volke eine Einheitsfront herzustellen und mit Besonnenheit und Tatkraft das Mögliche zu tun. Das wäre die richtige und vernünftige Politik, aber nicht die Ausschachtung dieser Dinge dazu, Zwietracht in das deutsche Volk und in die Jugend hereinzubringen. Was gestern geschehen ist, ist genau dasselbe, was die Jugend dem Alter vorwirft, daß der Parteihader in den Vordergrund gestellt wird. Auch hier sehe ich nur Parteihader und Gegensätze, aber nicht gemeinsame Arbeit und den Versuch, eine Einheitsfront im deutschen Volke herzustellen.

Aus den Parlamenten

Die Pädagogischen Akademien im Preußischen Landtag. Die Neueinrichtung einiger pädagogischer Akademien hat tagelang die preußische Politik und darüber hinaus alle kulturpolitisch interessierten Kreise beschäftigt. Es handelte sich einmal grundsätzlich um die Errichtung einer weltlichen Akademie, dann um den Zeitpunkt des Neubaus der für Berlin geplanten evangelischen, katholischen und weltlichen Akademie.

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei im Preußischen Landtag hat sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß die Evangelische und die Katholische Akademie in Berlin nur gleichzeitig eingerichtet werden dürfen. Eine weltanschauliche Akademie sollte überhaupt zur Zeit nicht errichtet werden, da das eine Zersplitterung bedeuten würde. Weiterhin fehlen die Rechtsgrundlagen für die Errichtung weltlicher Akademien. Es würde vorher notwendig sein, solche Rechtsgrundlagen zu schaffen. Mit Rücksicht auf die Finanzen und auf die große beschäftigungslose Zahl von Junglehrern sollte aber vorläufig von der Errichtung der Akademien in Berlin überhaupt abgesehen werden. Außerdem muß darauf hingewirkt werden, daß neuausgebildete Lehrer nicht vor den seminaristisch ausgebildeten Junglehrern eingestellt werden.

Gegen den Unfug der Untersuchungsausschüsse.

Die Deutsche Staatspartei im Preußischen Landtag hat folgende Kleine Anfrage eingebracht:

Nachdem sich im Gegensatz zu dem ursprünglichen Zwecke der entsprechenden Verfassungsbestimmung in letzter Zeit die Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen häufen und das aus verhältnismäßig nichtigen Anlässen, fragen wir:

Ist das Staatsministerium bereit, dem Landtag eine Uebersicht über die durch die bisherigen Untersuchungsausschüsse verursachten Unkosten, getrennt nach den Kosten der stenographischen Aufnahme, der Drucklegung der Berichte, der Zeugenentschädigungen, der durch die Inanspruchnahme der Regierungsvertreter entstandenen Kosten und insbesondere der an die Ausschlußmitglieder gezahlten zusätzlichen Diäten vorzulegen?

Aus der Partei

Unsere Arbeit

Die Staatsidee der Staatspartei

Auf dem Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei in Berlin sprach der Parteivorsitzende, Reichsfinanzminister Dietrich, über die politische Lage und wies darauf hin, daß uns der Motor, das Kapital, fehle, um die Wirtschaft wieder ankurbeln zu können. Dieser Kapitalmangel würde von Tag zu Tag verstärkt und nicht zuletzt deshalb, weil wir ein Parlament hätten, von dem niemand sagen könne, daß es zu positiver Arbeit fähig sei. So wie die Dinge heute liegen, sind die Schwierigkeiten viel stärker bei der Wirtschaft als beim Reiche selber. Im Reiche haben wir eine Politik der rücksichtslosen Sparsamkeit getrieben, aber wenn jetzt der Etat dem Reichstag vorgelegt ist, so muß darauf hingewiesen werden, daß wir bei der Etatgestaltung nicht frei in unseren Entschlüssen sind, son-

dern daß eine Anzahl von Ausgaben zwangsläufig sind. Es sind aber eingespart worden 642 Millionen, das ist rund ein Zehntel des Gesamtbetrages. Unsere Steuerlast ist an der Grenze des Möglichen angelangt. Wenn die englischen Steuern mit den deutschen verglichen werden, so muß darauf hingewiesen werden, daß die Engländer eine innere Schuldenlast von 150 Milliarden RM haben. Sie müssen nämlich ihre Kriegsanleihen verzinsen und infolgedessen sind ja die von ihnen erhobenen 9 Milliarden Steuern nichts anderes als ein Verrechnungsverfahren. Bei uns aber sind zwangsläufig die 4 Milliarden Reichsmark, die wir für Kriegslasten aufzubringen haben, und die kann kein Mensch abstreichen.

Es ist sicher, daß wir in den vergangenen Jahren, in denen es uns gut zu gehen schien, über unsere Verhältnisse gelebt haben. Unter dem Zustrom der vielen geliehenen Gelder haben wir die Kriegslasten vergessen. Wenn jetzt Länder und Gemeinden sparen sollen und sparen müssen, dann muß das Reich vorangehen. Niemand denkt aber daran, in den Gemeinden die Selbstverwaltung anzutasten. Wer, wie ich, 15 Jahre im kommunalen Dienst gestanden hat, der weiß, die Selbstverwaltung zu schätzen. Was wir jetzt sehen, ist ein Krankheitszustand, der unbedingt beseitigt werden muß. Wenn man freilich die Zustände im Berliner Rathaus betrachtet, so muß man bezweifeln, ob das alte Berlin ist, das auf seine Arbeit so stolz sein konnte. Wenn die Gemeinden freilich nicht selbst ihren Etat in Ordnung bringen wollen oder können, dann muß er in Ordnung gebracht werden mit Hilfe des Staates. Wenn in Zukunft unter gewissen Sicherungen die Zuschläge zur Einkommensteuer eingeführt werden, so wird dadurch eine Besserung eintreten, weil dann diejenigen, die über die Ausgaben beschließen, auch über die Einnahmen zu beschließen haben.

Das Schlimmste ist die Verantwortungslosigkeit. Wir haben davon erst jüngst im Reichstag wieder zwei Fälle erlebt. Dort ist ein Antrag angenommen worden, das Frischfleisch so billig zu verkaufen wie das Gefrierfleisch. Dieser Antrag würde dem Reich rund 500 bis 600 Millionen gekostet haben. Auf ein paar Millionen mehr oder weniger kommt es ja denen, die diesen Antrag gestellt haben, gar nicht an. Weiter ist ein Antrag eingebracht worden, wonach Rentenempfängern und Arbeitslosen zu Weihnachten eine Beihilfe von 40 RM ausbezahlt werden sollte. Das hätte eine Summe von rund 350 Millionen RM gekostet. Die Frage, wo das Geld dazu herkommen soll, interessiert aber die Kommunisten und die Völkischen nicht, wie sie selbst zugegeben haben.

Gegenüber solchen Verantwortungslosigkeiten ist es die Aufgabe der Staatspartei, eine Partei der Verantwortung für den Staat zu sein. In der jetzigen Notzeit muß jeder opfern, auch in der Privatwirtschaft müssen die hohen Gehälter verschwinden. Ein Reichsfinanzminister hat es heute überaus

Beschwerden

über unpünktliche oder ausgebliebene Zustellung unserer Zeitschrift bitten wir zunächst beim zuständigen Postamt vorzubringen, weil dadurch jede Unregelmäßigkeit am schnellsten aufgeklärt wird. Erst wenn die Beschwerde bei der Postanstalt keinen Erfolg haben sollte, bitten wir, die Redaktion zu benachrichtigen: Berlin SW 11, Bernburgerstr. 18.

schwer, sich populär zu machen. Dietrich führte dann unter dem Beifall der Versammlung aus, daß es seine Aufgabe gewesen sei, die schwebenden Schulden zu vermindern, so daß er bei den Banken nicht habe zu borgen brauchen. Die Schulden, die gemacht worden seien, seien bezahlt und die letzte Rate an die Banken in Höhe von 50 Millionen werde am 15. Dezember pünktlich gezahlt werden. Der Zustand sei heute erfreulicher als vor einem Jahre, wo man noch nicht wußte, ob am 1. Januar die Beamtengehälter gezahlt werden könnten. Es müsse bedacht werden, daß die politischen Störungen im Reiche sich vor allem auf die Privatwirtschaft auswirke. Wenn Kredite zurückgezogen würden, so würde das die Privatwirtschaft zuerst fühlen. Im Hinblick auf den Preisabbau muß festgestellt werden, daß es heute billiger ist als vor einem Jahr. Es bestände aber eine psychologische Gefahr darin, daß viele Leute die Dinge nicht mehr ernst nehmen wollten, daß sie nicht bereit seien, an ihrem Teil mitzuhelfen. Wer da glaube, daß der Preisabbau am grünen Tisch oder sonstwo einfach beschlossen werden könne, der irre sich.

Die Deutsche Staatspartei sei eine Partei, die unbedingt für die Verfassung eintrete. Wenn jetzt eine Notverordnung auf Grund des Artikels 48 erlassen sei, so könne der Reichstag zu dieser Notverordnung sofort Stellung nehmen. Die Reichsregierung habe mit Absicht aus dieser Notverordnung alles herausgelassen, was verfassungsändernd sei. Die Staatspartei ist eine Partei des Aufbaues. Wenn das dritte Reich geschaffen werden soll, dann würde dem erst einmal eine Zerstörung von Milliardenwerten vorangehen. Kein Volk könne leben ohne die Staatsidee.

Ortsgruppenneugründung.

Im Wahlkreis Frankfurt a. d. Oder wurde zu Landeck eine Ortsgruppe der Deutschen Staatspartei gegründet, deren Vorsitzender der Stadtverordnetenvorsteher Max Noelle ist.

Dietrich in Bremen.

In einer Wahlkundgebung der Deutschen Staatspartei in Bremen sprach am 25. d. M. der Vorsitzende der Partei, Reichsfinanzminister Dietrich, über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung. Die Auseinandersetzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden stelle eine fast unlösbare Aufgabe dar. Der ursprüngliche Plan, Bier und Branntwein aufzuteilen, habe sich als nicht möglich erwiesen; man werde also wohl oder übel diese beiden Verbrauchssteuern beim Reiche erhalten und stärker als bisher die Einkommensteuer aufteilen müssen. Hier aber stehe man vor der grundlegenden Schwierigkeit, daß man zwar Zuschläge zur veranlagten Einkommensteuer einführen könne, Zuschläge zur Lohnsteuer aber praktisch nicht durchführbar seien, ohne den Apparat, den man gerade abbauen wolle, erneut zu vergrößern. Eine besondere Schwierigkeit in den Kommunen spielten die Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen, deren Deckung noch nicht sichergestellt sei. Der Minister sprach weiterhin von der Gefahr, daß das Ausland seine Guthaben in Deutschland zurückziehe und damit die deutsche Wirtschaft zum Erliegen bringe. Die Reichsregierung werde sich in der Frage der Reparationen zu keiner Katastrophenpolitik herbeilassen. Die Lage der deutschen Wirtschaft sei nicht nur wegen der wachsenden Schwierigkeiten auf dem Weltmarkte, sondern auch deswegen so schlimm, weil der Absatz im Innern stocke. Der Grund dafür liege in dem Kapitalmangel, der sich jetzt, wo man nicht mehr Auslandsgeld in großen Mengen als Kredit hereinnehmen könne, sehr scharf bemerkbar mache.

Bei der Erörterung der Deckungsmöglichkeiten für den vorhandenen Fehlbetrag sprach Dr. Dietrich besonders über die in Aussicht genommene Belastung des Tabaks. Auf Wunsch der Bremer Tabakinteressenten fand nach der Kundgebung eine interne Besprechung des Ministers mit einigen Spitzenvertretern des Bremer Tabakhandels und -Gewerbes statt, von denen eingehende Darlegungen darüber gemacht wurden, daß Zigarren, Rauchwaren und Schnupftabak keinerlei Erhöhung der jetzigen steuerlichen und Zollbelastungen tragen könnten. Es wurde in Aussicht genommen, daß Vertreter der Spitzenorganisationen des Tabakhandels und des Tabakgewerbes aus dem Reich in Berlin zu einer Besprechung mit dem Minister zusammenkommen sollen.

Bei dieser Kundgebung kam es zu schweren Störungen von nationalsozialistischer Seite. Die Versammlung konnte nur mit Mühe zu Ende geführt werden. Es ist das nicht der erste Fall, in dem die Versammlungsfreiheit in Bremen nicht genügend gewährleistet und gesichert war. Die bremische Polizei scheint dazu nicht in der Lage zu sein. Besonders erstaunlich ist es, daß durch diese staatliche Polizei bei dem öffentlichen Auftreten eines Reichsministers nicht für genügenden Versammlungsschutz gesorgt war. Wenn die bremischen Behörden in diesen Dingen nicht über die nötige Erfahrung verfügen, so wäre es empfehlenswert, ihre Beamten nach dem Vorbild anderer Länder schulen und ausbilden zu lassen, in denen die geordnete Durchführung von Versammlungen unter allen Umständen, auch gegenüber rechtsradikalen Schreibern, gesichert ist.

Dr. Winschuh in Bremen.

Aus Anlaß der Wahl zur Bremer Bürgerschaft veranstaltete die Deutsche Staatspartei eine Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Josef W i n s c h u h sprach. Er ging davon aus, daß der jetzige Reichstag arbeitsunfähiger sei als der vergangene. Gegen den Marxismus der Sozialdemokratie habe man einen Marxismus eingetauscht, der noch utopischer sei, der erst wieder eine lange Schule durchmachen müsse, bis er zu positiver Mitarbeit fähig und bereit ist. Noch treibe der Nationalsozialismus eine Politik, die auf zwei Schultern trage. Aus der Not der Zeit könnten weder der Faschistengruß noch das braune Hemd herausführen, nur zähe, zielbewußte Reformarbeit. Eine Ernüchterung werde bald eintreten, nicht beim „Treibholz“, aber bei all denen, die es ernst meinten mit der Politik. Für den Rückstrom der Ernüchterten müsse sich die Mitte bereithalten, und nur eine aktivierte Mitte mit reorganisierter Front könne als Aufnahmestelle in Frage kommen. Anerkennung müsse im Augenblick der ruhigen und sachlichen Arbeit der Regierung Brüning gezollt werden. Wenn der Reichstag nicht Order pariere im Dezember, sei es besser als aller Radikalismus, wenn diese Regierung ihr Sanierungsprogramm eventuell ohne den Reichstag nur mit dem Reichsrat durchführe.

Staatsgefühl werde nur geweckt in der jungen Generation, wenn sie am Beispiel sehe, wie ein Staatsmann leidenschaftlich für sein Vaterland kämpft; Staatsgefühl werde nicht aufgebaut durch Korruption oder das Vorbild einer schwächlichen Regierung. Dr. Winschuh schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen: „Wir müssen zu einer Aufrüttelung der bürgerlichen Mitte kommen. Weltanschauliche politische Gemeinschaften müssen an die Stelle von Zweckgesellschaften treten. Wir müssen die Jugend neben die Alten in der Partei stellen. Erst wenn die junge Gene-

ration positiv zum Staate steht, wird der Weg in die Freiheit führen."

Hoepker Aschoff gegen die Nationalsozialisten

Finanzminister Hoepker Aschoff sprach am Vorabend der Gemeindewahlen in Bielefeld. Er führte u. a. aus: Die derzeitige Weltwirtschaftskrise wirkt sich auf Deutschland ganz besonders aus, weil es auf den internationalen Gütertausch angewiesen ist. Dazu kommen seine ungeheuren Reparationslasten. Aber Deutschlands wirtschaftliche Verhältnisse würden weniger schlimm sein, wenn es geordnete öffentliche Finanzen hätte. Es hängt von uns selbst ab, die Finanzen zu ordnen und das Vertrauen wiederherzustellen. In Brüning und in Dietrich hat Deutschland wirklich verantwortliche Führer, mit dem festen Willen, Ordnung zu schaffen. Auch auf dem Binnenmarkt müssen wir uns dem Preissturz des Weltmarktes anpassen. Das bedeutet: Herunter mit den Preisen, aber auch mit allen Produktionskosten, wozu auch Löhne und Gehälter gehören. In wenigen Monaten wird die Kaufkraft der Löhne und Gehälter wieder dieselbe sein wie bisher. Auch Preußen mußte seinen Haushaltsplan kürzen. Die Arbeitslosigkeit wirkt sich bei den Gemeinden doppelt schwer aus, denn ihre Ueberweisungen werden gekürzt, ihre Steuereinkünfte gehen zurück und die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen steigt. Sie müssen deshalb aus den neuen Gemeindesteuern das Notwendige herausholen, um die Fehlbeträge zu decken. Die preußische Landtagsmehrheit wird die zur Durchführung der Notverordnungen des Reichspräsidenten erforderlichen Gesetze annehmen. Dagegen sind die Aussichten im Reichstage schlecht. Die Annahme der nationalsozialistischen Anträge würde den Bankrott des Reiches zur Folge haben. Wenn das Parlament versagt, dann darf man sich nicht, wie auch Ministerpräsident Braun in seiner Bielefelder Rede gesagt hat, wundern, wenn die Reichsregierung zu außerordentlichen Maßnahmen greift.

Dr. Hoepker Aschoff setzte sich dann eingehend mit den Nationalsozialisten auseinander. In Thüringen und Braunschweig können sie jetzt ihre Theorien in die Praxis umsetzen. Warum tun sie es nicht? Wenn sie es tun wollten, dann wäre der Zusammenbruch da. Wenn sie aber ihr Programm nicht verwirklichen wollen, dann ist das Ganze ein Volksbetrug und Demagogie. Mit den nationalsozialistischen Experimenten würde die deutsche Wirtschaft vor die Hunde gehen. Die verständigen und verantwortungsbewußten Staatsbürger sollen im Kampfe gegen den Nationalsozialismus zusammenhalten. Das ist die Absicht bei der Gründung der Staatspartei gewesen. Wenn die Revision des Young-Planes komme, dann müsse sie das deutsche Volk einig finden in der Abwehr einer Abenteuerpolitik, wie sie die Nationalsozialisten predigten.

Dietrich in Bielefeld.

Am 23. November sprach der Parteiführer in einer stark besuchten Versammlung der Deutschen Staatspartei über die finanzielle Aufgabe der Reichsregierung. In seinen Ausführungen betonte er, daß man ihm keineswegs den Vorwurf machen könne, daß er die Selbstverwaltung der Gemeinden einschränken wolle. Er habe vielmehr durch die Einschränkungen in den Notverordnungen nur eine Genesung der kommunalen Finanzen beabsichtigt. Dazu sei auch die Gehaltskürzung der Gemeindebeamten zu rechnen. Vor allen Dingen aber müssen sich die kommunalen Gehälter an die der

Reichsbeamten anpassen. An eine Realsteuererhöhung im Jahre 1931 sei überhaupt nicht zu denken. Die Gemeinden müssen wieder ihre Ehre darein setzen, durch sparsame Wirtschaft ihre finanzielle Ordnung zu halten und durch richtige Selbstverwaltung den Eingriff der Staatsbehörden zu verhindern. Das Reich gibt ein gutes Beispiel zur Sparsamkeit. Die Schaffung und Ordnung größerer Sparsamkeitsmöglichkeiten sei eine der ersten Aufgaben des Reiches. Als zweite Aufgabe betrachte er die Steuervereinfachung, während er als dritte Aufgabe die Reform der Auseinandersetzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden betrachte. Die Zeit habe erwiesen, daß die Steuerreform Erzbergers falsch gewesen sei und beseitigt werden müsse.

Der Kampf geht heute darum, dem Staat ein geordnetes inneres Leben um seiner selbst willen zu sichern, weil ohne diese Ordnung die Existenz jedes Einzelnen vernichtet werde. Unsere Aufgabe ist die Schaffung eines deutschen Nationalstaates, der getragen ist von allen Volksschichten und der allein die Möglichkeit Großdeutschlands in sich trägt. Spontaner, langanhaltender Beifall war ein Zeugnis der Zustimmung der Versammlung.

Die Deutsche Staatspartei in Hessen-Nassau.

Am 30. November fand in Marburg der Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei des Wahlkreises Hessen-Nassau statt.

Das organisatorische Referat hielt Wahlkreisgeschäftsführer Dr. Semank, Frankfurt, der betonte, daß es gelte, in der Deutschen Staatspartei einen begeisterten Glauben an die Sache wachzurufen. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Schutz der Republik und der demokratischen Verfassung, der Freiheit und der Gleichberechtigung sei eines fanatischen Kampfertums wert. Der Reichsparteitag in Hannover habe den entschlossenen Willen zur Aufbauarbeit gezeigt, diesen Willen gelte es nun ins ganze Land hinauszutragen.

Das wegweisende politische Referat hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Gustav Stolper. Die Deutsche Staatspartei will das deutsche Volk in die Zukunft führen. Der Wirtschaftsliberalismus von ehemals sei tot. Heute habe der Staat das Volkseinkommen sozial zu verteilen. Wir wollen kapitalistisch produzieren, aber sozial verteilen. Zur Außenpolitik erklärte Dr. Stolper, seine Meinung sei, daß die Staatspartei das Erbe Stresemanns zu wahren habe, jenes Stresemann, der den Kelloggspakt unterzeichnet hat. Man müsse den Krieg verwerfen aus der Idee des Krieges überhaupt. Man müsse aber unbedingt die Gleichberechtigung Deutschlands mit allen anderen Ländern verlangen. Erst wenn das deutsche Volk sich als gleichberechtigt fühlen kann, wird jene Hysterie des Uebernationalismus verschwinden, von der heute das deutsche Volk vergiftet wird.

Beide Vorträge wurden mit großem Beifall aufgenommen, an die sich eine angeregte Aussprache anschloß. Zum Vorsitzenden des Wahlkreisverbandes wurde einstimmig Direktor Beckmann, Frankfurt a. M., gewählt.

Deutsche Staatspartei in Düsseldorf-West.

Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Wahlkreis Düsseldorf-West ist auf einer Tagung in Duisburg vorgenommen worden. Dr. Hermann Schäfer-Köln, Mitglied des Geschäftsführenden Reichsvorstandes der Deutschen Staatspartei, erstattete Bericht über den Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei in Hannover, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach einer lebhaften Aussprache wurde Dr. Dehamps-Oberhausen zum Vorsitzenden des Wahlkreises Düsseldorf-West gewählt.

Deutsche Staatspartei in Bayern.

Der Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Bayern trat am 23. November in Nürnberg zusammen. Der Landesvorsitzende Conrad Weiß leitete die Verhandlungen mit einer Rückschau auf die Tätigkeit der Demokratischen Partei in Bayern und im Reiche ein und dankte all den Männern und Frauen, die sich in den Dienst der demokratischen Sache gestellt haben. Ueber die Mißerfolge bei der Gründung der Staatspartei sei heute nicht mehr zu rechten, man müsse sich jetzt schlüssig über den Uebertritt zur Staatspartei werden.

Dann sprach der Vorsitzende der Reichstagsgruppe der Deutschen Staatspartei August Weber über Aufgaben und Ziele der Staatspartei; er erntete für seine Ausführungen stürmischen Beifall. Der Landesparteitag beschloß gegen eine ganz geringe Minderheit von 5 Stimmen den Uebertritt zur Staatspartei. Der Vorsitzende richtete an den Parteitag den dringenden Appell zu intensiver politischer Arbeit auch in der neuen Partei. Darauf wurden die notwendigen Satzungsänderungen und Ersatzwahlen vorgenommen. In einer Entschließung wendet sich der Parteitag dagegen, daß in Bayern der Abbau der Realsteuern nicht notwendig sei, wie das Ministerpräsident Dr. Held im Reichsrat ausgeführt hatte. Folgende Entschließung des Landesparteitags zum bayerischen Landtagswahlgesetzesentwurf wurde einstimmig angenommen:

Der Landesparteitag der Deutschen Staatspartei in Bayern lehnt die Richtlinien zum bayerischen Landtagswahlgesetzesentwurf rundweg ab und fordert eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Abgeordnetenmandate derart, daß in allen Wahlkreisen die gleichen Wahlkreis-Verteilungsziffern gelten. Der Parteitag beauftragt den Landesvorstand der Deutschen Staatspartei in Bayern unverzüglich in einer eingehenden Erklärung hierzu Stellung zu nehmen.

Parteitag in Leipzig.

Die Deutsche Staatspartei Leipzig nahm die Berichte ihrer Vertreter über die Parteitage in Hannover entgegen. Staatsminister a. D. Professor Dr. Apelt gab einen Ueberblick über die Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Oberstudien-direktor Margarete Schecker berichtete über den letzten Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei und Dr. jur. Heinz Herz sprach über die Gründung der Deutschen Staatspartei. Die Versammlung war außerordentlich zahlreich besucht. Es nahmen zum ersten Male die neu zur Deutschen Staatspartei gestoßenen Mitglieder daran teil. Die Diskussionsredner äußerten sich zustimmend zu den Aufgaben und Zielen der Deutschen Staatspartei. Einstimmig gelangte nachstehende Entschließung zur Frage des Preisabbaues zur Annahme:

„Die erste Mitgliederversammlung der Deutschen Staatspartei Leipzig erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie jede Gelegenheit benutzt, um die jetzt in Fluß geratene Preisabbauaktion wirksam vorwärts zu treiben. Die Wählerschaft ist davon überzeugt, daß nur auf diesem Wege der Druck, der unser wirtschaftliches und vor allem auch unser politisches Leben unerträglich belastet, fühlbar gemildert werden kann.“

Gründungsparteitag in Frankfurt/Main.

Dem letzten demokratischen Parteitag in Frankfurt/Main am Sonntag, dem 16. November, folgte der Gründungsparteitag der

Deutschen Staatspartei in Hessen. Der seitherige Vorsitzende des Aktionsausschusses der Staatspartei, Dr. May, berichtete über den Parteitag in Hannover. Dem Bericht folgte ein Referat des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei, Dr. August Weber, der die Notwendigkeit eines stärkeren Zusammenarbeitens zwischen Fraktion und Parteileitung einerseits und der Wählerschaft andererseits betonte. Auch seine Ausführungen über die Außenpolitik fanden Beifall, besonders aber die Betonung der berechtigten deutschen Forderungen. Auf wirtschaftlichem Gebiet forderte er grundlegende Aenderung der Methoden des Ernährungsministers Schiele; denn Zölle seien unter den heutigen Verhältnissen keineswegs geeignet, der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Industrie aus der bestehenden Depression herauszuhelfen. — Trotz der Kleinheit der Partei solle man den Mut nicht sinken lassen und an dem Aufbau der neuen Partei tatkräftig mitarbeiten. Dr. Weber wandte sich hauptsächlich an die Jugend, die unter der Erfahrung der Aelteren zur Mitarbeit herangezogen werden müsse.

Mit brausendem Beifall wurde der Vortrag aufgenommen. Eine Dankadresse an den früheren Vorsitzenden der DDP., Koch-Weser, wurde einstimmig von der Versammlung beschlossen. Die Diskussion brachte den Willen zur Mitarbeit in der Deutschen Staatspartei zum Ausdruck.

Dr. August Weber in Offenburg. Im badischen Kommunalwahlkampf sprachen von der Deutschen Staatspartei eine Reihe ihrer führenden Persönlichkeiten. Der Führer der Deutschen Staatspartei im Reichstag, Dr. August Weber, sprach am 14. November in Offenburg. Seine Ausführungen beschäftigten sich mit der Weltwirtschaftskrise und den Verflechtungen, durch die Deutschland unlösbar mit der Weltwirtschaft verflochten ist. Auch die anderen Staaten Europas und die Länder in Uebersee sind von den Nöten der Zeit nicht verschont geblieben. Die Entwicklung der Nachkriegszeit bedingte einen Zwang zur Umstellung. Für Deutschland kommt die Schaffung neuer unnatürlicher und unerträglicher Grenzen hinzu, die noch dazu ein Dokument des Unrechts sind. Die wirtschaftliche Not der Menschen sucht ein Ventil in bisher unbekannten radikalen politischen Parteien und Bewegungen, die allenthalben in der Welt in Erscheinung treten. Sie wirken sich in Deutschland besonders stark aus, weil sich zu den wirtschaftlichen Verschiebungen noch die kurzzeitige politische Haltung unserer früheren Kriegsgegner gesellte. Die Schwierigkeiten anderer Länder zeigen, daß es völlig unrichtig ist, den Vorwurf zu erheben, in Deutschland habe eine falsche Politik diese Verhältnisse hervorgerufen. An einer Reihe von Einzelbeispielen zeigte Dr. Weber die rückläufige Entwicklung des Absatzes und erbrachte den Beweis, wie außerordentlich schwer es ist, die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich zu korrigieren. Gegenüber den Ausführungen Tardieus in der Kammer müsse nachdrücklich betont werden, daß der Versailler Vertrag niemals im jetzigen Sinne aufrechterhalten bleiben kann. Die gemeinsame Not wird die Völker zur Revision zwingen. Sie werden erkennen, daß der Young-Plan auch in ihrem eigenen Interesse nicht aufrechterhalten werden kann; ebenso wenig wie die gegenseitige unsinnige Abschließung durch hohe Zollmauern.

Im Gegensatz zu den Radikalen sind wir der Meinung, daß diese Verträge und Verhältnisse nicht durch Gewalt beseitigt oder ge-

bessert werden können. Uns Deutschen würden dazu überdies alle Mittel fehlen. Die bisherige deutsche Außenpolitik konnte im wesentlichen nicht anders gemacht werden, und sie wird auch in Zukunft nicht wesentlich anders gemacht werden können. Die Stimmen für eine Aenderung der Verträge mehren sich zwar, aber bis die Verhältnisse zwangsläufig geändert werden, geht noch Macht vor Recht, und noch gibt es kein über den Völkern thronendes Schiedsgericht, das gegenüber dem einzelstaatlichen Egoismus einen gerechten Ausgleich schaffen könnte.

Trotz allem darf man nicht übersehen, daß die wirtschaftlichen Dinge letzten Endes, so wichtig und ausschlaggebend sie für den Augenblick sind, nicht das Primäre sind, sondern daß Ideen und Gedanken in der Geschichte der Völker ausschlaggebend sein müssen. Es muß auch unumwunden zugegeben werden, daß wir in der inneren Politik den großen Fehler gemacht haben, die innerpolitischen Belange für eine kräftige Außenpolitik zu sehr außer acht zu lassen. Eine gesunde Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Erhaltung des Staates, des Beamtentums und einer gesunden Sozialpolitik.

Die brennendste und schwierigste innerpolitische Frage ist die Ausbalancierung des Etats und deshalb müssen wir uns auch mit den Beamtengehältern auseinandersetzen. Sparsamkeit muß oberstes Gesetz des Volkes sein. Nur dadurch werden wir unsere Gegner zur Einsicht zwingen. Bei objektiver Betrachtung muß man anerkennen, daß Reichsfinanzminister Dietrich auf dem richtigen Wege ist. Dagegen ist die Wirtschaftspolitik des Ernährungsministeriums nicht entsprechend dem Sanierungsprogramm.

Die Preissenkungsaktion ist nicht einfach, aber sie muß kommen. In den letzten Jahren hat eine Verteilungskonstruktion Platz gegriffen, durch die die Preisspanne zu hoch geworden ist. Andererseits könne man die vielen kleinen und schwer bedrückten Existenzen, die sich in den Verteilungsorganismus eingeschaltet haben, nicht einfach dem Verderben preisgeben. Nur durch einen fühlbaren Preisabbau wird die Arbeiter- und Beamtschaft die von ihnen geforderten Opfer begreifen und tragen.

Der Versuch der Gründer der Staatspartei ist nicht gelungen. Wir haben jedoch die Hoffnung und die Zuversicht, daß es bei aufopfernder Arbeit möglich sein wird, alle nicht klassenmäßig, konfessionell oder berufsständisch einseitig eingestellten staatsbejahenden Republikaner zu sammeln und so dem Radikalismus entgegenzutreten. Wir vertrauen auf die Einsicht und Energie des deutschen Volkes, die schwere Zeit zu überwinden, damit wir den kommenden Generationen ein Vaterland schaffen, in dem sie wieder sorglos und gesichert leben können.

Professor Giese in Darmstadt.

Vor den Mitgliedern der Deutschen Staatspartei in Darmstadt sprach der Staatsrechtler Professor Dr. Giese von der Universität Frankfurt/Main über Ziele und Aufgaben der Partei.

Die Staatspartei sei nicht föderalistisch, sondern erstrebe über eine Reichsreform den dezentralisierten Einheitsstaat. Sie sei deutsch und damit vaterländisch und national, aber keineswegs nationalistisch. Nach einem Wort Herriots kann nur der wahrhaft Nationale internationale Beziehungen verstehen. Es sei gut, solche Probleme immer an der vorbildlichen Haltung Stresemanns, an seiner nationalen Realpolitik zu messen. Professor Obst auf dem

Parteitag in Hannover: Der Kern der Forderungen Professor Obts's auf dem Parteitag in Hannover sei gut: Kampf gegen Versailles, Beseitigung der Kriegsschuld-lüge, Revision des polnischen Korridors, Eintreten für das Recht der deutschen Minderheiten.

Jugend

Tagung des Landesverbandes Groß-Berlin.

Der jungdemokratische Landesverband, Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin, veranstaltete am 16. November eine Verbandsatung in Potsdam.

Am Vormittag sprach Dr. Joachim Hild über „Demokratie und Diktatur“. Ausgehend von der Entwicklung und Problematik der Demokratie, wies er nach, daß der Begriff der Demokratie nicht absolut sei, sondern ein lebendiger Ausdruck des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Die Krise des Parlamentarismus sei auf ein formalistisches Herrschaftssystem in der Demokratie zurückzuführen. Es gelte, staatsbürgerliches Fühlen und verantwortungsbewußtes Denken im Volke zu wecken. — Die anschließende Aussprache beschäftigte sich mit der praktischen Arbeit, die aus diesen Forderungen entstand.

Am Abend sprach der Abgeordnete Dr. Joseph W i n s c h u h. Er führte etwa aus: Die positiv zur Deutschen Staatspartei eingestellte Jugend muß zusammenhalten, um gegen links und rechts abzuwehren. Wir alle bekennen uns zu den alten demokratischen Idealen. Wir sind mit vielen jungen Menschen, die parteipolitisch angewidert gewesen sind, zur Staatspartei gekommen, um Neues zu schaffen. Im Interesse der Idee haben wir den Bruch mit den Volksnationalen bedauert. In der nächsten Zeit wird es sich erweisen müssen, ob in der Parteipolitik das Trägheitsgesetz bestehen bleiben soll. Die Jugend muß das Idealbild der Demokratie in einem neuen Licht zeigen. Wir müssen kämpfen gegen schematische Demokratie, für ihren eigentlichen Sinn. Demokratie bedeutet Führerauslese und keinen Massenwillen, deshalb sind wir gegen nationalsozialistischen Bluff. Für uns junge Menschen stehen drei Grundgedanken im Vordergrund, die von uns vorgelebt werden müssen.

Die Führerauslese geschieht aus dem Volk, nicht aus einer Kaste. Das Führertum wird kontrolliert und wirkt für die Allgemeinheit. Denn Demokratie bedeutet Erziehung vom Untertan zum Staatsbürger, Demokratie bedeutet Vermählung des republikanischen und nationalen Gedankens.

Studentengruppe der Staatspartei in Rostock.

Die Studentengruppe hat mit einem Referat des Staatsministers a. D. Dr. Möller über „Freiheitliches Studententum und Deutsche Staatspartei“ die Arbeit für das Wintersemester aufgenommen. Die Themenstellung für weitere Abende, auf denen Wirtschaftsprobleme, die Hochschulreform wie auch parteipolitische Zielsetzungen besprochen werden sollen, zeigt den ernsthaften Willen zur politischen Arbeit.

Frauen

Massenhilfe für Massennot.

Die rührige Arbeitsgemeinschaft der Frauen des Wahlkreises Potsdam II der Deutschen Staatspartei, erläßt einen Aufruf, der sicher vielen unserer Frauen eine Anregung zur Ausgestaltung ihrer Tätigkeit geben wird. Die Zeit fordert persönliche Opfer. Die Gemeinsamkeit des Opfers führt zu einer lebendigen Gemeinschaft, zum Volks- und Nationalstaat. Wir haben die Pflicht, in Erkenntnis der Not unseres Vaterlandes dem volkszersetzenden Radikalismus die Stirn zu bieten in zielbewußter, sozialer und nationaler Arbeit.

„In diesen Zeiten schwerster Not rufen wir alle Frauen unseres Wahlkreises auf, sich den freien wie auch den städtischen Wohlfahrtsorganisationen zur Verfügung zu stellen. Wir halten es in der gegenwärtigen ersten Zeit für unbedingt notwendig, daß gerade wir, denen die Mitarbeit an der Linderung sozialer und wirtschaftlicher Notstände aus politischer Ueberzeugung eine staatsbürgerliche Verpflichtung ist, bereit sind, helfend einzugreifen, jedes nur wirkliche Opfer an Zeit und Mitteln zu bringen und die Verantwortung am Ergehen der Millionen oft unverschuldet in die ärmlichsten Verhältnisse hineingedrängten Mitmenschen tragen zu helfen. Wir glauben, den kürzesten, besten und erfolgreichsten Weg zu gehen, wenn wir unsere Kräfte den vorhandenen Wohlfahrtsorganisationen anbieten.“

Mit der Tat den Dienst am Vaterlande zu beweisen, den Hunger der Mitbürger zu stillen, seine Sorgen und Ängste zu verringern, ist Pflicht in der Stunde der Not!

Helfe jede, die sozial und national, demokratisch fühlt!

Jede einzelne muß mit ihren Mitteln beitragen, muß ihre Kraft in den Dienst der Sache stellen, muß helfen, dieser Massennot zu steuern mit Massenhilfe!

Die Zeit drängt!

Die Not wächst!

Weihnachten steht vor der Tür!“

Personalien

Dank an Rönneburg.

Der langjährige demokratische Reichstagsabgeordnete Rönneburg, allen Parteifreunden als ideen- und kenntnisreicher, ziel-sicherer Agrarpolitiker bekannt, ist aus seiner bisherigen Tätigkeit als Staatskommissar zur Stützung des ostpreußischen Gütermarktes in die Oststelle bei der Reichskanzlei berufen worden, der die Durchführung der Osthilfe obliegt. Wir vertrauen darauf, daß Rönneburg auch an dieser Stelle dank seiner überlegenen Sachkenntnis, seines unabhängigen Urteils und seines Verantwortungsbewußtseins führend sein wird. Was er in Ostpreußen in anderthalb Jahren an tatkräftiger Förderung der Siedlung, an gerechter Verteilung der Umschuldungskredite geleistet hat, wird nicht vergessen werden. Wir freuen uns deshalb, von einem Brief des Preußischen Landwirtschaftsministers an Rönneburg berichten zu können, in dem es u. a. heißt:

„Sie haben in der Zeit vom 1. Juni 1929 bis zum 31. Oktober 1930 als Staatskommissar zur Stützung des ostpreußischen Gütermarktes die Maßnahmen zur Sanierung der ostpreußischen Land-

wirtschaft mit dem Einsatz Ihrer ganzen Persönlichkeit gefördert und insbesondere auch auf dem Gebiete der im Interesse der Er-starkung des Bauerntums gelegenen Anliegersiedlung erfreuliche Erfolge erzielt. Ich spreche Ihnen im Namen des Preußischen Staats-ministeriums für Ihre an verantwortungsvoller Stelle geleistete, schwierige Arbeit Dank und Anerkennung aus."

Im Hinblick auf die unberechtigten Angriffe, die gegen den Reichs- und Staatskommissar Rönneburg von Interessentenseite und der ihr nahestehenden Presse — nicht zuletzt auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege vergiftender „vertraulicher“ Korrespondenzen — gerichtet worden sind, ist das Schreiben des Preußischen Land-wirtschaftsministers mit besonderer Befriedigung zu begrüßen.

Adolf Damaschke 65 Jahre.

Der Führer der deutschen Bodenreformer, Adolf Damaschke, be-ging am 24. November seinen 65. Geburtstag. Ursprünglich Lehrer, wurde er zum Volkspädagogen und Vorkämpfer der Bodenreform. Politisch trat er erstmalig in der Nationalsozialen Partei Friedrich Naumanns hervor. Im Jahre 1920 war er demokratischer Reichstagskandidat in Frankfurt/Oder. Die amt-lichen Stellen erkannten seine Arbeit durch die Berufung zum Vor-sitzenden des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichs-arbeitsministerium an. Seine Lebensarbeit ist der Kampf für ein deutsches Bodenrecht, die in dem Bund deutscher Bodenreformer freudigen Widerhall und Unterstützung findet. Wenn auch noch nicht alle Bestrebungen Damaschkes durchgesetzt wurden, so ist heute doch schon vieles von dem, wofür er gekämpft und noch kämpft, geistiges Allgemeingut geworden. Der Reichspräsident und der Reichskanzler übermittelten dem großen Bodenreformer ihre Glückwünsche. Auch die Deutsche Staatspartei hat an Adolf Damaschke ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

Senator Eckholdt 60 Jahre.

Am 27. November feierte Senator Heinrich Eckholdt, der Führer der Lübecker Staatspartei, seinen 60. Geburtstag. Als gebürtiger Hamburger war er zunächst Kaufmann. Von 1892 bis 1902 war Eckholdt bei der Schutztruppe in Südwest und verließ nach zehn-jähriger Pionierarbeit die junge deutsche Kolonie. In Lübeck be-tätigte sich Senator Eckholdt in der Kommunalpolitik und wurde im Jahre 1926 in den Senat gewählt, nachdem er schon einige Jahre der Lübecker Bürgerschaft als Vorsitzender der Deutschen Demokrati-schen Fraktion angehört hatte. In Lübeck wurde durch seine Initiative als Vorsitzender der Oberschulbehörde zum ersten Male in Deutschland das System der Einheitsschule voll durchgeführt.

Dr. Satz (Frankfurt/Oder) 50 Jahre.

Studienrat Dr. Satz in Frankfurt/Oder, der als langjähriger Wahlkreisvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei im Wahlkreis Frankfurt/Oder-Grenzmark sich tatkräftig für den repu-blikanischen Gedanken eingesetzt hat, feierte am 13. November seinen 50. Geburtstag.

50 Jahre „Laubaner Tageblatt“.

Das „Laubaner Tageblatt“ blickt am 16. November auf ein 50 jähriges Bestehen zurück. Es ist stets ein Kämpfer für das frei-heitliche Bürgertum gewesen und hat, fest in dem Heimatboden ver-wurzelt, eine Tradition geschaffen, auf die das „Laubaner Tageblatt“ stolz sein darf.

Kampf und Werbung

In Sachsen zieht die Volkspartei nach rechts.

Die Landtagspräsidentenwahl ließ tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der DVP. zutage treten, die die „N.L.C.“ (230. 26. Nov.) nur als rein taktischer Art innerhalb des sächsischen Landesverbandes aufgefaßt wissen will. Der Fraktionsvorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Blüher, hatte sich namens der Fraktion gegen den nationalsozialistischen Kandidaten Kunz ausgesprochen und diesem damit 14 bürgerliche Stimmen entzogen. Dadurch kam der sozialdemokratische Kandidat durch. Die Haltung Dr. Blühers hatte im Lande lebhaften Protest hervorgerufen, der seinen Höhepunkt in der ebenso disziplin- wie taktlosen Erklärung des Abg. Hardt fand, in der dieser öffentlich feststellte, daß er der Fraktionsparole Dr. Blühers nicht gefolgt sei und seine Stimme für die Nazis abgeben habe. Der Parteivorstand des Wahlkreises Ostsachsens befaßte sich mit der Angelegenheit. Er sprach dem Abg. Hardt die Billigung seines Verhaltens aus, und das einstimmig! Weiterhin sprach man mit ebensolcher Einstimmigkeit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Blüher die Mißbilligung aus und verlangte von ihm die inzwischen erfolgte Niederlegung seines Mandates. Sein Nachfolger ist der im extremsten Rechtskurs steuernde volksparteiliche Parteisekretär Dieckmann, der als Kandidat sowohl bei der Landtags- wie der Reichstagswahl durchgefallen war.

Geradezu unglaublich mutet auch die Forderung des oben schon genannten Vorstandes an, daß der mit den Stimmen der Sozialdemokraten als Gegenkandidat des Nationalsozialisten Kunz zum ersten Vizepräsidenten gewählte volksparteiliche Abg. Prof. Dr. Hickmann sein Amt niederlegen solle. Man vertrat den Standpunkt, daß ein durch sozialdemokratische Stimmen gewählter Vizepräsident für die Fraktion unerträglich sei.

Auch in Thüringen geht der Kurs nach rechts.

In Thüringen hat die Volkspartei sich offen zu den Gegnern der Regierung bekannt. Sie stimmte mit der Rechtskoalition für die nationalsozialistischen Minister Frick und Marschler einer Erklärung zu, in der dem Reichsinnenminister als einem Angehörigen „des schwarzen reaktionären Zentrums“ vorgeworfen wird, „in unerhört verfassungswidriger Weise die Zerstörung der finanziellen Existenzgrundlagen des Landes Thüringens“ zu betreiben. Wenn es nun aber in der Erklärung weiter heißt, daß der Reichsinnenminister als Zentrumsangehöriger „das durch seine evangelische Tradition bekannte Land Thüringen in der ungerechtfertigsten Weise mit seinem parteipolitischen Haß verfolgt und sein Amt als Reichsinnenminister einseitig dazu mißbraucht, dem Lande Thüringen und seiner durchweg in einem anderen weltanschaulichen Lager stehenden Bevölkerung schwersten Schaden zuzufügen“, so müssen wir das als eine wissentliche Fälschung und Verschiebung der Grundlagen bezeichnen, für die kein Ausdruck der Verurteilung scharf genug sein kann. Außerdem mutet es eigenartig an, wenn ausgerechnet die Nationalsozialisten über katholische Volksgenossen herfallen, da ein großer Teil ihrer Führer selbst dieser Kirche angehört. Haben wir schon alle Ursache, die politischen Manöver der Nazis als demagogisch zu verurteilen, so müssen wir mit aller Entschiedenheit Front gegen eine konfessionelle Aufputscherei durch Gewissenlosigkeit und reinem Eigennutz machen. In der nationalsozialistischen Erklärung heißt es, daß diese Vertrauenskundgebung für die thüringische

Regierung „als eine Demonstration gegen den Herrn Reichsinnenminister“ aufzufassen sei, daß die „sich zum nationalen Gedanken bekennenden thüringischen Parteien geschlossen sich zur Wehr setzen und sich dagegen verwahren, daß ihre engere Heimat zum Opfer parteipolitischen Hasses und parteipolitischer Willkür wird“. Die Vertreter der Volkspartei, für die der Abg. Witzmann sprach, betonten, daß ihre Zustimmung nicht als Revision ihrer Stellungnahme in der Vergangenheit zu werten sei, sondern daß sie die Brücke bilden soll für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Zukunft. Die DVP. sei mit den anderen Parteien einig im Abwehrkampf gegen Dr. Wirth. Das ist die praktische Politik einer Partei, die selbst in der Regierung vertreten ist, gegen deren Vertreter sich diese Angriffe richten in einem Augenblick, in dem es darauf ankommt, diese Regierung für die Durchführung des Sanierungsprogramms so stark als möglich zu erhalten.

DVP. und Wirtschaftspartei.

In der Nationalliberalen Correspondenz (N.L.C., Nr. 250) findet sich ein Artikel „Flucht der Wirtschaftspartei?“. In diesem Artikel heißt es: „Die Stellung der Deutschen Volkspartei zum Kabinett Brüning bleibt die alte. Das Reichskabinett handelt unter eigener Verantwortung, die Reichstagsfraktion der DVP. auch. Die DVP. kann und wird aber das Kabinett nur solange unterstützen, als es tatsächlich unter Ablehnung aller sozialistischen Ideen und Einflüsse auf dem eingeschlagenen Wege bleibt. Deshalb der erneute dringende Appell an die Wirtschaftspartei, die erbetene Auskunft klar und offen zu geben.“ Es handelt sich bei dieser Auskunft um die nähere Angabe der Gründe, die die Wirtschaftspartei zur Zurückziehung des Justizministers veranlaßt haben. Wir zitieren die „N.L.C.“, ohne irgendwelche Schlüsse daraus zu ziehen; wir haben Takt genug, um in ein zart sich anspinnendes Verhältnis mit grausamer Hand hineinzufragen oder davon weiter zu erzählen.

Die „deutsche“ Mittelstandspartei schützt das internationale Großkapital.

Im Sächsischen Landtag sind die Beziehungen des der Wirtschaftspartei angehörenden früheren sächsischen Finanzministers Weber zu dem Kohlenmagnaten Ignatz Petschek erörtert worden. Die Wirtschaftspartei hat eine rückhaltlose Kritik sämtlicher Fraktionen an ihrem zweideutigen Verhalten über sich ergehen lassen müssen, bei der die Ausführungen des demokratischen Abgeordneten Brettschneider besonderen Eindruck machten. Ein solches Maß politischer und wirtschaftlicher Ahnungslosigkeit wie das des Ministers Weber sei unglaublich. Das Finanzministerium müsse doch zum mindesten orientiert gewesen sein; aus dessen Akten gehe manches hervor, was mit den Verteidigungsversuchen Webers in Widerspruch stehe. Ein Versuch des wirtschaftsparteilichen „Führers“, die Verantwortung für die Beziehungen zu Petschek auf seinen Vorgänger in der Leitung des sächsischen Finanzministeriums abzuwälzen, fand nur die berechtigte Empörung des Hauses.

Finanzminister Weber hatte unmittelbar nach seinem Amtsantritt den zum sächsischen Mittelstand gehörenden sächsischen Kohlenfirmen die Lieferungen für sein Ministerium entzogen und sie Petschek übertragen. Petschek hat das Ministerium in dem strengen Winter 1929 nicht genügend beliefert, so daß dieses eine Mittelstandsfirma angehen mußte, die ihm auch aushalf. Von dem Dresdener Kontor Petscheks wird das in Abrede gestellt, und zwar unter Beifügung eines Attestes, in dem das Wirtschaftsministerium erklärt,

Petschek sei während der Kälteperiode 1928/29 seinen Verpflichtungen nachgekommen. Diese Erklärung des Ministeriums stellt sich jetzt als eine Unwahrheit heraus. Aus einer Akte des Ministeriums geht hervor, daß die Hausverwaltung dem zuständigen Ministerialreferenten im August 1929 mitgeteilt hat, daß im Winter 1928/29 die Lieferung der Petschek-Gesellschaft stockte und die Vorräte des Ministeriums abnahmen, so daß der frühere Lieferant aushelfen mußte. In einem Brief bestätigt Minister Weber das selbst. Dieser zum Mittelstand gehörende Dresdener Kohlenhändler sprach in einem Schreiben an das Ministerium die Erwartung aus, wenigstens für den nächsten Winter Aufträge zu erhalten. Daraufhin wurde ihm mitgeteilt, daß im Interesse der allgemeinen Wirtschaft es für billig gehalten werden müsse, auch einmal andere Händler zu den staatlichen Lieferungen heranzuziehen. Die Petschek-Gesellschaften erhielten für das Jahr 1929/30 wiederum die Lieferung. Das Schriftstück, das den für den Dresdener Mittelstand abschlägigen Bescheid zugunsten der Großfirma Petschek enthielt, trägt die Unterschrift des Herrn Ministers Weber, des Vertreters der Reichspartei des deutschen Mittelstandes.

Sozialdemokratie und Reichswehr.

Der Reichstagsabgeordnete Seger (Dessau), früherer Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, hat in einer Versammlung der Liga für Menschenrechte geäußert, man müsse die Reichswehr diffamieren und einige seiner Freunde hätten dabei schon recht hübsche Erfolge erzielt. Die Öffentlichkeit sei so zu erziehen, daß sie jeden Reichswehrsoldaten betrachte, als ob er von einer Pest befallen sei. Dazu bemerkt die Reichsbannerzeitung u. a.: „Da wir unlängst erst feststellen konnten, daß nunmehr auch der Abgeordnete Seger seinen Beitritt zu unserem Bunde vollzogen hat, sind bei der Bundesleitung außerordentlich zahlreiche besorgte Anfragen aus Kameradenkreisen eingelaufen. Ohne den weiteren Feststellungend er Sozialdemokratischen Partei und ihrer Reichstagsfraktion vorzugreifen, sei hier eindeutig festgestellt, daß, falls Seger wirklich so gesprochen haben sollte, das Reichsbanner mit solchen Auffassungen nichts zu schaffen hat, sie vielmehr schroff ablehnt. So wenig wir das Recht und die Pflicht zur Kritik auch an der Reichswehr uns nehmen lassen wollen, so sehr lehnen wir jede Unsachlichkeit und Gehässigkeit ab. Ganz besonders wenden wir uns gegen jede persönliche Antastung des deutschen Berufssoldaten, der Fleisch von unserem Fleische, Blut von unserem Blut ist und der, wie wir alle, den breiten Massen des werktätigen Volkes angehört...“

Wir begrüßen diese Stellungnahme. Wir haben ihr nur hinzuzufügen, daß Äußerungen wie die von Seger vermutlich bei Hitler reinste Freude hervorrufen dürften. Sie sind ausgezeichnet geeignet, Erscheinungen zu fördern, wie sie in Ulm zutage getreten sind. Im übrigen dürfte Segers Rede auch die letzten Zweifel — soweit sie noch vorhanden sein sollten — am Wesen und Wirken der Liga für Menschenrechte ausräumen.

Grzesinski und die Studenten.

Der Berliner Polizeipräsident hat es für nötig gehalten, gegen Studenten, die der Ausführung von Bestimmungsmensuren verdächtig waren, Polizei einzusetzen, als ob es sich um eine Razzia im Scheunenviertel handle. Hat die Schutzpolizei augenblicklich keine andere Aufgabe als die, einem keineswegs staatsgefährlichen studentischen Brauch Wichtigkeit beizulegen wie einem Kreuzzug gegen die Republik? Herr Grzesinski weiß natürlich nicht, daß sich viele ver-

antwortungsbewußte Männer der alten Generation bemühen, die waffenstudentische Jugend von den Torheiten und Phantasien der Nationalsozialisten zu kurieren. Diese Arbeit braucht ihre Zeit. Aber täppisches Dreinschlagen, wie es Herrn Grzesinski beliebt, macht sie aussichtslos. Polizeiterror gegenüber der Studentenschaft hat noch immer versagt. Ereignisse des 19. Jahrhunderts und die Folgen der Berliner Aktion vom 28. Juni 1929 beweisen das.

Man mag über Bestimmungsmensuren verschiedener Meinung sein. Es gibt auch ehemalige Waffenstudenten, die sie für überlebt halten. Durch Zwang aber wird man sie nicht aus der Welt schaffen. Der demokratische Abgeordnete Ehlermann hat sich seinerzeit im Strafrechtsausschuß des Reichstags auf den Standpunkt gestellt, daß ein gesetzliches Verbot verfehlt sei, und daß man auf den evolutionären Wandel der Anschauungen vertrauen müsse.

Bestimmt ist es nicht die Aufgabe des Berliner Polizeipräsidenten, Entwicklung zu „machen“. Herr Grzesinski hat die Berliner Polizei zu verwalten, er hat sie gut zu verwalten und sonst nichts.

Die rote Fahne des Oberpräsidenten.

Oberpräsident Lüdemann in Breslau, Sozialdemokrat, hat es für richtig befunden, am 9. November neben der schwarz-rot-goldenen die rote Fahne zu zeigen. Ob es sich dabei um das Fenster einer Privatwohnung, einer Dienstwohnung oder einer mit staatlichen Zuschüssen gemieteten Privatwohnung handelt, ist völlig unerheblich. Die Handlungsweise des Oberpräsidenten Lüdemann ist mit allem Nachdruck unter Ausschließung mildernder Umstände zu verurteilen. Die rote Fahne ist das Symbol des internationalen proletarischen Klassenkampfes. Sie ist Ausdruck eines gegenüber dem privatwirtschaftlich fundierten Nationalstaat feindlichen Willens.

Die Handlungsweise des Oberpräsidenten Lüdemann ist nicht nur taktlos und politisch verfehlt, sondern zeigt auch, daß er sich den Begriff der Staatsautorität nur in geringem Umfang zu eigen gemacht hat. Die Preußische Regierung ist in häufig kritisierten Bemühungen bestrebt gewesen, die Beamtenschaft zur Disziplin gegenüber den verfassungsmäßigen Reichsfarben zu erziehen. Wohin soll ein Staat gelangen, wenn der höchste Repräsentant der Staatsautorität in der Provinz Schlesien glaubt, seiner persönlichen Ueberzeugung, die ihm niemand rauben will, nach Gutdünken Ausdruck gibt? Es gibt kein verschiedenes Recht für hohe und mittlere Beamte, es gibt nur eine Staatsautorität, der sich jeder Diener des Staates unterzuordnen hat.

Jüdische Kunst bei den Nazis.

Offenbar können die Hakenkreuzler ohne die Juden nicht auskommen. In großer Aufmachung meldete der „Völkische Beobachter“, daß die „Nationalsozialistische Filmbühne“ in Berlin am 2. November 1930 mit dem Film „Die letzte Kompagnie“ werde eröffnet werden. Einige Tage vorher konnte die „Rote Fahne“ über die Mitarbeiter und Darsteller dieses Films folgende Feststellungen machen: „Der treuteutsche Heldenfilm ‚Die letzte Kompagnie‘ wurde von dem Juden Kurt Bernhardt inszeniert, die Produktion lag in den Händen des Juden Joe May, der eigentlich auf den Namen Josef Mandel hört, unter den Heldengestalten der Grenadierschauspieler befinden sich die Juden Granach und Ferdinand Hart und die Musik stammt von Ralph Benatzky, dessen Namen auch nicht sehr arisch klingt.“

Grundsatzloses Demagogentum.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages haben sich in diesem Herbst die Nationalsozialisten um die Wette mit den Kommunisten in Demonstrationsanträgen bemerkbar gemacht, in denen sie Winterbeihilfen für die Sozial- und Kleinrentner forderten. Im Reichstag konnten sie die Rolle eines sozial gesinnten Menschenfreundes spielen, weil sie genau wußten, daß ihre Anträge, die das Reich mit Hunderten von Millionen belasten würden, doch abgelehnt werden würden. Ganz anders benehmen sich die Hakenkreuzler aber dort, wo sie die Verantwortung tragen müssen. Im Thüringer Landtage hatte die kommunistische Fraktion ebenso wie im Reichstage eine Reihe von Anträgen auf Winterbeihilfe für die Erwerbslosen und Sozialrentner gestellt. Nachdem die Frick-Regierung hatte erklären lassen, daß es angesichts des Defizits ihr unmöglich sei, auch nur einen Pfennig zu zahlen, lehnten die Nationalsozialisten wie schon vorher im Haushaltsausschuß so auch im Plenum am 24. November 1930 dieselben Anträge, die sie im Reichstagsausschuß aus demagogischen Gründen angenommen hatten, in Thüringen ab.

Presseumschau

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet über die Gehaltskürzungen in Italien:

„Während Deutschland, um zur Gesundung seiner Finanzen zu kommen, die Gehälter der Beamten seit dem 1. September 1930 durch die Reichshilfe um $5\frac{1}{2}$ v. H. vermindert und sie ab 1. Februar 1931 um weitere $2\frac{1}{2}$ v. H., zusammen also in zwei Staffeln um 6 v. H. herabgesetzt, nimmt das faschistisch regierte Italien zum ähnlichen Zweck gleich einen kräftigen Messerschnitt vor. Mit nur zwölftägiger Zwischenzeit wird den sehr mäßig bezahlten italienischen Staats- und Kommunalbeamten und den Beamten der öffentlichen Betriebe eine Kürzung ihrer Bezüge um 12 v. H. zum 1. Dezember angekündigt. Der Satz steigt schon bei Gehältern von 60 000 Lire (das sind 13 200 RM) auf 35 v. H. an. Diese drakonische Maßregeln treffen etwa 500 000 Personen. Sie werden durchgeführt, ehe eine fühlbare Preissenkung erreicht ist. Eine allgemeine Lohnsenkung bei der Arbeiterschaft soll nachfolgen. Dazu bedarf es keiner langen Tarifverhandlungen und Auseinandersetzungen, denn der faschistische Grundsatz des unbedingten Vorrangs der staatlichen Anforderungen vor dem Verlangen der Erwerbsklassen ermöglicht ohne weiteres, die Lohnbestimmungen der Arbeitsverträge umzuändern. Ferner muß man bedenken, daß in „dem klassischen Land des Steuerdrucks“, wie man Italien genannt hat, die Einkommensteuer schon bei niedrigen Verdiensten viel höhere Sätze erreicht als bei uns. Ein Verheirateter mit zwei Kindern, der 500 RM im Monat verdient, zahlt zum Beispiel in England keine Einkommensteuer, in Frankreich 1,6 v. H. und in Deutschland 4,8 v. H. seines Bruttoverdienstes; dagegen zahlt er in Italien 10,9 v. H. Ebenso ist die indirekte Besteuerung außerordentlich hoch. Die Zuckersteuer beispielsweise beträgt 4 Lire oder 0,88 RM je Kilogramm. Diese Zahlen und Vergleiche zeigen, daß in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise auch ein diktatorisch regiertes Land, sogar in noch viel schärferer Form, Maßnahmen durchführen muß, derentwegen die Regierung Brüning dauernd von den Anhängern dieser Staatsform heftig angegriffen wird.“

Bücherschau

Berthold von Deimling: Aus der alten in die neue Zeit. Verlag Ullstein, Berlin. 184 S. Preis brosch. 5,50 RM. In Leinen 7 RM.

Die Lebenserinnerungen des Generals dürfen besonderes Interesse beanspruchen. Hier spricht ein Mann, der in dankbarer Erinnerung an die vergangene Zeit in jugendlicher Begeisterungsfähigkeit an den Aufgaben der Gegenwart mitarbeitet. Frisch und knapp, anekdotenhaft erzählt er, was er während seiner militärischen Laufbahn erlebte. Besonderes Interesse erweckt die Schilderung des südafrikanischen Feldzuges, dann die Darstellung der Zabernaffäre, sowie auch der Gegensätzlichkeit zwischen dem General und Korpskommandeur im Westen und dem Generalstab unter Ludendorff, deren Folge das Ausscheiden Deimlings aus dem aktiven Dienst war. Das Buch ist wie der Mann: wahrhaft, kurz, klar und lebendig.

H. G. Erdmannsdörffer: Wahlrecht in Gefahr! Die seltsamen Pläne der Reichsregierung. Sieben-Stäbe-Verlag, Berlin 1930. 56 Seiten.

Der Reichswahlgesetzentwurf der Regierung ist mitten im Wahlkampfe veröffentlicht worden. Der neue Wahlrechtsplan hat deshalb kaum genügende Aufmerksamkeit, bestimmt nicht die notwendige Würdigung in der Presse gefunden. Da ist es erfreulich, daß ein Mann, dessen Spezialität die Wahlrechtsfrage ist, hier mit Sachkunde an den Entwurf herantritt, vor dessen Annahme er auf das nachdrücklichste warnt. Erdmannsdörffer weist nach, daß der eigentliche Zweck des Entwurfs der

ist, den Mittelparteien das Leben schwer zu machen und sie so zu einem Zusammenschluß zu zwingen. Wenn einmal die Wahlrechtsfrage auf der Tagesordnung steht, dann wird man auch zu Erdmannsdörffers Kritik greifen.

Ernst H. Posse: Die politischen Kampfbünde Deutschlands. Juncker u. Dünhaupt Verlag, Berlin 1930. 98 S. Preis brosch. 4,— RM.

Wer sich kurz über die Deutschen Wehrverbände orientieren möchte, findet in diesem Buch manchen Hinweis. Das erste Kapitel behandelt die geschichtlichen Voraussetzungen ihrer Entstehung und die Bedeutung der Kampfbünde. Weniger kann man sich aber mit der Darstellung der einzelnen Bünde einverstanden erklären, bei der der Verfasser seine wenigstens im ersten Kapitel noch teilweise gewährte politische Objektivität verläßt. Am besten kommt bei dieser Darstellung der Stahlhelm weg, bei der einige uns wesentlich erscheinende Momente aus seiner Entwicklung ganz außer acht gelassen sind. Um nur einiges zu nennen, so fehlt unter den Botschaften und Entschlüssen des Stahlhelms die berühmte Haßbotschaft von 1928. Es fehlt eine Würdigung oder Erklärung des mehr als zweideutigen Verhaltens der beiden Führer gegenüber Hindenburg, es fehlt eine Erwähnung jenes Gesetzentwurfs, der die Behauptung von einer Kriegsschuld Deutschlands mit Zuchthaus bestrafen wollte. Auch die Hitlerischen Sturmabteilungen sind in die Kampfbünde eingereiht, obwohl sie doch ihrer Natur nach etwas ganz anderes sind. Sie erscheinen bei Posse als recht harmlose Vereinigungen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 68, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

11. Jahrgang * Berlin, 20. Dezember 1930 * Nummer 23

Weihnacht in der Politik

Von Otto Baumgarten.

„Friede auf Erden!“ Das ist die alte Weihnachtsbotschaft. Dringt sie auch heute noch an das Ohr, in das Herz unseres Volkes? Kann sie noch hindurchdringen durch den Kriegslärm, der uns von allen Seiten umgibt? Wir empfinden angesichts der internationalen wie der nationalen Politik das „Friede auf Erden!“ nahezu als eine Utopie aus dem bodenlosen Wunschland. Was ist denn von der Friedenspolitik im Völkerbund übriggeblieben, nachdem selbst ein Lord Cecil die entschlossene Friedens- und Abrüstungsforderung Hendersons in eine völlig unverbindliche Abrüstungsbereitschaft umgewandelt hat? Wie schwer ist es uns Freunden des Völkerbunds gemacht, den Glauben an ihn als eine Hoffnung der Friedensfreunde in unserem Volk zu verbreiten? Und das unbestreitbare Anwachsen der nationalsozialistischen Flut in unserem Volk, die von solcher Verzweiflung vor dem Erfolg unserer Stresemannschen Erfüllungs- und Abrüstungs-Friedenspolitik ihre Hauptkraft zieht, verbreitet Friedlosigkeit, Zersetzung der Volkseinheit, Judenhaß und Sozialistenhaß, in immer weiteren Kreisen, sonderlich der deutschen Jugend, die in den sich täglich drängenden Kundgebungen, in den Bombenleger- und ähnlichen Prozessen, in der Lektüre der roten Flugblätter, die neue Moral der „übergesetzlichen Notstände“ lernt!

Aber gerade um dieser vielseitigen Zersetzung des Friedensgedankens willen soll das Weihnachtsfest alle, die an der Wiege Christi, des Friedensfürsten, mitfeiern, erfüllen mit dem Verpflichtungs- und Verantwortlichkeitsgefühl für das Kommen des Friedens in unser Volks- und Weltleben. Wenn je eine Zeit geradezu schrie nach Erfüllung der Friedenssehnsucht, dann ist es die unserige. Wir mögen nun Pazifisten von reinem Wasser, aus Glauben und Grundsatz sein, oder „Zwangspazifisten“ seit der Verwandlung des Krieges zu einem reinen Maschinen- und Giftmorden und seit dem Untergang der deutschen Militärmacht, so sind wir doch einig in der Ablehnung des Krieges. Denn wir haben es erlebt und erleben es gerade jetzt an der Krisis in Amerika, daß das Resultat selbst eines siegreichen Weltkriegs — und andere als Weltkriege sind nicht mehr denkbar — kultureller Rückgang, Verarmung und Verhetzung der Völker ist. Und darum muß die Versenkung in die Weihnachtsbotschaft die erneute Bekräftigung der Entschlossenheit sein, durch eine Politik der Völker- und Volksgruppenversöhnung, durch eine grundsätzliche Be-

kämpfung aller völker- und volksverhetzenden Politik das Unsrige zu tun zur Ueberwindung jener zerstörenden Mächte, die am Ende mit ihrem Frieden auch sich selbst zugrunde richten.

Es gehört zu den unaufgebbaren Symbolen der Weihnacht, daß wir einander beschenken. Unter dem Weihnachtsbaum mit der Friedensbotschaft steht der Beschertisch mit den Gaben des Friedens und der Liebe. Am Ende geht der Friede im Volk und unter den Völkern aus von dem Frieden unter den Hausgenossen und Nächsten. Es ist von größter Bedeutung, daß die Sitte des wechselseitigen Beschenkens, das nach einem christlichen Grundgesetz auf die Bedürftigen im nächsten Kreis ausgedehnt wird, nicht aufgegeben werde. Denn darin verkörpert sich der den Ausgleich der Gegensätze in Besitz und Einnahme bewirkende soziale Hilfstrieb. Es darf nicht leicht genommen werden, wenn diese Betätigung der Liebes- und Friedensgesinnung durch die öffentliche und allgemeine Verarmung weithin lahmgelegt wird. Nicht nur die schwere Schädigung des Einzelhandels und des Handwerks, die daraus unmittelbar folgt, noch mehr die Rückwirkung solcher Hemmung auf die karitative Gesinnung muß da im Auge behalten werden.

Trotzdem darf der Regierung und den Kommunen wie den einzelnen Geschenkgebern kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie ihre Ausgaben für Weihnachtsgeschenke diesmal erheblich einschränken, sogar ganz unterlassen. Am Ende handelt es sich hier vielfach um force majeure. Es ist sehr einfach, wenn gewisse Gruppen und Parteien zwangtorisch verlangen, daß den Notleidenden auch diesmal zuteil werde, worauf sie sich eingerichtet haben; aber solche allgemeine Forderung muß, soll sie ethisch verantwortlich sein, von dem Nachweis begleitet sein, wie die Mittel dazu zu beschaffen sind. Wie man einem Familienvater es als unverantwortlichen Leichtsinn anrechnen wird, wenn er sich nicht nach der Decke strecken wird, die so arg verkürzt ist, wie man ihm nur dann die zeitweilige Verausgabung besonderer Geldmittel zugute halten wird, wenn er nach dem Feste den Mehraufwand durch Einsparung auszugleichen in der Lage ist, so müssen wir es für unverantwortlich von Staat und Kommune erklären, wenn sie durch Weihnachtsspenden aus nicht vorhandenen Fonds die kaum sanierten Finanzen wieder aus dem Gleichgewicht bringen.

Von solchen Fällen aber abgesehen, bleibt es eine Ehrenschild eines christlichen Staats- und Gemeinwesens, innerhalb der Schranken des Etats der überaus wichtigen und gesunden Praxis treu zu bleiben, dem Weihnachtsfest als der Feier der Friedens- und Liebesgesinnung seinen Charakter eines beglückenden Zusatzes zu der gewohnten Einnahme seiner bedürftigen Glieder zu belassen. Wir empfinden es mit Recht als das Zeichen eines bitteren Notstandes, wenn dem Schenk- und Feiertrieb und dem Verlangen nach einem gewissen Ueberfluß die gesunde Auswirkung versagt wird.

So liegt denn in der Armseligkeit des diesjährigen Weihnachtsfestes für unsere demokratische Politik ein starker Antrieb, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu heilen, die an solcher Unterbindung des normalen Feiertriebes schuld tragen. Daneben wünschen wir allen Lesern dieser Betrachtung von Herzen, daß es ihnen gegeben sei, auch aus dem Wenigen, das ihnen geschenkt wird, ein Mehr an dankbarem Genuß zu machen. Dazu möge die klare Einsicht in die politischen Zusammenhänge und unentweichbaren Notwendigkeiten unserer Lage beitragen!

Die ‚Notverordnung‘ des Reichspräsidenten

Von Friedrich Giese.

Wer auf dem Boden der republikanisch-demokratischen Verfassung des Reiches steht und in der parlamentarischen Regierungsform trotz einiger innerer Bedenken und äußerer Schönheitsfehler doch die für das Reich (nicht auch für die Länder) relativ beste Regierungsform erblickt, wird daraus auch die Folgerung ziehen müssen, daß alle wichtigeren Rechtsvorschriften des Reiches auf dem ordentlichen Gesetzgebungswege zustande gebracht werden sollten. Gleichwohl können in Zeiten der Not Situationen eintreten, in denen der Erlaß nicht nur, wie sonst, von Ausführungsbestimmungen, sondern auch von grundlegenden Rechtsvorschriften im Wege der Not- oder Ausnahmeverordnung unabweisbar, ja geboten erscheint. Diesem staatspolitischen Bedürfnis haben denn auch die Verfassungen des Reiches und der Länder weitgehend Rechnung getragen.

Notverordnung und Ausnahmeverordnung.

So kennen fast alle Landesverfassungen das Institut der echten Notverordnung, d.h. die Möglichkeit, daß die Regierungen in besonderen Notfällen und wenn der Landtag nicht versammelt ist, dringende Gesetze im Verordnungswege erlassen, die allerdings, sollen sie bestehen bleiben, der nachträglichen Genehmigung des Landtages bedürfen. Solche echten Notverordnungen sind der Reichsverfassung nicht bekannt. Der vor einigen Jahren unternommene Versuch, ein solches Notverordnungsrecht in die Verfassung einzufügen, ist daran gescheitert, daß man sich über den Träger des Rechts, ob Reichspräsident oder Reichsregierung, nicht einigen konnte. Dagegen kennt die Verfassung, gewissermaßen als Ersatz für das fehlende echte Notverordnungsrecht das durch die Ergebnisse genügsam bekannt gewordene Ausnahmeverordnungsrecht des Reichspräsidenten bzw. in ganz dringenden örtlichen Sonderfällen der Landesregierungen. Die beiden großen, berechtigtes Aufsehen erregenden sogenannten Notverordnungen, richtiger Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 und vom 1. Dezember 1930 haben diese außerordentliche Befugnis des deutschen republikanischen Staatsoberhauptes zum Bewußtsein gebracht, aber auch eine Reihe von Fragen staatsrechtlicher und staatspolitischer Natur entstehen lassen, zu denen sowohl der Staatsrechtler als ganz besonders der Staatspolitiker Stellung nehmen muß.

Könnte der Reichspräsident überhaupt und speziell im vorliegenden Fall aus dem geradezu berühmt. — um nicht zu sagen „populär“ — gewordenen Artikel 48 der RVerf. die Befugnis zu derartig umfassenden gesetzgeberischen Maßnahmen herleiten? Schon bei dieser grundlegenden Frage ist die staatspolitische Betrachtung durch eine staatsrechtliche Klarstellung bedingt.

Das Verordnungsrecht des Reichspräsidenten.

Es läßt sich nicht leugnen, daß der einem älteren Vorbilde entsprechende Artikel 48 von vornherein nicht so gedacht war, wie er heute ausgelegt wird. Man wollte dem Reichspräsidenten eine Art oberpolizeiliche Befugnis beilegen, um inneren Unruhen durch außerordentliche Sicherungsmaßnahmen begegnen zu können. Da man aber unterließ, dem Reichspräsidenten darüber hinaus ein echtes Notverordnungsrecht zuzugestehen, und anderseits unterließ,

das zur Normierung der Einzelfragen des Ausnahmeverordnungsrechts vorgesehene Ausführungsgesetz zu Art. 48 zustande zu bringen, so entdeckte der von seinem Kabinett verfassungsmäßig-konstitutionell beratene und unterstützte Reichspräsident alsbald in Art. 48 nicht nur eine Ausnahmeverordnungsbefugnis, sondern einen Notverordnungsersatz, von dem er in der Folgezeit einen außerordentlich ausgiebigen Gebrauch machte. So hat der Reichspräsident Ebert in über 100 Fällen Ausnahmeverordnungen erlassen, die weit über polizeiliches Gebiet hinausgingen, z. B. Verordnungen über Ausprägung von Rentenfennigmünzen und über die Erhöhung von Konsulatsgebühren. Sein Nachfolger, Reichspräsident von Hindenburg, war anfänglich äußerst zurückhaltend; dann aber hat er seinen Vorgänger noch weit übertroffen, indem er zwar nur einzelne Male, dann aber Ausnahmeverordnungen von einem inhaltlich schier grenzenlosen Ausmaß erließ. Wer von den beiden Verordnungen des Jahres 1930 auch nur die Inhaltsübersicht ansieht, wird diese Feststellung schon bestätigt finden. Daß solches Vorgehen des von den zuständigen Mitgliedern der Reichsregierung unterstützten Reichspräsidenten staatsrechtlich einwandfrei ist, kann nicht bestritten werden. Anders vielleicht, wenn man das in Art. 48 vorgesehene Ausführungsgesetz erlassen und wenn man neben dem Art. 48 ein besonderes Notverordnungsrecht mit bestimmten Rechtsschranken normiert hätte. Da beides nicht geschehen, ist die dem Reichspräsidenten zustehende Diktaturbefugnis auch in legislativer Beziehung eine ziemlich schrankenlose.

Verfassungsrechtliche Möglichkeiten.

Könnte der Reichspräsident denn aber auch im vorliegenden konkreten Sonderfall von seiner Ausnahmebefugnis Gebrauch machen? War er nicht dadurch an der Ausübung seines Rechts gehindert, daß am 26. Juli der Reichstag versammelt war und daß am 1. Dezember der Zusammentritt des Reichstags unmittelbar bevorstand? Diese Frage ist durchaus zu verneinen. Es handelt sich ja gar nicht um ein echtes Notverordnungsrecht, dessen Ausübung allerdings das Nichtversammeltsein des Parlaments voraussetzen würde; sondern es handelt sich um Ausnahmeverordnungen kraft des Art. 48, welcher keine dahingehende Schranke kennt, also die Ausübung des Rechts auch bei versammeltem bzw. bevorstehendem Reichstage gestattet. Ferner könnte eingewendet werden, daß die Befugnis als subsidiäre Maßnahme erst dann ausübbar sei, wenn zunächst das ordentliche Gesetzgebungsverfahren versucht, dieses aber durch Ablehnung der Gesetze im Reichstage gescheitert sei. Auch dieser Einwand ist weder durch den Wortlaut noch durch den Wortsinn des Art. 48 gerechtfertigt. Wenn die Regierung das Bestehenbleiben einer zu erlassenden Verordnung dadurch gefährdet sieht, daß eine Ablehnungsmehrheit gegenüber der förmlichen Gesetzesvorlage die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit für das Verlangen der Außerkraftsetzung der Ausnahmeverordnung verstärkt, so kann ihr auch rein staatsrechtlich nicht zugemutet werden, daß sie zunächst den Weg der ordentlichen Gesetzgebung gehe und dadurch ihre Chancen für die Aufrechterhaltung der Ausnahmeverordnung wie angedeutet verschlechtere. Endlich könnten Bedenken aus dem Inhalt der Ausnahmeverordnung hergeleitet werden. Es ist richtig, daß sie im Bestande des geltenden Rechtes furchtbar gehaust, daß sie nicht nur die wichtigsten Finanz- und Steuergesetze grundlegend verändert, sondern

auch dauerhaftere Gesetze wie Handelsgesetzbuch und Bürgerliches Gesetzbuch berührt hat. Könnte die Verordnung so weit gehen? Wo ist schließlich die Grenze? Könnte dann nicht eines Tages sogar das neue Strafgesetzbuch im Verordnungswege in Kraft gesetzt werden? Die folgerichtige Rechtsdeduktion darf in der Tat vor der Bejahung dieser Frage nicht zurückschrecken. Es bestehen allerdings nur zwei Schranken. Die eine Schranke ist darin zu erblicken, daß die legislative Maßnahme zur Wiederherstellung der gestörten oder gefährdeten öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötig war; diese Voraussetzung ist aber definitiv anerkannt und nicht mehr anzweifelbar, sobald der Reichstag das in ihm beantragte Verlangen der Außerkraftsetzung der legislativen Maßnahme abgelehnt hat. Die zweite Schranke bildet die RVerf.; zwar können gewisse Grundrechte — jedoch nur die in Art. 48 einzeln bezeichneten — vorübergehend suspendiert werden; im übrigen aber kann die RVerf. weder vorübergehend außer Kraft gesetzt noch überhaupt in ihrem Bestande angegriffen werden. So die ganz überwiegend herrschende, nur höchst vereinzelt (Carl Schmitt) einmal in Zweifel gezogene herrschende Lehre. Demnach durfte auch die neue Ausnahmeverordnung keine Vorschriften enthalten, die der RVerf. widersprachen. Ob letzteres der Fall sei, darauf möchte ich in diesem Zusammenhang nicht ausführlich eingehen, nicht ohne jedoch meine allerersten Bedenken gegen die Vorschriften der Ausnahmeverordnung über die Gehaltskürzung anzudeuten. Ueber diese Frage werden die ordentlichen Gerichte zu entscheiden haben.

Die staatspolitische Wertung.

Was nun die staatspolitische Wertung der Ausnahmeverordnung anlangt, so stehe ich nicht an, ihren Erlaß nicht nur als unbedenklich zu bezeichnen, sondern sogar positiv zu begrüßen. Gewiß bedeutet ihr Erlaß eine schwere Beeinträchtigung des parlamentarischen Grundprinzips und einen merklichen Schritt zur Diktatur. Indes dürfen in beiden Beziehungen die Bedenken gegen die getroffene Maßnahme nicht überspannt werden. Es liegt im Sinne der parlamentarischen Regierungsweise, daß das Parlament nicht unnötig ausgeschaltet werde. Solches ist aber hier auch gar nicht geschehen. Einmal war das Verlassen des ordentlichen Gesetzgebungsweges und das Beschreiten des legislativen Ausnahmeverordnungsweges nötig, nachdem aufgrund der sorgsamsten Ermittlungen des Reichskanzlers feststand, daß im Reichstag keine Mehrheit für die Annahme der von der Regierung mit vollem Recht, ja mit unterschiedener Pflicht als zur Vermeidung des finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs unvermeidbar notwendigen finanziellen und steuerlichen sowie wirtschaftlichen Gesetzesvorlagen zustande gebracht werden könne. Sodann entspricht es doch wohl durchaus den Tatsachen, wenn man annimmt, daß der Reichstag sich durch das unkluge und unpolitische Verhalten seiner Mehrheit bereits selbst ausgeschaltet hatte, folglich für die Regierung die Frage, ob man ihn ausschalten solle, längst gegenstandslos geworden war. Nicht die Regierung, sondern der Reichstag selbst hat durch Verkenntnis der Notlage des Reichs, durch Verletzung seiner zum mindesten staatspolitisch bestehenden Verpflichtung zur Bereitstellung der für die Deckung des absolut notwendigen Reichsbedarfs erforderlichen Mittel bzw. zur Herabsetzung der zur Erreichung dieses Zieles herabsetzungsfähigen Ausgaben seine parlamenta-

risch-politische Aufgabe im Reichsorganismus unerfüllt gelassen und dadurch die Regierung genötigt, diejenigen im Rahmen der Verfassung zulässigen Maßnahmen zu treffen, deren Nichtvornahme der Regierung selbst den Vorwurf der Pflichtvergessenheit eingebracht hätte. Und schließlich ist das parlamentarische Prinzip wiederhergestellt worden. Die Verordnung wurde getreu dem Verfassungsgebot dem Reichstag alsbald vorgelegt. Der Reichstag nahm mit Stimmenmehrheit davon Abstand, das Aufhebungsverlangen zu stellen. Damit hat die Verordnung volle Gesetzeskraft erlangt. Eine Änderung oder Aufhebung kann nur im Wege der Gesetzgebung oder gegebenenfalls einer neuen Ausnahmeverordnung erfolgen.

Illegale und legale Diktatur.

Immerhin erscheint der Erlaß der Verordnung als Ausfluß einer Diktatur. Man vergißt aber dabei die Unterscheidung einerseits von illegaler und legaler, anderseits von souveräner und kommissarischer (C. Schmitt) Diktatur. Die „Notverordnung“ entsprang einer durchaus legalen und durchaus verfassungsmäßigen Diktatur. Daß sie eine illegale diktatorische Maßnahme gewesen sei, wird keiner, der noch gesunde Sinne hat, behaupten können; sie war durchaus legal, rechtmäßig. Daß Art. 48 eine neben der Verfassung stehende sog. souveräne Diktatur im Sinne der Theorie von Carl Schmitt begründe, wird von der herrschenden Lehre mit Fug abgelehnt; Art. 48 läßt nur kommissarische, d. h. verfassungsgewollte und verfassungsfundierte, füglich auch verfassungsbeschränkte diktatorische Maßnahmen zu; also war auch die Verordnung des Reichspräsidenten vollauf verfassungsmäßig. Solchen Diktaturmaßnahmen aber, die mit der Verfassung im Einklang stehen, kann politisch keinerlei Bedenken vom Standpunkt der Diktatur aus anhaften. Und wenn sie verfassungsrechtliche Möglichkeiten restlos erschöpfen, kann daraus kein Vorwurf gegen sie hergeleitet werden. Ein Vorwurf trifft höchstens den Verfassungsgesetzgeber, der es unterlassen hat, Schranken zu ziehen. Aus dem Reichstag selbst sind Widerstände gegen das Ausführungsgesetz zu Art. 48 erwachsen; die Reichsregierung hat es an Vorarbeiten keineswegs fehlen lassen.

Einwand und Abwehr.

Nun noch einige Einzelheiten, die bei der staatsrechtlichen Betrachtung schon angedeutet wurden, deren staatspolitische Würdigung nachzuholen ist. Man könnte der Reichsregierung vorwerfen, daß sie nicht den Zusammentritt des Reichstages abgewartet, nicht den Versuch einer parlamentarischen Erledigung der Gesetzesvorlagen gemacht habe. Dieser Vorwurf würde unbegründet sein. Ob man wirklich bei der aufs höchste gestiegenen wirtschaftlichen und finanziellen Not auch nur noch einzelne Tage verlieren dürfte, scheint mir fraglich, wohl zu verneinen zu sein. Vor allem aber stand die Nichtannahme der Gesetze durch den Reichstag nach den Verhandlungen des Reichkanzlers mit den Fraktionsführern fest. Die Abstimmung wäre eine leere Form gewesen. Vollends aber brauchte die Regierung, ja dürfte politisch die Regierung die Abstimmung nicht abwarten, weil dadurch, wie schon oben angedeutet, die Chancen für das Bestehenbleiben der Ausnahmeverordnung wesentlich verschlechtert worden wären. Eine Fraktion oder ein Abgeordneter, der gegen die Gesetzesvorlagen gestimmt hätte, konnte schlechterdings hernach nicht gut mehr anders als für die

Außerkräftsetzung der Ausnahmeverordnung stimmen. Der Ablehnungsmehrheit gegenüber den Gesetzesvorlagen hätte die Ablehnungsmehrheit gegenüber der Ausnahmeverordnung entsprochen. Das Unterbleiben der ersteren Abstimmung ließ den Fraktionen und Abgeordneten logisch und politisch freie Hand für das Verhalten bei der Abstimmung über die Frage, ob die Außerkräftsetzung der Verordnung durch den Reichspräsidenten vom Reichstage verlangt werden solle. Auf den Inhalt der Verordnung soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Faßt man ihren Gesamthalt als ein geschlossenes Ganzes auf und erachtet man den Gesamtkomplex der getroffenen Maßnahmen als zur Sicherung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen unentbehrlich, so wird man auch alle Bedenken gegen Einzelvorschriften des großen Werkes zurückstellen müssen, zumal es ja dem ordentlichen Gesetzgeber durchaus unbenommen ist, jederzeit wieder Aenderungen vorzunehmen.

Notverordnung und Staatsgedanke.

Abschließend darf betont werden, daß die getroffenen Maßnahmen und erlassenen Vorschriften grundsätzlich wie konkret, im Ganzen wie im Einzelnen zur Sicherung der Wirtschaft und der Finanzen unentbehrlich waren. Dieses Ergebnis entspricht sowohl der allgemeinen staatspolitischen Wertung als auch speziell der vom Standpunkt der Deutschen Staatspartei aus vorgenommenen Würdigung. Danach ist der Parlamentarismus kein Selbstzweck, sondern Mittel zum höheren Zweck des Schutzes der Staatsgüter, der Stärkung der Staatsgewalt und der Festigung des Staatsverbandes. Erscheinen dafür andere Einrichtungen zweckdienlicher, so dürfen und müssen sie gehandhabt werden. Auch die deutsche Wirtschaft besteht nicht um ihrer selbst, sondern um des Staates willen. Gewiß wird der Staat, wie auch hier geschehen, alles tun, sie zu fördern und ihr die Lebensbedingungen zu erhalten, nicht jedoch um ihrer individuellen, sondern um seiner ureigenen sozialen Interessen willen. Darum muß auch das Wirtschaftsleben wie der einzelne, der Bürger schlechthin wie der Beamte im besonderen Opfer bringen, damit das Volksganze im gesicherten Staat gedeihen kann. Sonderinteressen erkennt die Deutsche Staatspartei nur deshalb und nur soweit an, als ihre Wahrung dem Sozialinteresse der Gesamtheit dienlich ist. Darum tritt sie für die Ausnahmeverordnung ein, weil diese bei aller Schwere der Eingriffe und bei aller Härte der Belastung jenes Grundprinzip wahrer Staatspolitik erfüllt und verwirklicht.

Stellung und Arbeit der Frau in der Staatspartei

Von Else Ulich-Beil.

Wem daran liegt, die politische Aktivität der Frau lebendig und für die deutsche Staatspartei wirksam zu machen, hat auch die organisatorischen Möglichkeiten neu zu prüfen. Es sei denn, er wäre so überzeugt von der Kraft und Lebendigkeit des bisherigen Aufbaus, daß ihm eine Aussprache darüber, wenn nicht überflüssig, so doch zum mindesten unangebracht erschiene.

Die Frauenarbeit der alten D.D.P. vollzog sich teils in besonderen Frauenausschüssen, teils im Rahmen der Gesamtpartei. Auf dem Berliner Parteitag war seinerzeit die Sonderorganisation der Frauen beschlossen worden und hunderte von Frauen haben sich daraufhin in der Folgezeit für die politische Arbeit der Partei zur Verfügung gestellt, sei es als Vertrauensfrau, als Haupt-Vertrauensfrau, als Vorsitzende von Frauenausschüssen oder als einfaches Mitglied, in ihrer Arbeit zusammengehalten einmal durch die Partei selbst und außerdem durch das besondere Organ des Reichsfrauenausschusses. Diese Arbeitsform entstand aus geschichtlichen und sachlichen Notwendigkeiten. Sie hatte ihre Vorteile, aber auch ihre unleugbaren Schwächen. Politische Sonderorganisationen sind immer dort am Platze, wo es sich um die Erziehung und Gewinnung von Gruppen handelt, deren anders gearteten Voraussetzungen und Bedürfnissen mit den Mitteln der allgemeinen Organisation nicht beizukommen ist oder denen man zum mindesten auf diesem Wege nicht gerecht wird. Dies traf auf die Frauen in vollem Maße zu, und unterschied auch ihre Organisationen von denen anderer Ausschüsse, die mehr die Aufgabe hatten, berufspolitische Forderungen bestimmter Gruppen zu vertreten. So einheitlich wie das Wort Frauenausschuß es an sich voraussetzt, waren ja nun die Frauen auch 1920 bestimmt nicht. Sie waren in Wirklichkeit eine eben so wenig homogene Masse wie etwa die Männer und erregten nach außen hin nur deshalb den Eindruck der größeren Einheitlichkeit, weil sie alle mit der Verleihung des Wahlrechts politisches Neuland betraten und in ihrer Masse politisch erzogen werden mußten. Als Träger des Lebens selbst an die zeitlosen Aufgaben der menschlichen Erneuerung inniger und tiefer gebunden, waren sie zudem der politischen Alltätigkeit vor allem als Hausfrauen und Mütter mehr entrückt.

In den Frauenausschüssen der alten D.D.P. fanden sich Hausfrauen und Berufsfrauen, Ledige und Verheiratete, Junge und Alte in einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft zusammen. Ein großer Teil von ihnen stammte — was bei dem politischen Standort der D.D.P. natürlich war — aus der deutschen Frauenbewegung. Damit waren sie in ihrer Haltung nach zwei Richtungen gekennzeichnet. Sie waren wirkliche und gute Kameraden untereinander, von absoluter Verlässlichkeit in allen Fragen der gemeinsamen Sache, und sie waren in ihrer Mehrzahl zu der politischen Arbeit nicht von irgend-einer Interessenrichtung her gestoßen, sondern an sie gebunden aus dem Grunde einer tragenden und verpflichteten Idee. Selbstverantwortung und Freiheit, Hingabe und Opfer im Dienste überpersönlicher und überfamiliärer Mächte war für viele von ihnen das entscheidende Erlebnis ihres Lebens gewesen und Leidenschaft und Glut eines neuen Anfangs war bei den meisten gepaart einem nüchternen Willen zum Dienst an der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit.

Auch die Männer der Partei haben von diesem lebendigen Leben, das vielerorts aufgeblüht ist, gewußt; aber die vorhandenen Möglichkeiten sind nicht in vollem Umfang — das muß man wohl schon rückschauend sagen — der Partei zugute gekommen.

Die politische Gleichberechtigung der Frau war für den deutschen Bürger vielfach eine unbequeme und unsympathische Tatsache. Nur die Männer, bei denen politische Arbeit und Weltanschauung so in der Tiefe zusammenfielen, daß ihr ganzes Menschentum von dort aus geprägt war, brachten der politischen Frau ein spontanes und beglückendes Verständnis entgegen, durch das zweifellos das

politische Kraftniveau auf beiden Seiten erhöht wurde. In vielen andern Fällen aber war dieser Geist der Kameradschaft überhaupt nicht zu verspüren, und es waren nicht immer nur die Stammtischpolitiker der Kleinstädte, sondern auch die tüchtigen, ja besten Bürger des alten Reichs, dies ganz aufrichtig und ohne Ironie genommen, die hier eine neue Lebensform nur schwer zu finden wußten. Ganz zu schweigen von denen, die lediglich mit gesellschaftlichen Allüren, mit Handkuß und dergleichen den Frauen gegenüber zu arbeiten gewohnt waren und an dem inneren Leben des weiblichen politischen Menschen ebenso vorbeisahen, wie derjenige ins Leere trifft, der es noch mit patriarchalischem Geschlechtshochmut oder mit bloßer kämpferischer Abwehr zu schaffen vermeint.

Nun sind dies alles psychologische und soziologische Tatsachen, die einer dauernden, ja beinahe täglichen Umbildung unterworfen sind, und ihnen ist von der Organisation aus an sich schwer beizukommen. Ich glaube aber persönlich, daß Tendenzen nach dieser Richtung auf der männlichen Seite durch die gesonderte politische Organisation der Frauen vielerorts verstärkt und verschärft worden sind. Heuß hat an jenem Abend in Hannover, der zwischen Vergangenheit und Zukunft stand, nach Auflösung der D.D.P. und vor der Gründung der Staatspartei, ausgeführt, daß es die gefährlichste Eigenschaft von Parteien sei, sich als Selbstzweck zu begreifen. Man kann hinzufügen, daß diese Neigung, wenn sie schon für Parteien insgesamt gilt, an den Stellen ganz besonders unangenehm in Erscheinung tritt, wo sich das Leben der Partei in Sondergruppen verdichtet, seien es nun Ausschüsse von Wirtschaftlern, Gemeindebeamten, Lehrern, Arbeitnehmern oder auch Frauen. Denn alles, was durch die Organisation verführt, sich als Selbstzweck nimmt, schwebt ja in der beinahe unausweichlichen Gefahr, die ganze übrige Welt, seien es nun Institutionen, Menschen oder Dinge, nur noch als Mittel für seine besonderen Ziele nicht nur zu betrachten, sondern auch zu behandeln. So können leicht disproportionale Gebilde entstehen, die unter der Gefahr der Verengung und Verkrampfung liegen, wenn nicht die große, flutende politische Gesamtaufgabe auch ihr Eigenleben trägt.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich ausdrücklich sagen, daß ich mit dieser Kritik nicht die lebendige Auseinandersetzung und Stellungnahme der einzelnen Gruppen, selbst nicht die leidenschaftlichen Kämpfe, die wir an einigen Orten um die Mandate erlebt haben, meine. Das mußte wohl sein, auch wenn diese Kämpfe unter der Einwirkung rückläufiger Bewegung der Wählerstimmen wenig erfreuliche persönliche Formen angenommen haben. Gemeint ist vielmehr jene elende Verkleinerung der Maßstäbe, jene dürftige Verengung des Blickfeldes, auch jene stereotype Form der Rede und Beweisführung bei den Kämpfen um die Mandate, wo bei einer Einzelfrage das Leben in seiner Fülle, das Gesamtbild in seiner Totalität ausgeschaltet wird und der Einzelne dies gar nicht mehr merkt und jede Selbstkontrolle nach dieser Richtung verloren hat.

Alle Gruppenorganisation innerhalb einer Partei ist deshalb ein auf das Mindestmaß zu beschränkendes Uebel. Auch aus dem Grunde, weil damit alle anderen Gruppen sich von der Verantwortung in bezug auf Werbung und Schulung und schließlich auch auf Vertretung des Gedankenguts, das dieser Gruppe besonders zugehörig ist, enthoben zu fühlen. Um es am Beispiel der Frauenorganisation zu verdeutlichen: der durchschnittliche Ortsgruppenvorsitzende irgendeines Bezirks, sei es nun Großstadt, Mittelstadt oder Klein-

stadt, hält die Werbung der Frau überhaupt nicht mehr für seine eigene Angelegenheit. Sie ist ja an den Frauenausschuß delegiert oder was vielleicht noch viel öfter der Fall ist, er hat sie sich aus der lebendigen Initiative einiger Frauen an den betreffenden Orten zur eigenen Aufgabe gemacht. Auch dies sehr charakteristisch!

Der Frauenausschuß erhält gelegentlich Instruktionen vom Reichsfrauenausschuß durch die Geschäftsführung in Berlin. Der Ortsgruppenvorsitzende erfährt von alledem nichts; er ist nicht zuständig für dieses Ressort, ist auch oft herzlich froh darüber, daß er es nicht zu sein braucht und die Frauengruppe ihrerseits auch.

So entstehen aber keine lebendigen politischen Gemeinschaften, die im Grunde doch alle wollen, deren Lebensbedingungen aber besser erfaßt und die menschlich und pfleglich behandelt werden müssen. Denn wie soll ein Volk im Großen fertig bringen, was es im Kleinen zu tun nicht gelernt hat? Wenn eine mit so vielfältigem Ressentiment geladene Bewegung wie die nationalsozialistische die Selbstdarstellung des deutschen Volkes sein sollte, könnte man an dem politischen Genius dieses Volkes verzweifeln. In einer so verwirrten Welt wie der gegenwärtigen müssen sich aber Menschen zusammenfinden — das Wort „sammeln“ sollte man möglichst vermeiden, da es einen so elend formalen und undifferenzierten Charakter hat, — die bereit sind, die Demokratie in ihrem kleinen Kreise zu leben und zu verwirklichen.

Nicht die, die nur von Bindung zu Bindung taumeln, werden unser Volk politisch erziehen, sondern die, so um Freiheit und Bindung wissen und bei aller notwendigen Beschränkung doch diese Freiheit zu wahren verstehen. Und nicht jene werden es zur Freiheit führen, deren politisches Denken von dem Geist irgendeiner Zweckhaftigkeit geprägt ist, sondern jene, die es als ein selbstverständliches Stück ihres Lebens in sich tragen, daß der Mensch im Verhältnis von Mensch zu Mensch immer Selbstzweck ist und daß nur im Verhältnis zu den ewigen Dingen der Mensch von dort aus als Mittel angesprochen werden oder sich selbst als Mittel darbringen kann.

Es ist für die Demokratie gleichgültig, ob diese ihre Gedanken alt oder neu sind, nicht gleichgültig, sondern von ausschlaggebender Wichtigkeit für unser Volk ist aber, daß diese Gedanken gelebt werden und daß nicht zwischen deutschem Denken und nationalpolitischem deutschen Denken und nationalpolitischem alltäglichem Sein dauernd die große Lücke klafft.

Diese Haltung in unserm Volk zu schaffen und zu befestigen ist die primärpolitische Aufgabe aller Männer und Frauen der deutschen Staatspartei. Diese Aufgabe ist reich, mannigfaltig und voll von Farbe und Leben. Sie ist auch erfüllt von Auseinandersetzung und notwendigster begrifflicher Klärung. Sie ist wichtiger als jede andere nur denkbare Aufgabe in der Partei. Das bedeutet aber, daß auch das Schwergewicht der Frauenarbeit in der Mitwirkung an dieser zentralen Aufgabe — geistig und menschlich — liegen muß. Das bedeutet die gemeinsame Arbeit von Mann und Frau, auch als ein gelebtes Stück der Verwirklichung der Demokratie. Demokratie ist nicht Vermännlichung und nicht Verweiblichung, sondern Vermenschlichung der Politik. Und wo etwa durch die andere Artung frauenpolitische und männerpolitische Gegensätze auftauchen sollten, können sie ja wirklich fruchtbar auch nur in der gemeinsamen Front entschieden werden.

Die Frauenausschüsse in den Ortsgruppen hätten vor allem der Gewinnung und Aktivierung neuer Frauenkreise im Dienste der staatsparteilichen Ideen sowie der gelegentlichen Stellungnahme zu reinen Frauenfragen zu dienen. Die Verantwortung für die Durchführung der propagandistischen Arbeit aber hätte nicht nur bei den Frauenausschüssen selbst, sondern auch bei den örtlichen Parteinstanzen zu liegen, denen vor allen in den Kleinstädten und auf dem Lande ein planmäßiges Vorgehen gemeinsam mit den Frauenausschüssen zur Pflicht zu machen wäre. Die Finanzierung auch dieser Arbeit wäre von der Gesamtpartei zu leisten. Im übrigen aber wäre das Hauptgewicht der staatsparteilichen Arbeit auf die Bildung von Arbeitskreisen für kulturpolitische, sozialpolitische, staatspolitische oder wirtschaftspolitische Fragen zu legen, Arbeitskreise, in die man auch neue, vor allem junge Menschen, die man für die staatsparteiliche Arbeit gewinnen möchte, einführen könnte. Das sachliche Schwergewicht auch der politischen Frauenarbeit müßte in diesen sachlichen Arbeitskreisen liegen, während der besondere Zusammenschluß in Frauenausschüssen lediglich der aktiven Plangestaltung für die Werbearbeit, der gelegentlichen Stellungnahme zu reinen Frauenfragen sowie der Vertretung von weiblichen Kandidaturansprüchen zu dienen hätte.

Die Kosten des 14. September

Von Hermann Höpker Aschoff.

Die Haushaltsberatungen im Preußischen Landtag leitete Finanzminister Höpker Aschoff mit einer Rede über die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden ein. Zu Beginn legte er an Hand einwandfreien Zahlenmaterials dar, wie die Reichstagswahlen sich auf die deutsche Wirtschaft ausgewirkt haben.

Das Jahr 1928 brachte in der Lage der deutschen Wirtschaft einen verhängnisvollen Umschwung. Das Jahr 1929 war ein Jahr absinkender Konjunktur. Das Jahr 1930 hat uns in schwerste wirtschaftliche Depression hineingebracht. Im zweiten Quartal dieses Jahres zeigten sich Ansätze einer geringen Besserung, eine Verflüssigung des Geldmarktes, sinkende Zinssätze, Auflockerung des Kapitalmarktes und steigende Kurse der festverzinslichen Papiere. Die Konsolidierung kurzfristiger Kredite konnte eingeleitet werden, eine Herabsetzung des Reichsbankdiskonts und die Einführung des 6prozentigen Pfandbriefes wurden damals erwogen. Auch von der Güterseite her zeigte sich eine gewisse Belebung insofern, als die Auftragseingänge in verschiedenen Wirtschaften eine Zunahme zeigten. Diese ersten bescheidenen Anfänge einer Besserung der Lage sind durch die politische Vertrauenskrise vernichtet worden. Die Auflösung des Reichstags, der Wahlkampf, der Ausgang dieser Wahl, die Verstärkung der radikalen und zu keiner verantwortungsbewußten Mitarbeit bereiten Elemente hat alles zerschlagen, was an Besserungsanzeichen vorhanden war. Nach den Wahlen ist ein verschärfter Konjunkturrückgang eingetreten. Die industrielle Produktion liegt heute um 25% unter der Produktion des Vorjahres, der landwirtschaftliche Absatz stockt, und die Arbeitslosigkeit steigt. Die Zinssätze am Kapitalmarkt liegen unverhältnismäßig hoch, und allein die Handelsbilanz zeigt noch ein verhältnismäßig günstiges Bild; aber ich glaube: man kann hier sagen: die Aktivität der Handelsbilanz wird gleichsam durch einen Devisenbedarf, der für Reparationen, Verzinsung und Tilgung ausländischer Kredite allein monatlich 240 Millionen erfordert, erzwungen. Es ist

vielleicht lehrreich, einmal den Versuch zu unternehmen, die verhängnisvollen Auswirkungen der Reichstagswahl vor allen Dingen auf die Finanzen und die Wirtschaftslage in Deutschland zahlenmäßig zu erfassen. Durch Kapitalflucht und Rücknahme ausländischer Kredite sind der deutschen Wirtschaft nach dem 14. September 1930 in den Monaten September und Oktober 1,6 Milliarden entzogen worden. Die Reichsbank hat rund eine Milliarde Gold und Devisen abgeben müssen, und der Rest ist durch Aufnahme kurzfristiger Auslandskredite — ich erinnere an den Ueberbrückungskredit der Reichsregierung — gedeckt worden. Zu der Flucht des Kapitals in das Ausland und der Zurückziehung ausländischer Kapitalien gesellte sich die Flucht in den Strumpf. Die Kreditoren der Banken haben sich in den Monaten September und Oktober um 1218 Millionen verringert; der Zuwachs bei den preussischen Sparkassen, der noch bis August monatlich 50 Millionen betrug, fiel im September auf 27 Millionen und ging im Oktober auf 13,2 Millionen zurück. Die Inlandsemission festverzinslicher Papiere, die im zweiten Quartal 1930 noch 795 Millionen und in den beiden Monaten Juli und August 586 Millionen betragen hatte, betrug im September 138 und im Oktober 122 Millionen.

Die Aufnahme von Auslandsanleihen, die im zweiten Quartal 1930 660 Millionen und im Juli und August noch 250 Millionen gebracht hatte, schrumpfte im September auf 0,7 und im Oktober auf 12,2 Millionen zusammen.

Die Kurse der festverzinslichen Papiere erfuhren nach den Wahlen einen starken Rückgang. Die zahlenmäßigen Unterlagen darüber sagen folgendes aus. Ende Juli betrugen die Kurse 8prozentiger Hypothekenpfandbriefe, gemessen an einem Durchschnitt von 44 Papieren, noch 98,89%, Ende September 96,62%, Ende Oktober 95,52%. Die Kurse öffentlicher 8%iger Anleihen, gemessen an 24 Werten, betrugen Ende Juli 95,85%, Ende September 91,2% und Ende Oktober 89,7%. Die Kurse 7%iger Hypothekenpfandbriefe, gemessen an 27 Werten, betrugen Ende Juli 94,29%, Ende September 90,51%, Ende Oktober 89,35%. Die Kurse der 7%igen öffentlichen Anleihen, gemessen an 24 Werten, betrugen Ende Juli 92,43%, Ende September 87,45% und Ende Oktober 85,38%.

Besonders lehrreich ist in diesem Zusammenhange auch die Entwicklung der Kurse der preussischen Inlandsanleihe vom Jahre 1928. Ich habe darüber bereits im Staatsrat Mitteilung gemacht, halte es aber für notwendig, diese Mitteilung hier zu wiederholen. Die 6%ige preussische Inlandsanleihe von 1928 wurde zu 95% ausgegeben. Sie sank zunächst ein wenig ab und hielt sich dann ohne Schwankung auf einem Kurse von 91,4%; sie hielt diesen Kurs auch im Frühjahr 1929 trotz der Krise der Pariser Verhandlungen. Im Jahre 1930 stieg der Kurs noch langsam und erreicht am 10. September einen Höchststand von 100,2%. Dann erfolgte unter dem Eindruck der Wahlen der Sturz bis zum 20. September auf 98,7% und dann ein weiteres Absinken auf 95,3%.

Noch stärker stürzten die Kurse der deutschen Wertpapiere an den ausländischen Märkten unter dem Eindruck der Wahlen. Auch hier ist die Kursentwicklung der beiden Auslandsanleihen, die der Preussische Staat in Amerika aufgenommen hatte, außerordentlich lehrreich. Die erste 6,5%ige Dollaranleihe von 1926 wurde zu einem Kurse von 95 ausgegeben. Sie hielt diesen Kurs; der Kurs stieg noch langsam. Im Frühjahr 1927 erreichte diese Anleihe ihren Höchststand mit 100,75%. Das war eine Folge der starken Flüssigkeit am

Geld- und Kapitalmarkt, der damals nicht nur in Deutschland, sondern auch an den ausländischen Märkten zu verzeichnen war. Dann kam der Sturz im Mai 1929 unter dem Eindruck der Pariser Verhandlungen. Die Anleihe ging damals auf 91,6% zurück, erholte sich aber im Laufe des Jahres 1929 wieder langsam und erreichte im März 1930 einen neuen Höchststand von 96,75%, sank dann langsam bis zum 10. September auf 92,5% und dann vom 10. September bis zum 20. September unter dem Eindruck der Wahlen auf 88,5%. Auch hier wirkten sich die Wahlen als politisches Ereignis aus. Die Anleihe ist dann weiter abgebröckelt, da im Verfolg der Wahlen überall eine starke Vertrauenskrise Platz gegriffen hatte, und sie steht zur Zeit auf dem ungewöhnlichen Stande von 77%.

Bei der 6%igen Dollaranleihe vom Jahre 1927 ist die Entwicklung ähnlich gewesen. Sie wurde im Jahre 1927 zu einem Emissionskurse von 96,5% ausgegeben. Der Kurs hielt sich damals, abgesehen von geringen Schwankungen nach oben und unten, gut; dann kam im Mai 1929 ein Sturz unter dem Eindruck der Pariser Verhandlungen; im Mai stand die Anleihe nur noch auf 85%. Im Laufe des Jahres 1929 erfolgte allmählich eine Erholung, die bis Anfang 1930 andauerte. Am 20. März 1930 stand die Anleihe auf 92,12%. Dann erfolgte ein langsames Absinken bis zum 10. September auf 88,77%, und unter dem Eindruck der Wahlen erfolgte ein Sturz von 88,37% auf 84,87%. Seitdem ist ein weiteres Absinken erfolgt, und zwar bis auf 68,78% am heutigen Tage.

Ähnlich wie die Kurse dieser Papiere hat der Ausgang der Wahlen und die damit verbundene Vertrauenskrise auch die Entwicklung der Zinssätze in Deutschland beeinflusst. Ich darf auch hier einige Zahlen geben. Die Zinssätze für tägliches Geld betrugen im Jahre 1930 im Monat Juli 1,5%, im Monat August 1,5%, im Monat September vor den Wahlen 1,5%, nach den Wahlen 2,5%, im Oktober 2,5%, im Monat November 2,5%. Monatsgeld kostete im Juli 4,73%, im August 4,78%, im September vor den Wahlen 4,89%, nach den Wahlen 6,23%, im Oktober 6,23%, im November 6,68%.

Der Privatskont betrug im Juli 3,4%, im August 3,2%, im September vor den Wahlen 3,3%, nach den Wahlen 4,6%, im Oktober 4,66%, im November 4,79%. Der Diskont für Warenwechsel betrug im Juli 3,83%, im August 3,74%, im September vor den Wahlen 3,74%, nach den Wahlen 5,17%, im Oktober ebenso, im November 5,39%. Ich glaube, daß sich auch hier unter dem Eindruck der Wahlen eine starke Verteuerung des Geldes feststellen läßt. Am 9. Oktober mußte der Reichsbankdiskont von 4 auf 5% erhöht werden; aber selbst diese Erhöhung brachte nur eine ganz allmähliche Beruhigung am Geldmarkte.

Alles in allem trifft, glaube ich, das Institut für Konjunkturforschung in seinen letzten Feststellungen das Richtige, wenn es dort sagt:

„Der gegenwärtige Konjunkturückschlag ist von einer in Deutschland kaum jemals erlebten Schwere. Mitte 1930 begannen vereinzelte Anzeichen einer sich langsam anbahnenden Festigung der Wirtschaftslage hervorzutreten. Die Vertrauenskrise hat diese Ansätze vernichtet.“

Mit andern Worten: das deutsche Volk hat die Wahlen vom 14. September teuer bezahlen müssen. Von der viel besprochenen „Brechung der Zinsknechtschaft“ ist bisher noch wenig zu spüren.

Politische Umschau

Abrüstung

Die Vorbereitungen sind getroffen zu der Tagung des Völkerbundes. Unter bittersten Kämpfen, schärfsten gegenseitigen Angriffen hat der Abrüstungsausschuß das Material, auf dem die Verhandlungen des Rates in Genf sich aufbauen sollen, in Form eines Entwurfs fertiggestellt. Und sein Ergebnis? Ein Entwurf, dessen Annahme praktisch für uns Deutsche eine Wiederholung der Unterschrift unter den Versailler Vertrag bedeuten würde. Es war Ende November, als Graf Bernstorff, der deutsche Vertreter, mit Lord Cecil, dem englischen Delegierten, jenen Zusammenstoß hatte, der ein symbolhafter Ausdruck für den Geist war, in dem die Verhandlungen geführt wurden. Und zwar war der Artikel Anlaß des Zusammenpralls, der bestimmt, daß das Abrüstungsabkommen die Verpflichtungen gewisser Mächte, die durch Friedensverträge übernommen sind, nicht berühre und in dieser Beziehung keine Anwendung auf diese Mächte findet. Auf Grund eines französischen Vorschlags wurde diese Bestimmung als notwendige Voraussetzung durch die anderen Mächte für die weitere Arbeit anerkannt. Schon 1927 hat der deutsche Vertreter einen Vorbehalt bei diesem Artikel angemeldet und im Frühjahr 1929 war es gleiche Artikel, der die deutsche Vertretung dazu veranlaßte, sich von dem Programm der Kommission zu lösen. So war es notwendig, daß Bernstorff die Erklärung abgab, ein derartiger Entwurf stelle keineswegs eine Verwirklichung des Gedankens der Abrüstung und des Friedens, vielmehr ein „klägliches Ergebnis“ vierjähriger Arbeit dar. Für Deutschland ist damit die Annahme eines Abkommens unmöglich. Der englische Vertreter erklärte dazu sehr scharf, daß Deutschland nicht die erwartete Mitarbeit im Rahmen des Ausschusses geleistet habe und daß der Entwurf einen bedeutsamen Fortschritt in der Frage der Abrüstung bedeute. Dazu können wir nur sagen, daß wir ehrlichen Willens zu einer Politik der Verständigung sind, daß aber Verständigung gleichgestellte Partner voraussetzt. Diese Gleichstellung müssen wir als Garantie, als Recht auf Sicherheit erheben.

Die Debatten des Ausschusses haben sich lange um Fragen der Arbeitskontingente, der Reserven, der Beschränkung des Kriegsmaterials gedreht. Ganz entsprechend den Bestimmungen des Artikels 8 des Völkerbündpaktes, wo es heißt:

„Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne.“

Man hat genug entworfen in dieser Vorbereitenden Kommission. Aber man hat über dem Militärisch-technischen die politische Seite der Fragenbehandlung außer acht gelassen. Selbst in diesen technischen Angelegenheiten war man nicht einig geworden. Bernstorffs Ablehnung hat Deutschlands politische Einstellung zu der Frage klargelegt. Diese Klarstellung wird am greifbarsten in der Fassung des Vorbehalts, den der deutsche Vertreter dem Bericht hinzufügte:

„Die deutsche Abordnung hat erklärt, daß die wegen des Art. 52, soweit er nicht die Verträge von Washington und London berührt, gegen den Entwurf in seiner Gesamtheit stimmen muß. Der von der Mehrheit des Ausschusses aufgestellte Abkommensentwurf schließt von einer Begrenzung und Herabsetzung der Landrüstungen wesentliche Elemente aus. Statt zu einer wirklichen Abrüstung zu führen, würde dieser Entwurf nur dazu dienen, den wirklichen Stand der Rüstungen der Welt zu

verschleiern, ja er würde sogar eine Erhöhung der Rüstungen gestatten. Wenn Deutschland dieses Abkommen unterzeichnete, so würde das eine Erneuerung seiner Unterschrift unter die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags bedeuten."

Wenn wir noch einmal auf Lord Cecil's Vorwurf des Nicht-mitarbeitens zurückkommen, so nur deswegen, weil diese Äußerung nicht einen Vorwurf für uns darstellt, als vielmehr eine Deckung und Verteidigung eines Schrittes vom Kontinent zurück, der hinter der kraftvollen Geste verschwand. Was haben wir für ein Interesse daran, in gleicher Richtung mit England zu arbeiten, wenn die Ziele verschieden sind: unseres die Landabrüstung, Englands die zur See? Wir müssen den Weg gehen, der uns zu unserem Recht, zu unserer Freiheit führt. Und nichts wird uns auf diesem Weg beirren.

Noch eine Möglichkeit ist uns gegeben, den Standpunkt, den Graf Bernstorff vorbildlich und fest vertrat, vor den Augen der Welt einzunehmen, hinzuweisen auf unser Recht im Versailler Vertrag. Wir dürfen nicht müde werden, dieses unser Recht zu fordern; wir übernehmen damit aber auch die Pflicht der Abrüstung. Sie ist bei uns erfüllt; mehr erfüllt, als bei irgend einem anderen Staat, die ängstlich einen Schleier über den Stand ihrer Rüstungen, über ihre Lager von Kriegsmaterial ziehen. Wir dürfen erwarten, daß unser Handeln uns vor der Welt berechtigt erscheinen läßt, die Gleichstellung im Recht auf Sicherheit zu fordern. Wir wollen den Frieden. Aber einen Frieden, der mit Knechtschaft nichts zu tun hat. Wir wollen einen Frieden, der uns das heiligste Gut der Nation sichert: die deutsche Freiheit.

Reichstag und Regierung

Wer noch schwanken konnte, ob der Erlaß der Finanz- und Wirtschaftsgesetze durch eine Verordnung des Reichspräsidenten richtig war, mußte durch den Gang der Reichstagsverhandlungen überzeugt werden. Die Aussprache über Haushalt und Verordnung mochte noch hingehen. Was sich in der folgenden Woche begab, war schlechthin fürchterlich. Wir sind weder durch gedankliche Leistungen noch durch Gesittung im Deutschen Reichstag verwöhnt. Die Ereignisse der vier Tage, vom 9. bis 12. Dezember, haben alles bisher Dagewesene übertroffen. Verantwortungslosigkeit und Flegelhaftigkeit der staatsfeindlichen Parteien feierten Orgien. Man könnte ein Schimpflexikon aus all den Verbalinjurien zusammenstellen, mit denen sich KPD. und NSDAP. gegenseitig bedachten.

Krise der Demokratie? Nein, denn in zwölf Jahren demokratischen Staatsgrundrechts haben wir Demokratie noch nicht gelebt. Es ist auch nicht die Krise des Parlamentarismus. Es ist ein entarteter Parlamentarismus, dessen Träger die Bindung zu Herrschaft und Dienst nicht kennen. Deshalb vielleicht nicht kennen, weil zehn Jahre lang halb un-, halb freiwillig die Regierungen sich als Exekutivausschuß des Reichstags, statt als seine Führer gefühlt haben. Es ist die sichtbar gewordene Erschöpfung einer Staatsautorität, die seit sechzehn Jahren wechselnd eine züchtende und eine streichelnde Hand gezeigt, gleichmäßig aber sich über alle Sphären des individuellen, wie des sozialen Lebens ausgebreitet hat. Darunter haben Glauben und Vertrauen gelitten, Glauben und Vertrauen zu einem Staat, der in allen Dingen des täglichen Lebens seine Hand im Spiel hatte und doch Not und Elend nicht wenden konnte. Wollte er es immer? Auch das mußte dem Mann auf der Straße manchmal fraglich erscheinen, wenn er spürte und las, wie manche Regierung schlecht und recht verwaltete, statt zu führen. Darum glauben wir, daß dem Staatsgedanken und

seiner Autorität nichts so förderlich ist seit Jahren, wie der unbeirrbar feste Wille, mit dem Brüning und Dietrich ihren Weg gehen. Hier zeigt sich, welche Möglichkeiten die Demokratie Persönlichkeiten gibt, in denen sich Glaube, Wille und Verantwortungsgefühl mit der Führereigenschaft eint. Das klare, sachlich bestimmte Auftreten des Kanzlers und des Vizekanzlers in den Reichstagssitzungen des Dezember war das beste Gegenbeispiel zu den Tollheiten, die sich zeitweise im Parkett der Abgeordneten abspielten. Der Weg zur Wiederherstellung und Festigung der Staatsautorität geht nicht über den Platz der Republik, sondern durch die Wilhelmstraße.

Deutsche Länderpolitik.

Die Vorgänge im Reich nahmen und nehmen mit Recht stärkstes Interesse in Anspruch. Darüber soll man aber nicht vergessen, daß es auch politische Realitäten in den Deutschen Ländern gibt. Wie sehr sie zum positiven Faktor werden können, hat sich bei den Verhandlungen über den Finanz- und Wirtschaftsplan der Regierung im Reichsrat gezeigt. Sicher nicht zuletzt deshalb, weil hinter den Verhandlungen Brünnings und Dietrichs Energie stand. Anders ist es beim größten Teil der Länder „zu Hause“. Dort verbindet sich die vorher festgestellte Entartung des Parlamentarismus mit einer Fehlkonstruktion im System (das auf große Räume, nicht auf Lippe oder Strelitz berechnet ist). Anstatt zu verwalten, macht man in kleinsten Ländern große Politik und Kabinettskrisen, mischt sich in die auswärtigen Angelegenheiten des Reichs und bewahrt eine Haltung, die reichsunmittelbaren Landesherren des 18. Jahrhunderts wohl anstand. Bayern macht — wenn auch vorsichtiger und höflicher als 1923 — noch immer eigene Außenpolitik, wie die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten in Weiden Anfang Dezember erwies. Thüringen entwickelt unter Frickscher Führung den Ehrgeiz, ein geistiger Naturschutzpark zu werden, dessen Umrisse mehr an Krähwinkel als an Weimar erinnern. Sachsens politische Aktivität ist zur Zeit gehemmt; noch immer wird es von einer nur geschäftsführenden Regierung geleitet. Wichtige Maßnahmen im Interesse von Volk und Wirtschaft sind deshalb nicht durchzuführen, weil dem Kabinett Schieck die nötige Bewegungsfreiheit fehlt. Der staatsparteiische Abgeordnete Claus hat die Lage in Sachsen bei der Etatberatung treffend gekennzeichnet. Er sagte u. a.:

„Der alte Landtag vermochte eine Regierung nicht zustande zu bringen, der neue Landtag vertraut sich an diese Aufgabe nicht einmal heran. Eine Regierung, die vom Parlament nicht bestätigt ist, kann doch unmöglich noch weiter über Staatsmittel verfügen, die vom Landtage nicht einmal genehmigt sind. Das sind heillose Zustände und trostlose Aussichten. Wir sitzen doch wahrlich nicht hier, um fortgesetzt Marxismus und Antimarxismus gegeneinander auszuspielen, um über die hohe Politik zu kannegießern, um jahraus, jahrein über Mißtrauensanträge und Landtagsauflösung zu debattieren und um die Ministerposten zu verschachern.“

Das Vorhandensein einer geschäftsführenden Regierung bedeutet keinen Idealzustand, paßt vor allem nicht in den Rahmen des parlamentarischen Systems, aber in der gegenwärtigen Situation hat es ja gar keinen Zweck, auch nur Versuche zu einer Regierungsbildung zu unternehmen.“

In Bayern hat man mit der Wahrung der Staatshoheitsrechte bei den Reichsfinanzgesetzen kein Glück gehabt. Der bayerische Protest gegen die Aufnahme der Steuervereinheitlichung in die Notverordnung bildete einige Stunden lang eine nicht ungefährliche Klippe. Dann fügte man sich den Reichsnotwendigkeiten, nachdem die offiziöse „Bayrische Volkspartei-Korrespondenz“ wieder einmal verkündet hatte, daß „die Existenz Bayerns keine Frage zweiter

Ordnung“ sei. Dafür wird im Rahmen der bayrischen Hoheitsrechte eine Wahlreform vorbereitet, in die „Berlin“ nicht hereinzureden hat. Man erinnert sich der Kämpfe um das bayrische Wahlsystem vor 2 und 3 Jahren. Damals hatten Bayrische Volkspartei und Sozialdemokratie ein Wahlrecht erfunden, dessen einziger Sinn die (inzwischen erfolgte) Ausschaltung der Mitte sein konnte. Dies Wahlgesetz mußte, vom bayrischen Staatsgerichtshof sogar, für partiell ungültig erklärt werden. Der neue Entwurf ist kaum besser, die Staatspartei in Bayern hat zu ihm u. a. ausgeführt:

Es mag noch so geschickt versucht worden sein, durch äußerliche Aenderungen den Anschein einer Behebung aller Ungerechtigkeiten zu erwecken. Dieser Erfolg kann nur dort erzielt werden, wo man die Folgerungen nicht völlig durchdenkt. Als unverrückbaren Grundsatz stellt sowohl die Reichsverfassung, als auch die bayerische Verfassung, das Prinzip der Gleichwertigkeit der Stimmen auf. Die bayerische Regierung verkündet demgegenüber die sonst im Reich und in den Ländern vollkommen unbekannten Prinzipien der Fläche- und der Bodenständigkeit. Damit gibt sie unverhüllt zu, daß sie die verfassungsmäßigen Grundsätze nicht wahren will; denn es kann nicht bezweifelt werden, daß mit diesen Begriffen nichts anderes gesagt werden soll, als daß man vor der Gleichwertigkeit der Stimmen in verschiedenen Wahlkreisen weiterhin abweichen will. Nach wie vor wird ein Abgeordneter in Niederbayern mit viel weniger Stimmen gewählt werden, als in Mittelfranken.

Auch die Bestimmungen über die Restmandate bringen nur scheinbar eine Verbesserung: denn immer noch geht ein außerordentlich beträchtlicher Stimmenrest den kleineren Parteien verloren. Während bisher die Tatsache, daß ein Abgeordneter in irgendeinem Wahlkreis gewählt war, seiner Partei das Recht sicherte, bei der Restmandatverteilung mit ihren gesamten Reststimmen zum Zuge zu kommen, fallen nunmehr durch neue eigenartige Konstruktionen weitere beträchtliche Reststimmen aus.“

Indessen ist man in Baden um ernstere Dinge bemüht. Die jetzige Regierung hat schon bei ihrem Amtsantritt eine vertragliche Regelung der Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften angekündigt. In welchem Sinn — dürfte bei einer aus Sozialdemokraten und Zentrum gebildeten Regierung nicht gar zu schwer zu erraten sein. Immerhin verlautet zuverlässig, daß das vorgesehene Konkordat am Charakter der badischen Simultanschule nichts ändern werde, da Vorschriften über die Volksschule nicht darin enthalten seien. Dafür drohen beim Vertrag mit der evangelischen Kirche Gefahren, die nicht zu unterschätzen sind.

Die evangelische Kirchenregierung hat Forderungen gestellt, die stärkste Bedenken in evangelischen Kreisen hervorgerufen haben. Der Kernpunkt der Auseinandersetzungen ist die Frage nach dem Verhältnis der obersten Kirchenbehörde zu der Besetzung von Lehrstühlen in der theologischen Landesfakultät in Heidelberg.

Der Landeskirchenrat fordert eine Bekenntnisklausel für die Mitglieder der theologischen Fakultät: der Staat soll sich also verpflichten, auf Wunsch der obersten Kirchenbehörde Hochschullehrer, die nicht dem Kirchenregiment zu Willen sind, vom Amt zu entfernen. Dieses Verlangen der Kirchenregierung wird sogar in positiven Kreisen durchaus abgelehnt. Hier würde jedoch eine gutachtliche Beteiligung des Kirchenrats bei Berufungen von Professoren begrüßt. Dagegen wird hervorgehoben, daß die Forderung, bei Besetzung der theologischen Lehrstühle gehört zu werden, dem Gedanken des Protestantismus widerspreche und eine Preisgabe wesentlicher Grundlagen der Reformation bedeute.

Preußen steht, wie man weiß, ebenfalls in Verhandlungen über einen Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen (deren es glücklich nicht weniger als acht im Preussischen Staatsgebiet gibt!). In der evangelischen Kirche bahnen sich, z. T. noch in zarten Anfängen, Entwicklungen an, die an der Schlagwortfigur des „Stahl-

helfpfarrers“ vorbeigehen, sozial vertieft, im Blick geweitet, Verheißung der werdenden Volkskirche sind. Die Länder werden gut tun, bei den abzuschließenden Kirchenverträgen auf diese Strömungen Bedacht zu nehmen.

Kehrt man von den seelisch-geistigen Bezirken in die materiell bedingte Wirklichkeit der Länder zurück, so sieht man in Mecklenburg-Strelitz eine verstärkte Neigung zum Anschluß an Preußen, in Mecklenburg-Schwerin ein betont starres Festhalten am eigenen Staat.

Schließlich sei ein Vorfall erwähnt, der auf die Lage der einzelnen Länder ein bezeichnendes Licht wirft.

In der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember findet sich im § 5 des ersten Teils folgende Bestimmung:

„Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Ländern kraft eigenen Rechts bestimmt (Landesgesetz). . . Solange der Landessatz von den Ländern nicht bestimmt wird, gelten als Landessatz die im Satz 1 bezeichneten Mindestbeträge.“

Auf den ersten Blick klafft da ein Widerspruch: Für die „kraft eigenen Rechts“ bestimmte Höhe der Bürgersteuer gelten die vom Reich bestimmten Mindestbeträge als Landessatz? Der Widerspruch besteht.

Die Bestimmung „kraft eigenen Rechts“ erfolgt auf bayerischen Wunsch. Der Entwurf der Reichsregierung sah diese Floskel nicht vor. Aber man hatte die Rechnung ohne den bayerischen Löwen gemacht. Er verlangte die Wahrung der Hoheitsrechte der Länder durch Einfügung der drei Worte „kraft eigenen Rechts“. Darum dürfen fortan die bayerischen Gemeinden die Erträge aus der Bürgersteuer mit freudigem Dank gegen die bayerische Regierung einschießeln, die ihnen „kraft eigenen Rechts“ diese Einnahmequelle erschlossen oder bewahrt hat.

Es gibt noch einen anderen Löwen in Deutschland. Er steht vor der Burg eines der größten deutschen Staatsmänner aller Zeiten, vor der Burg Dankwarderode Heinrichs des Löwen in Braunschweig. Das arme Tier hat in den letzten zwölf Jahren nicht viel frohe Tage gesehen. Denn gewöhnlich löste im benachbarten Regierungspalais ein Extrem das andere ab, um je 3 bis 4 Jahre auf dem Rücken einer fleißigen und tüchtigen Bevölkerung zu experimentieren. Bis Ende September dieses Jahres mit dem Amtsgerichtsrat Franzen als braunschweigischem Staatsminister des Innern und des Unterrichts das vorläufig letzte Glied in der Kette radikaler Regierungen in Braunschweig erschien.

Herr Franzen, der nationalsozialistische Minister von volksparteilichen Gnaden, wollte, der Notverordnung vom Juli entsprechend, im Lande Braunschweig die Bürgersteuer einführen. Da aber galt für seine nationalsozialistischen Parteigenossen der Begriff der Gefolgschaftstreue nicht mehr, und sie verließen ihn. Die Bürgersteuer konnte in Braunschweig nicht Gesetz werden.

Der braunschweigische Löwe aber ist weniger anspruchsvoll als der bayerische. Möchte der auf die Wahrung des Prestiges bedacht sein, dem Braunschweiger ging es um Sein oder Nichtsein. So ließ Braunschweig im Reichsrat beantragen: „Solange der Landessatz von den Ländern nicht bestimmt wird, gelten als Landessatz die im Satz 1 bezeichneten Mindestbeträge.“

Alle diese mehr oder wenig „große“ Politik in den Ländern spielt sich auf dem Untergrund einer erschütterten Finanzwirtschaft ab.

Außer Preußen, Württemberg und den Hansestädten liegen die Länder im Kampf mit Fehlbeträgen, deren Deckung nach Form und Zeitpunkt eine ungelöste Frage ist. Wie lange vor allem die kleinen norddeutschen Länder sich noch den Luxus staatlicher Politik leisten können, wissen wir nicht. In jedem Fall möchten wir wünschen, daß der Reichsinnenminister Wirth sich einmal gründlich mit dem Problem Reichsreform beschäftigen möge.

Aus den Parlamenten

Die Fraktion der Staatspartei.

Der auf der Reichsliste der Deutschen Bauernpartei gewählte Abgeordnete Hillebrand hat sich mit der Gruppe der Deutschen Staatspartei zu einer Fraktionsgemeinschaft verbunden.

Die Fraktion ist nunmehr auch in den Ausschüssen vertreten und zwar wie folgt: Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung: Dr. Weber, Stellvertreter Meyer-Berlin; Geschäftsordnungsausschuß: Dr. Heuß; Petitionsausschuß: Dr. Wünsch; Ausschuß für Steuerfragen: Dr. Fischer; Volkswirtschaftlicher Ausschuß: Dr. Weber; Ausschuß für soziale Angelegenheiten: Schneider; Ausschuß für Bevölkerungspolitik: Dr. Bäumer; Ausschuß für Bildungswesen: Dr. Bäumer; Ausschuß für Rechtspflege: Jaenicke; Ausschuß für Beamtenangelegenheiten: Dr. Külz; Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen: Lemmer; Ausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen und Pachtenschutzfragen: Hillebrand-Schlesien.

Dem Ausschuß für das Strafgesetzbuch gehört Dr. Hermann Fischer an, dem Untersuchungsausschuß über die Roggenstützung Dr. August Weber, der in diesem Ausschuß zugleich den Vorsitz führen wird, dem handelspolitischen Ausschuß Oscar Meyer, dem Auswärtigen Ausschuß als Stellvertreter Dr. Reinhold. Für den Reichshaushalts-Ausschuß sind die Abgeordneten Dr. Weber und Dr. Stolper benannt mit der Maßgabe des Wechsels bei Spezialfragen. Für den Ausschuß für Liquidationsfragen ist Dr. Heuss bestimmt.

Staatspartei für Staatsnotwendigkeiten.

Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Staatspartei, Dr. August Weber, gab bei der Debatte über die Notverordnung im Auftrage der Deutschen Staatspartei nachstehende Erklärung ab:

„Zum zweiten Mal in diesem Jahre steht der Deutsche Reichstag vor der Aufgabe, Stellung zu nehmen zu einer von dem Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Notverordnung. Wir anerkennen, daß die Regierung bemüht war, den Weg einer parlamentarischen Verabschiedung der Gesetzentwürfe zu beschreiten und ihn in den Verhandlungen des Reichsrats vorzubereiten. Die negative Einstellung nicht nur der radikalen Flügel des Reichstags, sondern auch solcher Parteien, bei denen man ein besonderes Interesse an der Ordnung der deutschen Finanzen und der Wiederbelebung unserer Wirtschaft voraussetzen sollte, haben diesen Weg verbaut. Es erfüllt uns mit Sorge, daß infolgedessen binnen kurzer Zeit das Parlament zweimal auf sein wichtigstes Recht der freien und ausgleichenden Gesetzgebung verzichten muß. Aber die Lage unserer Wirtschaft, die Not breitetester Schichten, die Anspannung der Finanzen vieler öffentlicher Verwaltungen verlangen rasches Handeln und rechtfertigen außerordentliche Maßnahmen. Die Pflicht zur Erhaltung des Reiches und zur Verteidigung der Staatsordnung, zwingt zu durchgreifenden Entschlüssen. Daß die radikalen Gegner der Demokratie in dieser Stunde sich als die Hüter der demokratischen Grundgedanken aufspielen, wird niemanden verwirren. Die Verfassung von Weimar will, was in diesem hohen Hause oft genug von ihren Gegnern verkannt und immer wieder verdunkelt wurde, daß die Regierung führt und im Notfall auch von den außerordentlichen Vollmachten der Verfassung Gebrauch macht.

Daß die Notverordnung in ihrem Aufbau, in ihrer Ausdehnung, in ihren Einzelheiten ein geschlossenes und fertiges Gesetzgebungswerk darstellt, wird von ihren

Vätern nicht behauptet. Sie unterliegt wie jedes Werk der Kritik. Wir begrüßen es, daß im Bereich der Sozialversicherung einige Härten der Jubiläumsmengen, die auch uns bedenklich erschienen, gemildert werden konnten. Wir halten es auch für einen Gewinn, daß Schritte unternommen werden, das Steuersystem zu vereinfachen und damit die Finanzverwaltung zugleich billiger und leistungsfähiger zu gestalten. Dadurch wird die Bevölkerung von vielen Belästigungen und Arbeiten befreit, die finanziell so gut wie keinen Erfolg brachten. Es ist uns bewußt, daß mit den starken Abstrichen auf der Ausgabenseite des Personaletats der Beamtenschaft ein herbes Opfer zugemutet wird; wir hoffen, daß die Preisgestaltung, unter Mitwirkung der Regierung, in der Richtung sich entwickelt, daß diesem Opfer ein Ausgleich in den sinkenden Lebenshaltungskosten gegenübersteht. Lebhaft sind unsere Bedenken gegenüber dem Abschnitt der neuen Zollerhöhungen in die Hand der Regierung gibt.

Die Erfahrungen mit der Zuckerwirtschaft und der mangelnde Einblick in die Finanzgebarung des Maismonopols sowie das Schicksal der Roggenstützungsaktion haben uns gegenüber der Praxis des Ernährungsministeriums zu äußerster Skepsis gestimmt. Wir sind der Auffassung, daß die Eingriffe in die Ordnung des Justizwesens vermeidbar waren. Viele Einzelbestimmungen der Notverordnung, zu denen wir im Laufe der Debatte noch Stellung nehmen werden, tragen den Charakter eines aus der Not geborenen Provisoriums an sich; wir betrachten sie als solches und halten uns die Möglichkeit offen, in ruhiger Zeit, da wo sich die Bestimmungen als unzulänglich oder als verbesserungsbedürftig erweisen, im Wege der organischen und normalen Gesetzgebung nachzuhelfen.

In dieser Stunde kommt es nicht darauf an, um Einzelheiten zu streiten, sondern den Blick auf das Ganze zu richten. Die Finanzen des Staates müssen in Ordnung gebracht und damit das Vertrauen der deutschen Wirtschaft zu ihrem Staate und zu sich selbst wiederhergestellt werden. Das ist die Voraussetzung für unsere Kreditwürdigkeit im In- und Auslande, für die Milderung des Massenschicksals der unverschuldet Arbeitslosen. Was wir heute beginnen, ist nur die Grundlegung zu einer großen Aufbauarbeit. Wenn die Regierung von der zehrenden Sorge um den Etat befreit sein wird, erwarten wir, daß sie mit derselben zähen Energie und Stetigkeit, die sie in den vergangenen Wochen und Monaten der Lösung der finanziellen Schwierigkeiten gewidmet hat, den großen außenpolitischen Problemen sich zuwendet. Der Kampf um die Abrüstung, die Abwehr der Angriffe auf die nach Millionen zählenden deutschen Minderheiten, vornehmlich bei unserem polnischen Nachbar, die Entwicklung und Gestaltung des Reparationsproblems sind die vordringlichsten Aufgaben. Aber eine ruhige und zugleich starke Außenpolitik ist nur möglich, wenn unser Reich im Innern gefestigt und finanziell gesichert, allen politischen und sozialen Bedrohungen widerstehen kann.

Die Grundlinie der Politik unserer Partei, die Sicherung und Verteidigung des Staates und die Festigung seiner Autorität, damit er im Widerstreit aller Schichten, Berufe und Klassen seine ausgleichende und führende Aufgabe erfüllen kann. Schon diese Grundlinie unserer Politik macht es uns zur Pflicht, die Bedenken im einzelnen zurückzustellen und dem Gesetzgebungswerk der Notverordnung, weil es eine staatspolitische Notwendigkeit ist, zuzustimmen."

Der Zwang zur Notverordnung.

Der Rede, die der Abgeordnete Falk bei der ersten Beratung des Staatshaushalts im Preußischen Landtag hielt, entnehmen wir folgende Ausführungen:

„Am Schluß seiner Ausführungen hat der Vorredner gesagt: Solange die Wunde des verlorenen Krieges unvernarbt in der Brust des deutschen Volkes brennt, sind wir verpflichtet, mit äußerster Empfindlichkeit über unsere nationale Würde zu wachen. Das ist zweifellos so richtig, daß kein Mensch diesem Wort widersprechen kann, und deswegen stimme ich auch dem Herrn Kollegen von Eynern zu, wenn er gesagt hat, wir alle, die wir staatspolitisches Bewußtsein haben, müßten jetzt eine Einheitsfront bilden, um die Angriffe, die von innen und von außen auf das deutsche Volk niederprasseln, mit aller Kraft abzuwehren. Herr von Eynern hat von der Not der Deutschen in Polen gesprochen, Herr Baecker hat die Verhältnisse im deutschen Osten anklagen lassen; ich will Sie an das Unrecht erinnern, das immer noch dem Saargebiet, den Saardeutschen, zugefügt wird, — alles Grund genug, die große Einheitsfront herzustellen, Grund genug, denen zu danken, die in den letzten Jahren zum ersten Mal nicht nur den Mut, sondern auch die Kraft gefunden haben, Ordnung im Deutschen Reich zu schaffen, Ordnung in der deutschen Wirtschaft herbeizuführen und die Finanzen des Reiches auf sicheren Boden zu stellen. Denn wir alle wissen ja, daß wir zu unserem Recht nach außen niemals kommen können, solange wir nicht im Innern Ordnung und Ruhe und Wirtschaft hergestellt haben.

Die Dinge liegen doch so, daß es die Pflicht und Schuldigkeit nicht nur des Preußenkabinetts, sondern auch der Reichsregierung gewesen ist, hier mit unerbittlicher Schärfe und Härte zuzugreifen, und die Parteien, die hinter dem Kabinett Brünning gestanden haben, und die Landesregierungen, die es sich zur Pflicht ge-

macht haben, unter Zurückstellung vieler und großer Bedenken, die Politik dieses Kabinetts zu unterstützen, haben sich den Dank des deutschen Volkes erworben.

Dieser Dank des deutschen Volkes wird diesen Parteien in der Zukunft zuteil werden, wenn ihnen auch die Gegenwart den Dank versagen wird. Auch meine Freunde sind nicht restlos von manchen Einzelheiten der *Notverordnungen* erbaut. Wenn in den *Notverordnungen* eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen durchgeführt wird, die bis dahin nicht erledigt werden konnten, — die Steuereinheitlichung, die Senkung der Realsteuern und anderes mehr, — so erkennen wir das dankbar an, auch wenn wir mit der Art und Weise der Regelung nicht durchaus einverstanden sein können. Wenn eine Reihe von neuen Steuern eingeführt worden ist, die unsere Billigung an sich nicht finden konnten und nicht finden können, so müssen wir sie in Kauf nehmen, weil sonst das große Werk gescheitert wäre.

Wenn den Staatsbeamten es sich gefallen lassen müssen, einen Abzug in Höhe von 6 Prozent ihres Gehaltes zu tragen, so ist das sicherlich für viele Beamtenfamilien ein ungeheuer schweres Opfer; aber es wird niemand aufstehen, der sagen könnte, daß an dieser Frage das große Werk hätte scheitern dürfen, das Brüning, Dietrich und Stegerwald unternommen haben. Auch in diesem Punkte ist keineswegs das Richtige völlig getroffen worden; wir hätten vielmehr in mancher Beziehung eine andere Regelung gewünscht. Wir müssen uns aber bescheiden, in der Hoffnung, daß eine nahe Zukunft uns und den Reichstag in die Lage setzen wird, die glättende Hand zu zeigen.

Dann hätten wir den dringenden Wunsch, daß es dem Herrn Minister des Innern möglich wird, der Schutzpolizei, die durch die Ruchlosigkeit, mit der die Straße mißbraucht wird, zu unerhörten Anstrengungen und zu unerhörten Aufgaben gezwungen ist, den Dank des Landes und des Volkes deutlicher zu zeigen, als es bisher geschehen ist. Der Gehaltsabbau trifft auch die Schutzpolizei, die jeden Tag Leib und Leben einsetzen muß, um dem Terror von rechts und links im Interesse des Staates zu wehren und für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, ganz bedauerlich schwer. Ich würde mich freuen, wenn der Herr Minister in der Lage wäre, uns Auskunft darüber zu geben, welche Möglichkeit es gibt, der Schutzpolizei die Anerkennung, die sie verdient, auch auf finanziellem Gebiete zum Ausdruck zu bringen; der Landjäger selbstverständlich auch; denn was die Schutzpolizei in der Stadt leistet, leistet der Landjäger auf dem Lande.

Ich sagte schon, daß das Gebäude der *Notverordnungen*, das jetzt im Reich aufgeführt worden ist, unseren Hoffnungen und Gedankengängen nicht in allen Punkten entspricht. Es war nicht möglich, alle Probleme auf einmal zu lösen. Vielleicht war es nicht denkbar, im Augenblick weiter zu kommen, als daß man die Finanzen des Reiches sanierte und wenigstens die Wege wies, wie man an die Ordnung der Finanzen in den Ländern und Gemeinden und wie man an die Besserung der Wirtschaft herankommen könnte."

Einkünfte der Reichstagsabgeordneten.

Unter dem Vorwand, die Korruption zu bekämpfen, hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der von den Abgeordneten Angabe der Aufsichtsratsmandate verlangt. Das Ziel dieses Antrags ist durchaus zu begrüßen; er schlägt aber einen unzulänglichen und irreführenden Weg ein, indem er nur diejenigen Angaben fordert, die von jedermann ohne Mühe aus vielen Handbüchern festgestellt werden können. Außerdem wird durch eine derartige Einseitigkeit das falsche Bild erweckt, als wäre die gesetzlich vorgeschriebene Funktion des Aufsichtsrats besonders anstößig und bedenklich, während andere, nicht in gesetzlich geordneten Formen vorgenommene und für die Öffentlichkeit schwerer erkennbare Betätigungen auf wirtschaftlichem Gebiete die Gefahr der Verquickung privater mit öffentlichen Interessen in ungleich höherem Maße in sich schließen.

Aus diesen Erwägungen heraus, hat die Staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft den folgenden Antrag gestellt, dessen Ziel die weitestgehende Publizität jeglicher wirtschaftlicher Betätigung von Abgeordneten ist, ohne, daß damit ein Werturteil über derartige Betätigungen verbunden ist:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Um Art und Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit der Abgeordneten klarzulegen, ist jedes Mitglied des Hauses verpflichtet, eine Erklärung einzureichen, aus der alle Quellen regelmäßigen Einkommens ersichtlich sind.

Der Aeltestenrat wird Ausführungsbestimmungen zu diesem Beschluß erlassen, durch die jede Unternehmertätigkeit für eigene oder fremde Rechnung, jede Stellung als Vorstandsmitglied einer privaten oder öffentlichen Erwerbsgesellschaft,

als Syndikus, Sekretär oder sonstiger Leiter eines Interessen-, Fach- oder Berufsverbandes, insbesondere auch jede regelmäßige Schiedsrichter- und Gutachterfähigkeit für bestimmte Verbände oder Firmen sowie jedes Aufsichtsratsmandat angabepflichtig gemacht wird.

Abgeordnete, die während der Dauer ihres Reichstagsmandats als Beamte oder Angestellte in den Dienst des Reichs, der Länder und Gemeinden oder sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften treten oder in einem solchen Verhältnis befördert werden, sind verpflichtet, dies dem Präsidenten des Reichstags zur Bekanntgabe an das Haus mitzuteilen. Dasselbe gilt für jede Aenderung und Erweiterung der nach Abs. 1 angabepflichtigen Verhältnisse."

Staatspartei und Tabakgewerbe.

Die Abgeordneten der Staatspartei haben im Reichstag einen Antrag mit folgendem Wortlaut eingebracht:

"Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die im Kapitel III (Tabaksteuer) der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 für das Tabakgewerbe vorgesehenen Entschädigungen sinngemäß auf den Handel, die Handelsvertreter, Reisenden, Angestellten und Arbeiter auszudehnen."

Interpellation über die „Zentrale der Gottlosen“.

Die Abgeordneten der Staatspartei haben im Reichstag nachstehende kleine Anfrage eingebracht:

"Nach verschiedenen deutschen und außerdeutschen Zeitungsmeldungen beabsichtigt die von der Sowjetregierung geförderte „Internationale der Gottlosen“ ihren Sitz von Moskau nach Berlin zu verlegen. Nach weiteren Meldungen soll die russische Sowjetregierung beabsichtigen, bei dieser Internationale ständige Vertreter zu unterhalten und sie außerdem noch durch Geldmittel zu unterstützen.

Ist die Regierung von diesen Bestrebungen unterrichtet? Was gedenkt die Regierung zu tun, um eine derartige, von einer fremden Regierung abhängige Organisation, deren Auftreten geeignet wäre, die Empfindungen der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu verletzen, fernzuhalten und den Einmischungen einer fremden Macht in die innerdeutschen Verhältnisse entgegenzutreten?"

Arbeiterwochenkarten für Angestellte.

Die staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft hat nachstehenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsverkehrsminister zu ersuchen, 1. bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft dahin vorstellig zu werden, daß die Arbeiterwochenkarten auch für Angestellte ausgegeben werden, die angestelltenversicherungspflichtig sind; 2. bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft die Einführung von Kilometerheften zu erwirken und ferner die Gewährung von ermäßigten Tarifen für die Beförderung der Musterkoffer der reisenden Kaufleute."

Zeitgemäße Landarbeiterpolitik.

Die staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft hat das Verdienst, durch zwei Anträge zur Landarbeiterfrage dieses für die Entwicklung der Deutschen Agrarpolitik entscheidend wichtige Probleme zur Erörterung im Reichstag gestellt zu haben. Die Anträge lauten:

"Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Zulassung polnischer Arbeiter auf das stärkste einzuschränken und dazu die Kontingente rascher abzubauen. Die Beschränkung des Kontingents hat zunächst auf die zuckerrübenbauenden Großbetriebe zu erfolgen, die durch übersteigerten Zuckerrübenbau die preiswerte Verwendung der Rübenerte im Inlande unmöglich machen und den rübenbauenden Bauernstand sowohl in seinem bisherigen, als auch zukünftigen Rübenanbau auszuschalten drohen."

"Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter zu verbieten, so lange landwirtschaftliche Arbeiter arbeitslos sind und Millionen deutscher Menschen durch die katastrophale Arbeitslosigkeit in bitterstem Elend leben."

Aus der Partei

Vorstandssitzung der Staatspartei.

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei hat am 17. Dezember unter Zuzug der Vertreter der Wahlkreise, der Reichstagsfraktion und der Fraktionen der Länder getagt. Nach einem einleitenden Referat des Parteivorsitzenden wurde die politische Lage und die Organisation der Partei besprochen.

In Ausführung des Parteitagebeschlusses von Hannover nahm der Geschäftsführende Vorstand die Ergänzungswahl zum Gesamtvorstand vor. Unter der Voraussetzung, daß die Gewählten die auf sie fallende und die bis zum nächsten Frühjahrsparteitag geltende Wahl annehmen werden, wird sich der Gesamtvorstand wie folgt zusammensetzen:

Handwerk: Kniest-Kassel, Henne-Tübingen, Landwirtschaft: Petersen-Lübberstedt, Beamte: Vogt-Berlin, Schuldt-Berlin, Arbeitnehmer: Czieslik-Berlin, Industrie: Rämisch-Krefeld, Steinmüller-Gummersbach, Frauen: Urlaub-Nürnberg, Ulrich-Beil-Dresden, Krause-Breslau, außerdem: Eschenburg-Berlin, Zeitlin-Berlin, Kissel-Leverkusen, Kempner-Berlin, Bieringer-Heidelberg, Hummel-Berlin, Landahl-Hamburg, Rönneburg-Berlin, Siehr-Königsberg, Ehlermann-Oldenburg, Goepel-Berlin.

Offen geblieben sind Plätze für einen Vertreter von Bayern und einen Vertreter der Reichspartei für Handel, Handwerk und Gewerbe, die in der Deutschen Staatspartei aufgegangen ist.

Der Parteivorstand der Deutschen Staatspartei weist viele neue Namen auf, er ist entschieden verjüngt, eine typische Berliner Zusammensetzung ist vermieden und er ist beruflich gut gegliedert. Mit der Uebnahme der Wahl ist gleichzeitig die Verpflichtung verbunden worden, im Jahre mindestens 12 Versammlungen abzuhalten.

Unsere Arbeit

Nachdem auf dem Parteitag in Hannover die Grundlagen für die Arbeit der Staatspartei gelegt worden sind, ist man überall im Lande an den Aufbau gegangen. Wir haben im letzten Heft über die Wahlkreisparteitage in Berlin, Hessen-Nassau, Düsseldorf-West, Bayern, Hessen-Darmstadt berichtet. Inzwischen hat sich am 7. Dezember die Staatspartei in Ostpreußen konstituiert. Nach einem politischen Referat von Frau Dr. Bäumer wurde u. a. folgende Entschlieung gefaßt:

„Der Parteitag der Deutschen Staatspartei Ostpreußens gibt seiner tiefsten Enttäuschung Ausdruck über die menschenunwürdige Behandlung und vertragswidrige Entrechtung unserer deutschen Brüder und Schwestern in Polen. Ostpreußen hat um so mehr ein Recht auf Wiedergutmachung und Unterlassung der politischen Terrormaßnahmen, als Deutschland seine Minderheiten in Wahl- und Kulturfragen nach dem Grundsatz völliger Gleichberechtigung behandelt.“

Auf dem Wahlkreisparteitag der Deutschen Staatspartei in Liegnitz gedachte Reichstagsabgeordneter Jaenicke besonders der schweren Notlage Schlesiens und sagte die tatkräftige Hilfe der Notstände zu. Jaenicke schilderte ausführlich die unmöglichen Verhältnisse im Reichstag, die eine positive Arbeit für die verantwortungsbereiten Parteien schwierig machen.

In Neumünster fand der Gründungsparteitag der Staatspartei in Schleswig-Holstein statt, wobei Reichstagsabgeordneter Dr. Winschuh sprach. Winschuh sprach auch bei der Gründungsversammlung der staatsparteilichen Ortsgruppe in Hannover. Hierbei setzte er sich vor allem mit der Wirtschaftspartei auseinander, die sage: „Los vom Marxismus“, aber meine: „Los vom Preisabbau“.

In Braunschweig wurde nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Nuschke die Ortsgruppe der Deutschen Staatspartei gegründet.

Nuschke sprach ebenfalls am 7. Dezember in Harburg-Wilhelmsburg, wo sich der Wahlkreisverband Hannover-Ost

der Staatspartei konstituierte. Hierbei wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Parteitag der Deutschen Staatspartei für den Wahlkreis Hannover-Ost beglückwünscht den Parteiführer, Finanzminister Dietrich, zu dem neuen Abstimmungserfolg im Deutschen Reichstag. Er sieht darin die Bestätigung der Bestimmung seines Führers, daß der nationale Zwang, finanziell Ordnung zu schaffen, stärker ist als Parteidoktrine. Der Parteitag gelobt, die Aufklärungsarbeit als staatspolitische Notwendigkeit verstärkt fortzuführen in der Erkenntnis, daß die finanzielle Gesundung im Innern die Voraussetzung für eine zielbewußte Freiheitspolitik nach außen ist. Der Parteitag ruft das Staatsbürgertum in Stadt und Land zu verantwortungsbewußter Mitarbeit in der Deutschen Staatspartei auf. Der volksverletzende und staatszersetzende Radikalismus kann das nationale und soziale Elend der Gegenwart nur steigern, aber nicht heilen. Nur die innere Ordnung, allgemeine Opfer und harte Arbeit ebnen den Weg zu einer besseren Zukunft.“

Am 29. 11. erfolgte in Hagen die Gründung der Staatspartei für Süd-Westfalen. Der langjährige Wahlkreisvorsitzende Max Loesenheil hielt die Eröffnungsrede, die zugleich ein Abschied von der Demokratischen Partei war.

Dr. Schäfer (Köln) sprach dann über Werden, Weg und Ziele der Deutschen Staatspartei. Er führte aus, daß die Parteigründung sich aus dem Willen der Staatsbehauptung und Staatserhaltung heraus, mit dem Willen der Erziehung des deutschen Menschen zum deutschen Staatsbürger vollzogen habe. Der Kampf gegen Tyrannei auf jedem Gebiet fordere schärfsten Kampf gegen die Fesseln des Versailler Vertrages, gestärkt vom Glauben an den Wandel der Dinge.

Sodann sprach Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff über das Finanzreformprogramm der Reichsregierung, das er in seinen Grundzügen als durchaus gesund und allein geeignet, Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen zu sanieren und aus der Krise herauszuführen, bezeichnete. Gelingen die Gesundung der öffentlichen Finanzen nicht, so sei das Chaos und eine zweite Revolution schrecklichsten Ausmaßes da.

Auf dem konstituierenden Parteitag des Wahlkreises Köln-Aachen am 7. Oktober in Köln sprach zunächst der Wahlkreisvorsitzende des Wahlkreises Düsseldorf-West, Generaldirektor Dehamps-Oberhausen, über den Aufbau der Deutschen Staatspartei im Rheinland. Er forderte, der Aufbau der neuen Partei müsse sich entgegen früher angewandten Methoden von unten aus vollziehen, um so engste Verbundenheit zwischen Parteileitung und Ortsgruppen herzustellen. Eine Synthese zwischen Disziplin und Selbstbestimmung der Parteianhänger müsse gefunden werden.

Dr. August Weber gab ein Bild der großen Wirtschaftsnot, deren internationaler Charakter eine Lösung um so schwieriger gestaltet. Durch rücksichtslose Sparsamkeit in Reich, Ländern und Gemeinden müßten zunächst die Finanzen in Ordnung gebracht werden, zumal diese durch die zunehmende Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten noch stärker belastet würden. Auch um einer erfolgreichen Außenpolitik willen sei eine schnelle Sanierung der Finanzen notwendig. Aus dem gleichen Grunde forderte Dr. Weber sehr nachdrücklich eine Stärkung des Nationalbewußtseins. Die schwierige außenpolitische Lage Deutschlands könne nicht durch einen überstiegenen Nationalismus, sondern durch einen geschlossenen Willen und eine würdige Haltung des ganzen Volkes beseitigt werden. Mit Entrüstung wandte sich der Redner gegen die unerhörte Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in Ostoberschlesien.

Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Der Vertretertag der Deutschen Staatspartei im Rheinland bringt seine Empörung über die grausamen Verfolgungen der Deutschen in Ost-Oberschlesien zum Ausdruck und verlangt restlose Wiedergutmachung des geschehenen Unrechts. Er fordert die Reichsregierung auf, mit aller Entschiedenheit für die Sicherheit unserer deutschen Volksgenossen in Ost-Oberschlesien und deren völlige Entschädigung auch in materieller Beziehung einzutreten. Eine weitere Entschließung spricht dem Parteivorsitzenden, Reichsminister Dr. Dietrich, Dank aus für seine erfolgreiche Arbeit im Interesse des Vaterlandes und bittet ihn, diese Arbeit mit verstärkter Tatkraft fortzusetzen.“

In Neustadt a. d. H. trat am 17. Dezember der Landesausschuß der Deutschen Staatspartei in der Pfalz zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Die Staatspartei in Leipzig faßte am 1. Dezember folgende Entschließung:

„Die ungeheuerlichen Gewalttaten, denen die Deutschen in Ost-Oberschlesien während des Wahlkampfes in den letzten Monaten ausgesetzt gewesen sind, haben in der ganzen Kulturwelt stärkste Empörung hervorgerufen. Wir erwarten von der deutschen Reichsregierung, daß sie nach wie vor kein Mittel unversucht läßt, beim Völkerbund der Unterdrückung der deutschen Minderheiten entgegenzuwirken und Recht und Gerechtigkeit wieder herzustellen.“

Im Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck konstituierte sich die Deutsche Staatspartei auf dem Parteitag in Rostock. Staatsminister a. D. Möller und preußischer Landtagsabgeordneter Bohner gaben in umfassenden Referaten ein Bild von der geistigen politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Es ist besonders zu begrüßen, daß gerade in diesem Wahlkreis sich ein starker politischer und organisatorischer Wille bemerkbar macht.

Kampf und Werbung

Das wahre Gesicht.

Aus den Belanglosigkeiten der Reichstagsdebatten vom 9. bis 12. Dezember, die sich zumeist auf der Ebene von Hafenkneipen bewegten, sind zwei Vorgänge herauszuheben.

Am 12. Dezember fand eine Aussprache über die Bergwerkskatastrophe in Alsdorf und der Zeche Maybach statt. Dabei führte der Nationalsozialist Börger aus:

„Wenige Tage nach der furchtbaren Katastrophe auf der Grube in Alsdorf, als die Opfer noch nicht geborgen waren, stand in der „Deutschen Bergwerkszeitung“: „Die Dividenden der Grube sind bis 1941 nicht gefährdet!“ Der Mensch, der so etwas schreibt, während noch die Mütter und Frauen der Bergleute um die Opfer weinen, der Mensch, der da nur an den Profit denkt, der gehört ins Zuchthaus. Mein Vater war Grubenbeamter, und bei einem Ausstand wurden auf den stillen Druck des Generaldirektors wir Beamten-söhne gezwungen, zur Verrichtung der Notstandsarbeiten in die Grube zu fahren. Ich war damals 18 Jahre alt, mein Bruder, der damals zum erstenmal in die Grube fuhr, 15 Jahre alt. Mein Bruder wurde nach zweistündiger Arbeit in der Grube durch den plötzlich weggerissenen Förderkorb in drei Stücke zerrissen. So habe ich meinen Bruder verloren. Wir mußten in die Grube fahren, weil sonst unser Vater auf die Straße geflogen wäre. Mein Vater, der seinen Sohn geopfert hatte, hat von diesem Generaldirektor kaum ein Wort der Anerkennung erfahren. Dieser Generaldirektor ist der Typ des brutalen deutschen Kapitalisten, der über Leichen geht. Im Mittelpunkt aller Interessen dieser Kreise steht heute nicht mehr das Land des deutschen Menschen, sondern der Profit. Diese Menschen sind schuld daran, daß Kommunisten und solche Leute aufgekrochen sind. Wir hassen die Kapitalisten, weil wir das deutsche Volk lieben. Diese Leute haben aber nie ihre Verantwortung vor der Nation gefühlt, sondern nur ihrem Profitstreben gedient.“

Wir registrieren:

1. den Haß gegen den Kapitalismus,
2. den Kampf gegen den Kapitalisten in jeder Form, nicht nur gegen den „internationalen, raffenden, jüdischen Ausbeuter.“

Am gleichen Tage stand ein kommunistischer Antrag auf Auszahlung einer Winterhilfe an alle Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten zur Debatte. Hierbei erklärte der Nationalsozialist Gemeinder, „es sei ganz unverständlich und unverantwortlich, daß der durchaus berechtigte Antrag der Kommunisten abgelehnt werde.“ Dieser Antrag hätte immerhin dem Reich einige hundert Millionen gekostet. Seine Annahme wäre deshalb noch weniger zu verantworten gewesen. Man muß es auf tiefste beklagen, daß den Fürsorgeberechtigten gegenwärtig nicht geholfen werden kann. Ein Erfolg der Kooperation von Nationalsozialisten und Kommunisten würde allerdings eine wirksame Hilfe auf lange Zeit unmöglich machen, weil neben ihr der Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft stände.

Goebbels Antwort an Dingeldey.

Der neue Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey hat in einer Rede in Wuppertal ausgeführt:

„Wenn in der nationalsozialistischen Bewegung auch Kräfte vorhanden seien, die staatspolitisch aufbauend eingesetzt werden könnten, bleibe bis jetzt leider noch die entscheidende Frage offen, ob die nationalsozialistische Bewegung im Interesse der Volks- und Staatsführung zur Uebnahme unpopulärer Handlungen bereit sei . . .“ Nach einigen kritischen Sätzen fuhr Dingeldey fort: „Es sei Aufgabe einer klugen und weisen Staatsführung, und es sei auch Aufgabe großer vaterländischer Parteien, daß sie die nationalsozialistische Bewegung mit den vaterländischen Kräften, die in ihr lebendig seien, aufbauend in das Staatsganze einzugliedern suchten . . . Mit Nachdruck sei zu verzeichnen, daß die nationalsozialistischen Führer immer wieder betonten, daß sie zur Erreichung ihrer politischen Ziele keine illegalen Mittel benutzten . . .“

Das Bemühen des neuen volksparteilichen Führers ist unverkennbar, die Nationalsozialisten als „gesellschaftsfähig“ anerkannt zu sehen und ihnen den Weg zur Macht zu ebnen.

Wir übersehen nicht, daß unter den zahlreichen, untereinander sehr uneinheitlichen Kräften im Nationalsozialismus sich auch solche befinden, die gewissen volksparteilichen Tendenzen entsprechen. Wir denken an den betont kapitalistischen Unternehmertyp, den der Fabrikant Mutschmann verkörpert. Nach den letzten Begebenheiten im Reichstag darf man den Typ Börger-Gemeinder, über den an anderer Stelle berichtet wird, für maßgeblicher innerhalb der Hitlerbewegung halten.

Aber man braucht nicht bis zum Abgeordneten 85 oder 97 der Nationalsozialisten zu suchen, um über ihre Stellung zu dem Bürgertum Klarheit zu gewinnen, dessen politische Ausdrucksform u. a. die Deutsche Volkspartei ist. Dr. Goebbels, einer der Mächtigsten im Hitlerreich, hat vor kurzem ausgesprochen:

„Wir verbitten es uns ein- für allemal, mit dem stinkenden Misthaufen verwesender bürgerlicher Klassenparteien in einem Atem genannt zu werden.“

Deutlicher kann man eine Absage kaum formulieren. Dingeldey muß erkennen, daß auch ihn vom Nationalsozialismus Welten trennen, die aus einer völlig andersgearteten Anschauung und Zielsetzung gegenüber Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geboren sind.

Die Deutsche Volkspartei ist nicht mehr die Partei Stresemanns. Mag sie sich hüten, zum Anhängsel der Hitlerbewegung zu werden.

Herrn von Stauß ins Stammbuch.

Herr Dingeldey hat in zwei großen Reden in Magdeburg und Wuppertal freundliche Worte mit kritischen Nebentönen für die Nationalsozialisten gefunden. Dr. Fritz Klein, Chefredakteur der von der Deutschen Volkspartei nicht allzu weit entfernten „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ stellte, in einem Aufsatz „Führer“, Brüning und Hitler nebeneinander. Der Schluß: die verhüllte Frage an das Zentrum, wann sie dem Nationalsozialismus zur Macht ver helfe. Herr von Stauß, der noch junge Abgeordnete, dessen Fröhstück mit Hitler schon historisch ist, müht sich weiter um den Brückenbau zwischen seiner Deutschen Volkspartei und der Hitlerbewegung. Ihm, dem Bank- und Börsenfürsten in Reinkultur, sollten Reden wie die des Abgeordneten Börger die Augen geöffnet haben. Wir haben allerdings Grund zu der Annahme, daß er noch nicht sehend geworden ist. Aber es gibt Anzeichen, daß an anderen, parteitreuen Volksparteilern die Ereignisse der letzten Wochen nicht spurlos vorübergegangen sind. Solch ein Anzeichen ist der Brief, den Frau von Roon-Bassermann, die Tochter des nationalliberalen Führers, an die „Kölnische Zeitung“ gerichtet hat:

„Recht vielen von uns schien die nationalsozialistische Bewegung eine Hoffnung, die Partei der Jugend, des Idealismus, der verlorenen, nie verschmerzten Fahne, die über einem großen und glücklichen Deutschland wehte. Man versuchte unvernünftige undurchführbare Forderungen damit zu entschuldigen, daß jede neue Bewegung Schranken überrennt, daß sie alles verlangt, um manches zu erreichen.

Nach dieser Woche aber, in der man im Reichstag die Betätigung der hundert-sieben nationalsozialistischen Volksvertreter schauernd erlebte, ist man geheilt und ist geneigt zu glauben, einem guten Teil ihrer nahezu sechseinhalb Millionen Wähler würde es ebenso gehen, wenn sie Gelegenheit hätten, sich diesen Hexensabbat einmal von der Nähe anzusehen und anzuhören.

Man ließ, zuerst gespannt, dann gequält und erschöpft, den unendlichen Redestrom über sich ergehen, der sich von der äußersten Rechten über das Haus ergoß, und wartete vergeblich auf einen einzigen Gedanken, um den sich Worte lohnten. Nichts! Unerträglich leere Demagogie in ewig wiederholten wild beklatschten Phrasen, oft nur durch den schwarzweißroten Anstrich von der der Kommunisten zu unterscheiden, grobe Beschimpfungen Andersgesinnter, Drohungen, alberne Witze, kindische Zwischenrufe, ohrenzerreißender Lärm, der auch die eigenen Redner nicht verschonte. Und als Führer dieser Erwählten, die sich im Bewußtsein ihrer Zahl wie schlecht erzogene, bössartige Kinder gebärden, Herr Goebbels, der mit weißen Mäusen gegen eine nicht nur ihm unsympathische Weltanschauung ficht.

Die Weltanschauung der Propheten des dritten Reiches zu ergründen war — mindestens im Reichstag — für einen denkenden Menschen unmöglich. Jede Logik versagt gegenüber diesem Wirrwarr von unvereinbaren, sich widersprechenden Wünschen und Versprechungen auf jedem Gebiet der Politik; aber sie sind gefährlich, weil sie sich an die primitivsten Instinkte der durch die Not der Zeit aus dem Gleichgewicht geratenen Masse wenden. Die klirrenden Fensterscheiben in den Straßen Berlins warnen. Vielleicht nimmt man im Reich etwas mehr Rücksicht auf die bürgerlichen Wähler. Hier in der Reichshauptstadt steht man unter dem Eindruck, nicht viel weniger zerbrechlich als diese Fensterscheiben sei die Scheidewand, die die Anhänger des Hakenkreuzes von denen des Sowjetsterns trennt.“

Hier ist mit Ruhe und Sachlichkeit, aber vollkommen deutlich, das Gesicht der Nationalsozialisten beschrieben. Wie es ist, nicht wie es sich im Spiegel des Herrn von Stauß abzeichnet.

Schrittmacher für Moskau.

Frau von Roon-Bassermann sieht in ihrem Brief an die Kölnische Zeitung die Entwicklung zweifellos richtig, die den Nationalsozialismus zum Schrittmacher des Kommunismus macht. Analyse des gesellschaftlichen Aufbaus Deutschlands, Uebereinstimmung in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen, nicht zuletzt das gemeinsame revolutionäre Formalelement lassen solchen Entwicklungsgang absehen. Je stärker im Augenblick hinter der sozial-

revolutionären Fassade der Nationalsozialisten nationalrevolutionäre Tendenzen zurücktreten, desto mehr schwinden die tieferen Unterschiede vom Kommunismus. Bezeichnend dafür ist ein an die kommunistische Adresse gerichteter Aufsatz im sächsischen Organ der Nationalsozialisten. Darin heißt es:

„Was erreicht ihr mit euren Hungermärschen? Ihr schlagt vielleicht einen Nazi zu Boden, der zufällig allein euerem Zug begegnet, aber die jüdischen Dividendenschlucker, die euch auf die Straße setzen und eure Löhne kürzen, laßt ihr ungeschoren. Ihr werft vielleicht in ein paar kleinen Läden die Fensterscheiben ein, aber vor den Banken, den Zwingburgen des arbeitfeindlichen Kapitalismus, macht eure Wut und Empörung halt. Was ist das Ende eurer Demonstrationen? Wenn die Polizei euch auseinanderknüpelt, sind eure Führer schon längst in Sicherheit und nehmen den Dank ihrer kapitalistischen Auftraggeber entgegen, die sich die Hände reiben, daß wieder einmal die gerechte Empörung der Arbeiterschaft wirkungslos verpufft ist.

Habt ihr euch schon einmal überlegt, ihr Rotfrontkämpfer und Antifaleute, warum eure Stoßkraft immer nur dort eingesetzt wird, wo sie dem Kapitalismus nicht gefährlich werden kann? Warum laßt ihr euch gegen nationalsozialistische Arbeiter hetzen, die genau wie ihr weiter nichts sind als hungrige Proleten, und genau so wie ihr Arbeit und Brot wollen? Merkt ihr nicht, daß ihr mit jedem Nationalsozialisten, der euren Dolchen zum Opfer fällt, einen fanatischen Kämpfer gegen den Kapitalismus ermordet? Merkt ihr nicht, daß ihr in falscher Front kämpft?

Eure Hungermärsche haben erst dann Sinn, wenn ihr anstatt gegen den „Faschismus“ hinter dem roten Hakenkreuzbanner der deutschen Revolution gegen den Kapitalismus marschiert!

Daß an der Spitze der Hitlerbewegung in Sachsen der Fabrikant Mutschmann steht, der in seiner Partei — an deren Finanzierung er nicht unerheblich beteiligt ist — eine beträchtliche Rolle spielt, ist besonders interessant. Es legt die Vermutung nahe, daß der Aufsatz mehr auf Propaganda für die Nationalsozialisten als gegen den Kapitalismus berechnet ist. Aber Herr Mutschmann mag sich nicht täuschen. Am Ende wird der konzessionslos revolutionäre Kommunismus unter all den „Erniedrigten und Beleidigten“, „Mühseligen und Beladenen“ das Feld behaupten, vor einem im Grunde nur kleinbürgerlich beengten Nationalismus ohne konstruktive Weite. Dessen Gefahr liegt darin, mit stimmungsmäßiger Kritik am Kapitalismus, unter Ausnutzung der Auflösung alter Bindungen und Verschleiß unausgegrenzter Phantastereien Schrittmacher für Moskau zu sein. Auch das mag die Deutsche Volkspartei überlegen!

„Radikale“ Demokratie?

Am 30. November ist die „Radikal-demokratische Partei“ gegründet worden. Pazifistische Doktrinäre, berufsmäßige Oppositionelle haben eine angebliche Lücke im deutschen Parteiwesen auszufüllen unternommen.

„Die neue Linke greift an!“ Unter diesem etwas anspruchsvollen Motto ist die Partei „junger unverbrauchter kämpferischer Menschen“ gestartet. Zu deren Vorstandsmitgliedern der 72 jährige Quidde und der Reichstagsabgeordnete von vor dreißig Jahren, Leonhart-Kiel, gehören. Man kann also dem Angriff der „neuen Linken“ etwas ruhiger entgegensetzen.

Wie man angreifen will, hat man lange nicht gewußt. Einige Zeit hat man sich um die Frage „Partei oder Vereinigung“ gekatzbalgt. Eine berechtigte Frage, wenn man weiß, daß der ganze Verein 1200 Menschen umfaßt. Schließlich siegte das Vergnügen, Partei zu spielen, über die Vernunft.

Was man eingreifen will? Nicht ganz einfach zu sagen. Es gibt ein „Manifest“, einstimmig beschlossen vom Parteitag. Das Brauchbare daran ist nicht neu. Im Raum zwischen Hugenberg und den Kommunisten, in vielen Gruppen kämpfte man schon vor Erfindung der radikalen Demokraten „für eine gerechte Wirtschafts-

ordnung“, gegen „monopolistische Ausbeutung, gegen Hochschutzzölle und die Verewigung rückständiger Produktionsmethoden des Großgrundbesitzes“.

Aber das Neue im Manifest — halt, es ist nichts neu darin. Was davon auf der Ebene der Parteien bisher nicht gesagt war, das kennt man immerhin aus der der „Deutschen Friedensgesellschaft“. Wir erfahren aus dem „Manifest“, daß „Plutokratie und Nationalismus im Gegensatz zur Weimarer Verfassung den inneren und äußeren Frieden gefährden.“ Famos — vom Nationalismus der anderen weiß man in den idyllischen Bezirken radikaler Demokratie nichts. „Wir kämpfen . . . gegen jede Konzession an den Nationalismus in der deutschen Außenpolitik.“ Und in der tschechischen?, der belgischen?, der litauischen? Kümmert die „Radikalen Demokraten“ nicht. Sie sehen die Nachbarländer voller Engel; zu Haus aber gibt es nichts als böartige Kobolde, und zu ihnen zählt man jeden, der von deutschem Recht und deutschem Anspruch redet.

Man wird aber gut tun, sich nicht allein an das in puncto Pazifismus aufschlußreiche „Manifest“ zu halten. Wo es nichtssagend ist, greift der General von Schönaich ein, Mitglied des radikal-demokratischen Parteivorstandes, also kein Irgendwer in der neuen Partei. Vier Tage vor dem Parteitag hat er eine Kundgebung veröffentlicht mit einem Ausflug in die Wirtschaftstheorie. Was dabei herauskommt, ist schlimm.

„Die neue Linke greift an“ — unter Schönaichs Führung zunächst die Goldwährung. Er hat gelesen, daß Lord d'Abernon die Weltkrise auf Währungsschwierigkeiten zurückführt. Also geht Schönaich unter die Währungsreformer, denn was ist einfacher, als die Währung kaputt zu schlagen! Das hat ja nach Schönaichs Worten noch nicht einmal Mussolini gewagt. Also bleibt dem Tatendrang des Herrn von Schönaich ein weites Feld vorbehalten.

Daß die Forderung Unsinn ist, braucht den General nicht zu kümmern. Niemand verlangt von ihm Kenntnis der Geld- und Währungstheorien. Und wenn er die Verpflichtung fühlt, auf diesen Gebieten seine Partei zu blamieren, so sei ihm das unbenommen, aber auch das muß seine Grenze haben.

Ueber seine Stellung zur Wirtschaft schreibt Schönaich:

„Wir werden in Wirtschaftsfragen weder marxistisch noch antimarxistisch sein, sondern ganz allein offen und ehrlich.“

Ja, ehrlich ist er: „Die Zahl der großen Wirtschaftler, . . . die nicht nur aus innerer Ueberzeugung, sondern auch aus wirtschaftlichem Eigennutz Demokraten und Pazifisten sind, ist größer als man vielfach glaubt. Daher wird auch die finanzielle Unterlage der neuen Partei besser begründet sein als durch 257 Aufsichtsratspöstchen.“

Es ist hübsch, daß die neuen Vorkämpfer gegen Plutokratie von vornherein auf eine plutokratische Finanzgebarung hoffen. Es spricht nicht gerade für ein starkes Selbstvertrauen, es zeigt zum mindesten auch, daß man hier nicht eben „offen und ehrlich“ sein will.

„Rechte“ und „Linke“ in der SPD.

Bei der Reichstagsabstimmung über die Notverordnung am 6. Dezember haben neun Mitglieder der sozialdemokratischen Frak-

tion ihre der Fraktionsmehrheit entgegengesetzte Meinung dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt haben. Es sind die Reichstagsabgeordneten Lore Agnes (Düsseldorf), Fleißner (Dresden), Kuhnt (Chemnitz), Oettinghaus (Hagen i. Westf.), Portune (Frankfurt a. M.), Dr. Kurt Rosenfeld (Thüringen), Seydewitz (Zwickau), Ströbel (Chemnitz), und Ziegler (Breslau). In Wirklichkeit ist die Opposition viel größer, wie aus einem Artikel des Abg. Seydewitz im „Sächsschen Volksblatt“ hervorgeht, in dem es heißt:

„Eine Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat bei der Abstimmung in der Fraktion gegen die von der Mehrheit getroffene Entscheidung gestimmt, ein Teil dieser Minderheit hat bei der Abstimmung im Reichstage von dem ihm nach den Gesetzen der Fraktionsdisziplin zustehenden Recht Gebrauch gemacht und sich an den entscheidenden Abstimmungen im Reichstag nicht beteiligt, er hat damit zum Ausdruck gebracht, daß er den von der Fraktionsmehrheit beschrittenen Weg für falsch und gefährlich hält. Der andere Teil der Fraktionsminderheit, der sich an der Abstimmung im Reichstage trotzdem beteiligte, ist derselben Auffassung; er hat an der Abstimmung nur aus organisatorischen und sonstigen Gründen teilgenommen, hat aber mit seiner Teilnahme an der Abstimmung nicht bekundet, daß er den von der Fraktionsmehrheit eingeschlagenen Weg für richtig hält.“

Seydewitz schließt seine Ausführungen folgendermaßen:

„Brünings hat am 6. Dezember noch einmal gesiegt. Aber Brünings Sieg ist kein Erfolg der Sozialdemokratie, sondern ein Erfolg der Bourgeoisie auf Kosten der Sozialdemokratie. . . . Mit der Entscheidung vom 6. Dezember sind die Schwierigkeiten für die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse nicht geringer, sondern größer geworden, größer müssen darum auch die Anstrengungen der sozialdemokratischen Parteimitglieder werden, den Kampf für die Demokratie und gegen den Faschismus, den Kampf für die Durchsetzung der proletarischen Forderungen und den Sozialismus gerade in dieser Zeit der Krise des Kapitalismus zu führen.“

Es ist natürlich eine demagogische Irreführung, zu schreiben, Brünings Sieg sei „ein Erfolg der Bourgeoisie auf Kosten der Sozialdemokratie“. Der Arbeiterschaft wird das Sanierungsprogramm der Reichsregierung mindestens ebenso zugute kommen wie der „Bourgeoisie“. Was aber die „proletarischen Forderungen“ betrifft, so zeigt sich hier in aller Deutlichkeit die Spannung zwischen rechtem und linkem Flügel in der SPD. Wir denken nicht nur an staatsmännische Führerpersönlichkeiten wie Braun und Severing. Vor kurzem hat der bisherige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ludwig Quessel über Besoldungs- und Beamtenpolitik Ausführungen gemacht, die nicht gerade nach „proletarischen Forderungen“ aussehen. Im Novemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“ schreibt er u. a.:

„Deutschlands Unglück, nachdem es sich von dem 20-Milliarden-Goldmark-Verlust des Ruhrkrieges etwas erholt hatte, begann mit dem Eintritt Heinrich Franz Köhlers in das Reichsfinanzministerium. In maßloser Ueberschätzung der Steuerkraft des deutschen Volkes glaubte er aus laufenden Steuererträgen dem g r a u e n-

Beschwerden

über unpünktliche oder ausgebliebene Zustellung unserer Zeitschrift bitten wir zunächst beim zuständigen Postamt vorzubringen, weil dadurch jede Unregelmäßigkeit am schnellsten aufgeklärt wird. Erst wenn die Beschwerde bei der Postanstalt keinen Erfolg haben sollte, bitten wir, die Redaktion zu benachrichtigen: Berlin SW 11, Bernburgerstr. 18.

haft aufgeblähten deutschen Beamtenkörper in Reich, Ländern und Gemeinden ein zusätzliches Einkommen zuweisen zu können, das nahe an die gesamten laufenden Ausgaben des Kaiserreiches von 1913 heranreichte. Die laufenden Sollausgaben des Kaiserreiches belasteten die deutschen Steuerzahler im Jahre 1913 mit 2449 Millionen Mark, die Köhlersche Besoldungsordnung von 1927 auferlegte unserem durch Krieg und Inflation verarmten Volke eine zusätzliche Last von 2000 Millionen Reichsmark... Sollen Demokratie und parlamentarisches System in Deutschland erhalten bleiben, so muß ganze Arbeit gemacht werden. Nicht nur die radikale Aufhebung der Besoldungsordnung von 1927 mit allen Höherstufungen und sonstigen üblen Begleitumständen, ist dazu notwendig, sondern auch die schnelle Beseitigung der Beamteninflation. Und zwar auch da, wo ihr angeblich „wohlerworbene Rechte“, die mit der sittlichen Idee der Volksgemeinschaft übrigens völlig unvereinbar sind, entgegenstehen. Das dauernde Schuldenmachen zugunsten einer durch Unkündbarkeit und Pensionsrechte ohnehin privilegierten Schicht ist ein schweres finanzpolitisches Vergehen, das sich seit 1927 alle Regierungen haben zuschulden kommen lassen.“

(Nebenbei: Diese Sätze werfen ein gutes Licht auf die Einstellung der Sozialdemokratie zum Beamtentum!) Herr Seydewitz würde solche Ausführungen wohl kaum unterschreiben. Ebenso wenig wie Joseph Furtwängler vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund — dessen erfrischende Auseinandersetzung mit dem radikal wehrfeindlichen Abgeordneten Künstler in guter Erinnerung ist — Seidewitz' Pazifismus billigt. Die Gegensatzpaare lassen sich beliebig vermehren. Sie sind charakteristisch als Beginn einer Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie. Sie geht im Kern um die Frage: internationale proletarische Klassenkampf- oder nationale Arbeiterpartei? Die Mitte tut gut, wenn sie die Ansätze zu der zweiten Möglichkeit fördert. Durch positive Erziehung, nicht durch eine Zurückstoßungspolitik, wie sie manche Scharfmacher aus den agrarischen, mittelständlerischen und schwerindustriellen Interessentenparteien wünschen.

Eine Partei ohne „gereifte Altersklassen“.

Die Wirtschaftspartei hat im Preußischen Landtag den Antrag gestellt, die Verfassung und das Wahlgesetz dahin zu ändern, daß das aktive Wahlrecht erst mit 25 Jahren beginnt. Der Antrag stellt ein auf agitatorischen Augenblickserfolg berechnetes Manöver dar, das weder Mut noch Geist erfordert.

Bemerkenswert ist die Begründung:

„Das in der Preußischen Verfassung festgesetzte Wahlalter von 20 Jahren hat sich nicht zum Wohle des Staates ausgewirkt, sondern zu einer vorzeitigen Politisierung der Jugend geführt und zum Schaden des Volkes den Einfluß der gereiften, selbständig verantwortungsfähigen Altersklassen des Volkes vermindert. Infolgedessen ist die Heraufsetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre erforderlich.“

Die Einflußminderung, von der die Wirtschaftspartei spricht, ist bei ihr von jeher festzustellen. Man muß fürchten, daß daran auch die Heraufsetzung des Wahlalters nichts ändern wird.

„Beeinträchtigung der geistigen Bereitschaft.“

Im Preußischen Landtag sitzt der nationalsozialistische Abgeordnete Hinkler, ein früherer Lehrer. Bei einer Untersuchung auf seinen Geisteszustand 1926 in der Universitätsklinik zu Halle a. S., wurde folgendes festgestellt:

„Bei Hinkler handelt es sich nicht allein um einen weitstanzähnlichen Zustand mit körperlichem Zucken und Unruhe, sondern auch um eine nachweisbare Beeinträchtigung der geistigen Bereitschaft und Sammlung und des zum Beruf nötigen Gedächtnisses. . . . Bei diesem Leiden ist es ausgeschlossen, daß Hinkler für den Lehrerberuf wieder berufstüchtig und fähig werden kann.“

Zum nationalsozialistischen Parlamentarier langt's immer noch.

Bücherschau

Kalender des Auslandsdeutschtums für 1931. Hrsg. vom Deutschen Ausland-Institut Stuttgart. Preis 2,— RM.

Dieser Abreißkalender ist eine Sammlung von Bildern aus dem Auslandsdeutschtum. Wir kennen ihn schon von früheren Jahrgängen und halten ihn für eine Anregung, stets derer zu gedenken, die draußen, auch in fremden Erdteilen, deutsche Sitten und deutsche Kultur pflegen. Er sollte in allen Häusern heimisch werden als ein Ausdruck lebendiger Gemeinschaft im deutschen Volkstum.

Dr. Johannes Saß: Die 27 deutschen Parteien 1930 und ihre Ziele. Verlag R. Himmelheber & Co., Hamburg 11, Rödingsmarkt 75. 48 Seiten. Preis 50 Reichspfennig.

In den letzten Jahren sind in Deutschland neue Parteien ins Leben getreten, deren Programme noch in keiner Zusammenstellung zu finden waren. Dazu kam, daß die früher erschienenen Sammelwerke über die Parteiprogramme entweder vergriffen oder veraltet waren. Da tut die vorliegende Uebersicht gute Dienste. Wenn sie auch nicht immer den Wortlaut der Programme bringt, so hat es der Verfasser doch verstanden, aus ihnen einen objektiven, die wichtigsten Punkte berücksichtigenden Auszug herzustellen. Der billige Preis macht dem Schriftchen weite Verbreitung möglich.

Karl Loeser: Gefahren der Kapitalflucht. Berlin W 8, 64 Seiten.

Ein ausgezeichnetes Büchlein! Überzeugend wird nachgewiesen, daß in Deutschland weder die politische, noch die wirtschaftliche Konstellation, geschweige denn die Währungsverhältnisse Anlaß zu einer Kapitalflucht bieten, und daß die Aussichten für den, der sein Kapital ins Ausland bringt, Zinsverlust und später vermutlich auch noch Substanzverlust sind, womit er nicht nur sich selbst, sondern auch die gesamte deutsche Volkswirtschaft, das Ansehen und den Kredit Deutschlands schädigt.

Karl O. Paetel: Die Struktur der nationalen Jugend. Verlag Die Kommenden. Florheim i. Th. 1930.

Im Rahmen des Handbuchs der deutschen Jugendbewegung, die vom Verfasser herausgegeben wird, sollen die Gruppen, die Bünde und sonstigen Organisationen der Jugend in Selbstdarstellung ihr Wesen, ihre Ziele der Öffentlichkeit klarlegen. Das vorliegende Heft, das erste dieses Handbuchs, gibt ein anschauliches Gesamtbild der Struktur der nationalen Jugend, einer Jugend, die eine bewußte Betonung des nationalen, „völkischen“ Moments vornimmt. Wir glauben jedoch, daß man den Rahmen noch etwas weiter ziehen und auch Bünde der nationalen Jugend zurechnen könnte, die das Moment des Nationalen, des volkhaft Bedingten nicht besonders herausstellen, es aber als Selbstverständlichkeit in ihren Reihen pflegen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 68, Bernburger Straße 18
 Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

✓
Yb 2723

Zeitung

ULB Halle
004 355 040

3



Wilh. Felger
Buchbinderei
Halle a. S., Gr. Neustadtstr. 6





BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

11. Jahrgang * Berlin, 20. November 1930 * Nummer 22

